



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 58. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 14. Dezember 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Dr. Emily Haber Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika (Beweisbeschluss Z-63)	9
M. H. Referent im Referat „Auswertung Strategische Länder und Militärpolitik“ des BND (Beweisbeschluss Z-38)	80

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.15 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 26. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen hier im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse noch einen Hinweis geben. Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Presskodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann daher nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu dem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ton- und Bildaufnahmen bitte übrigens auch nicht durch die Teilnehmer der Sitzung auf der Fragenseite.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Emily Haber

Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika
(Beweisbeschluss Z-63)

M. H.

Referent im Referat „Auswertung Strategische Länder und Militärpolitik“ des BND
(Beweisbeschluss Z-38)

Wir werden die Zeugen in der Reihenfolge vernehmen, und wir werden die Vernehmungen heute voraussichtlich wegen Wahlen zu Gremien gegen 14.40 Uhr unterbrechen müssen.

Vernehmung der Zeugin

Dr. Emily Haber

Unsere erste Zeugin, Frau Dr. Emily Haber, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass sie ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 11. Oktober bestätigt.

Ich möchte Sie sehr herzlich hier willkommen heißen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Haber, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor. Sie ist wortgleich und nicht besonders unfreundlich für den einen oder anderen gehalten, sondern muss jedem vorgetragen werden.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach



Nur zur dienstlichen Verwendung

§ 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und auch möglichst in der Nähe des Mikrofons laut und deutlich sprechen.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Und ich nutze die Gelegenheit, noch mal zum Ende des Jahres mich bei den Protokollantinnen und Protokollanten zu bedanken, die das hier wirklich in großer Professionalität erledigen.

(Beifall)

Ein Hinweis noch an die Zeugin: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis.

Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich weise Sie aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich da um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem im Augenblick noch geltenden Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Fragen zum Ablauf?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann kommen wir jetzt endlich zu den Fragen an Sie. Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter - nicht dem Geburtsdatum -, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Der Name ist Emily Haber. Die Adresse ist [REDACTED]. Mein Alter: 67 Jahre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und Ihr Beruf ist DiplomatIn?

Zeugin Dr. Emily Haber: Im Ruhestand.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Und ich will Ihnen noch sagen, bevor Sie das tun, dass, wenn Ihnen nachher Vorhalte gemacht werden, Sie immer die Möglichkeit haben, das einzusehen. Das wird Ihnen dann von den Fragestellern zur Verfügung gestellt. Und die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sie die MAT-Nummer nennen, bevor sie die Frage stellen, sodass alle dem folgen können. Das ist die Praxis, die sich auch in unserer mehrwöchigen Pause nicht geändert hat.

So, nun haben Sie gerne das Wort. Möchten Sie im Zusammenhang vortragen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ich möchte ein paar Punkte im Zusammenhang vortragen, die den Rahmen beschreiben, und zwar vier Punkte.

Das Erste ist: Ich war zwischen 2018 und 2023 deutsche Botschafterin in Washington. Ich habe einen verhältnismäßig großen Betrieb geleitet von über 200 Personen, Lokalbeschäftigte, viele Entsandte, nicht nur aus dem Auswärtigen Amt, sondern aus vielen Ressorts der Bundesregierung, BMVg, BMI, BMAS, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, nachgeordneten Behörden von Ressorts. Und ich sage das, weil es die außerordentliche Breite und Dichte des bilateralen Verhältnisses beschreibt, auch in den Zeiten, die nicht ganz disruptionsfrei waren in der vergangenen Administration. Und diesen breiten Fokus hatte ich als Leiterin zu spiegeln.

Mein zweiter Punkt ist: Ich war und ich bin keine Expertin zu Afghanistan. Die Botschaft war es auch nicht. Es war auch nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe war eine andere: erst einmal, in Bezug auf Afghanistan die internen Diskussionen der Administration bzw. der Administrationen - es waren ja über den Zeitablauf zwei - auf dem Hill, im politischen Raum, in den Thinktanks usw. zu verfolgen und diese Diskussion mit der notwendigen Kontextualisierung nach Berlin zu transportieren. Und da war mir zu jedem Zeitpunkt klar, dass die Offenheit von sehr ranghohen Gesprächspartnern, die ich hatte, immer auch von dem Vertrauen darin abhing, wie der

Umgang mit den vertraulichen Informationen in Berlin ausfallen würde.

Das war nicht unsere einzige Aufgabe. Die weitere Aufgabe war natürlich, in Washington in die politischen Prozesse einzufüttern, wie die Sichtweisen, die Perspektiven, die Zwänge usw. in Berlin aussahen, und dies einzufüttern entweder direkt, wann immer das möglich war, und/oder öffentlich oder indirekt, wann immer das angezeigt war. Warum das wichtig war, will ich nachher sagen.

Mein dritter Punkt ist: Meine Befassung mit Afghanistan hat sich natürlich über die vielen Monate seit Anfang 2020 deutlich intensiviert, insbesondere im Frühjahr 2021. Aber ein Blick in den Kalender in den Wochen vor dem 15. August 2021 - das war der Tag, an dem ich meinen Heimaturlaub antrat, der in Zusammenhang mit der Botschafterkonferenz genommen werden sollte -, der Blick in den Kalender also zeigt mir, dass es viele Termine gab mit Afghanistan-Bezug, Gespräche mit Afghanistan-Bezug, aber eben doch inmitten einer sehr breiten Streuung von Terminen, Gesprächen, Auftritten usw. mit anderem Inhalt und mit anderer Stoßrichtung.

Jetzt komme ich zum vierten Punkt, nämlich zu der transatlantischen Dimension der Entwicklungen in Afghanistan. Wie ich schon sagte: Ich habe den Umgang gehabt mit zwei Administrationen.

Die Trump-Administration: In den Zeiten der Trump-Administration war der Zugang kein Problem, jedenfalls fast nie. Ein Problem lag darin, dass jederzeit eine Entscheidung, eine Ansage, Ergebnisse von Interagency-Prozessen, die es ja auch in der Zeit gab, durch einen präsidentiellen Tweet über Bord geworfen werden konnten und dass folglich das uns Gesagte oder Versicherte über Nacht Makulatur werden konnte. Ich habe oft bei meinen Gesprächspartnern die Unsicherheit über die Halbwertszeit des mir Gesagten registriert. Und das galt auch für Afghanistan.

Natürlich veränderte sich das seit den Wahlen 2020. Aber es gab neue Hürden, und es ist wichtig, diese zu verstehen. Die erste Hürde bestand darin - denn natürlich hatte sich die Botschaft



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon vor den Wahlen damit befasst, wie denn eine Afghanistan-Politik und wie Afghanistan betreffende Entscheidungen unter einer möglichen Administration Biden ausfallen würde -, aber ein Problem entstand darin, dass alle Mitarbeiter und alle Angehörigen des Transitionsteams gehalten waren, keine Gespräche mit Ausländern zu führen über außenpolitische Fragen. Das war dem Logan Act geschuldet. Und allen Beteiligten in Washington war in Erinnerung, dass der seinerzeit nominierte außenpolitische Berater des damals künftigen Präsidenten Trump strafrechtlich belangt worden war, weil er solche Kontakte zu Ausländern - in dem Fall war es der russische Botschafter - gehabt hatte. Das führte dazu, dass bei dem Transitionsteam des President Elect eine strikte Weisung eingehalten wurde, solche Gespräche und solche Termine nicht wahrzunehmen. Und das bedeutete für uns, für die Botschaft, dass wir indirekt verfahren mussten, zum Beispiel über die Gespräche mit Senatoren, die dem künftigen Präsidenten nahestanden, oder in Gesprächen mit Thinktanks, die, wie wir wussten, einbezogen waren in die Transition, oder Personen, die noch nicht zum Transitionsteam gehörten, aber irgendwie im weiteren Umkreis waren. Und auf diese Art und Weise wurden auch gelegentlich Positionen, deutsche Positionen, bei mir abgefragt. Wie gesagt, im Hintergrund war der Logan Act.

Nach dem Amtsantritt am 20. Januar veränderte sich das wieder, aber nicht vollständig - nicht vollständig deswegen, weil die Bestätigungsverfahren für die Nominierten sich doch beträchtlich hinzogen und wir natürlich nur mit denjenigen sprechen konnten, die entweder bereits bestätigt waren oder einer Bestätigung nicht bedurften.

Und dann kam Covid dazu. Die Covid-Regelungen der neuen Administration waren außerordentlich strikt. Und normalerweise ist es so nach einem Amtsantritt, dass sich Besuchsreisende in Fluten über Washington ergehen, dass sozusagen die Neuernannten sich vor Terminanfragen gar nicht retten können. Das war diesmal anders. Die Reisen fanden schlicht nicht statt. Es gab sozusagen Gespräche am Telefon

oder Zoom-Gespräche; aber es war deutlich weniger als in normalen Zeiten. Und das gab der Administration in den sofort anfangenden Policy Reviews gewissermaßen Deckung für die Konzentration und für den Fokus auf die Policy Reviews in den unterschiedlichen Politikbereichen; aber es limitierte auch für die Botschaften, aber auch für die Hauptstädte die Möglichkeit, permanent einzuwirken oder zu lobbyieren oder zu werben für unsere Positionen im Rahmen der Entscheidungsfindung. Wir haben es trotzdem getan, auf die Art und Weise, wie ich sie vorhin beschrieben habe; aber es war gewissermaßen die Luft dünner, als sie es normalerweise gewesen wäre.

Wir wussten, dass die internen amerikanischen Erörterungen sehr intensiv waren über Afghanistan in den Review-Prozessen, sehr kontrovers auch waren. Und im Rückblick betrachtet denke ich, dass eine Kombination von immer wieder wiederholten Versicherungen, dass die Entscheidung noch nicht getroffen sei, wie wichtig die Konditionalitäten seien, unterschiedliche Akzente, die gesetzt worden sind, die sehr lautstarke Stimmen, die für eine Fortsetzung eines Condition-based Approaches öffentlich warben, dass all diese Kombinationen bei uns im Rückblick betrachtet vielleicht den Eindruck einer größeren Entscheidungsoffenheit produziert haben, als er gerechtfertigt war.

Jedenfalls stellte ich fest, dass es auf amerikanischer Seite und auf deutscher Seite einen gewissen Disconnect gab, einen Disconnect in der Wahrnehmung der Art und Weise, wie wir konsultiert worden waren. Auf deutscher Seite der sehr starke Eindruck in Berlin, sicherlich auch gefördert durch die Wahrnehmung eines nicht ganz transparenten Verhaltens des Afghanistan-Beauftragten der amerikanischen Regierung, der Eindruck also, dass zwar Konsultation inszeniert worden sei, aber ohne dass die deutsche Seite wirklich gehört worden sei. Und auf der amerikanischen Seite umgekehrt der Eindruck, dass wir laufend gehört worden seien, wir wahrscheinlich sogar mehr als andere gehört worden seien, dass aber gehört zu werden, nicht identisch sei mit der Entscheidung, wie sie am Ende ausgefallen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ab Ende April änderten sich die Zugangsmöglichkeiten, auch wiederum Covid-geschuldet. Sozusagen Konsultationen, Reisen gab es sehr viel mehr, direkte Kontakte gab es sehr viel mehr; aber zu diesem Zeitpunkt war eben auch eine Entscheidung bereits getroffen worden, die in Berlin als unilateral rüberkam. Und das hat auch die späteren Wahrnehmungen trotz der dann laufenden und engen Konsultationen gefärbt.

Unabhängig davon gab es auch sonst noch Hucklein. Es gab auch sozusagen Momente, wo beide Seiten vielleicht unterschiedliche Verständnisse hatten von dem, was geschah. Aber wirkliche unilaterale Momente oder dass wir vor vollendete Tatsachen gestellt worden seien, das habe ich - und das ist meine Sicht aus D. C. gewesen - dann nicht mehr erlebt. Ich weiß, dass das in Berlin anders wahrgenommen worden ist, aber ich sage mit großer Überzeugung, dass die Abläufe beispielsweise an dem 14. August und am 15. August nicht einer intendierten Zurückhaltung, was Konsultationen anging, geschuldet waren, sondern der sich überschlagenden Dynamik der Entwicklung, insbesondere - und das hat die Amerikaner sehr verärgert - dem Wortbruch Ghani und der Flucht Ghani, das dann in Kombination mit der Verschärfung der Sicherheitslage durch den Gefängnisausbruch an diesem Tag. - So viel von mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Dr. Haber. - Dann fangen wir mit der Fragerunde an. Es beginnt mit der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger, bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite herzlich willkommen im Untersuchungsausschuss und vielen Dank für Ihre einleitenden Worte, die einige der Punkte, die ich jetzt in dieser ersten Runde gerne angesprochen hätte, zum Teil auch bereits behandelt haben.

Ich würde Sie dennoch gerne noch einmal im Hinblick auf Ihre Kommunikationsstränge fragen, wie Sie aus den USA heraus, mit welchen Stellen in Deutschland Sie kommuniziert haben im Auswärtigen Amt und insbesondere auch, ob Sie in Kontakt standen mit den Stellen des Auswärtigen

Amtes, die das Doha-Abkommen und den späteren innerafghanischen Friedensprozess in Doha oder in Kabul verhandelt bzw. begleitet haben. Können Sie mir dazu Angaben machen, bitte?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe die Berichterstattung mitgelesen aus Doha. Die Botschaft hat dies getan. Ich war meistens, wenn ich in direktem Kontakt war, in Kontakt mit den Staatssekretären, mit dem Politischen Direktor, sehr gelegentlich mal mit Potzel und mit Krüger.

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm. - Der zweite Teil der Frage oder der erste Teil war, mit welchen Stellen im Auswärtigen Amt Sie direkt kommuniziert haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wie ich sagte: mit den Staatssekretären, mit dem Politischen Direktor und gelegentlich mit den Vertretern, die sich direkt mit Afghanistan befassten. Dazu gehörten Botschafter Potzel und Herr Krüger, der Leiter des Arbeitsstabs.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, okay. Vielen Dank. - Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie ein sehr breites Aufgabenspektrum in den USA hatten; völlig verständlich. Wer diese Botschaft jemals vielleicht auch in Aktion erlebt hat, weiß, dass da vielfältige Kontakte gepflegt werden in die amerikanische Gesellschaft und das politische Systeme hinein. Können Sie vielleicht in einem gewissen Umfang quantifizieren, welchen Anteil diese Arbeit Afghanistan an Ihrer Gesamtarbeit hatte? Hatten Sie stundenweise pro Woche damit zu tun oder nur punktuell?

Zeugin Dr. Emily Haber: Der Befund wäre nicht statisch. Die Lage war dynamisch. Folglich hat sich auch meine Befassung verändert. Ich glaube, es hat, wie ich eingangs sagte, sehr deutlich zugenommen mit dem Frühjahr 2021. Aber auch Ende 2020, als sozusagen sich abzeichnete, dass die Amerikaner selbst die 4 500 Soldaten unterbieten würden ohne irgendeine Absprache, war ich sehr stark im Kongress unterwegs. Das war auch im Frühjahr immer wieder der Fall. Und im Sommer, also seit dem Frühsommer war ich wahrscheinlich jeden Tag sozusagen in irgendeiner Weise mit Afghanistan befasst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es einen Stab von Mitarbeitern oder einzelnen Mitarbeiter/-innen, die Ihnen zum Thema Afghanistan an der Botschaft in den USA zugearbeitet haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber natürlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie das - - Wie viele Menschen waren damit befasst?

Zeugin Dr. Emily Haber: Na ja, also, es gab einen Referenten, der sich fast nur mit Afghanistan befasst hat und der eine große Rolle gespielt hat in der Vorbereitung meiner Person durch die Pflege von direkten Kontakten, einschließlich Kontakte nach Berlin und Kontakte nach Kabul. Es gab den Leiter der Politischen Abteilung, der das Ganze ständig begleiten musste. Also, das waren die beiden wichtigsten Kollegen, die ich an der Botschaft hatte. Aber auch der Militärattachéstab war laufend involviert. Also es war, weil es so politisch brisant war, eine Gemeinschaftsaufgabe.

Jörg Nürnberger (SPD): Mhm. - Vielleicht darf ich dann gleich in den Juli 2021 springen. Und ich darf Ihnen vorhalten MAT A AA-4.37 VS-NfD, Blatt 70. Und dort wird von einem Ihrer Mitarbeiter, Herrn N. - ich nehme an, das ist einer, den Sie gerade beschrieben haben -, in Bezug auf die Planungen des ersten Evakuierungsfluges afghanischer Ortskräfte durch die USA, der dann Ende Juli stattfand, Folgendes mitgeteilt:

„Liebe Frau Haber,

Sie hatten Recht bzgl. der Politikanpassung.“

Und Sie haben ja bereits in Ihrem Eingangsstatement beschrieben, dass dieser Transitionsprozess der Biden-Administration ein etwas langwieriger war.

Können Sie uns erläutern, auf was sich Ihr Mitarbeiter bezieht, um welche Politikanpassung es da gegangen ist? - Wir können Ihnen das Dokument natürlich auch gerne vorhalten, wenn Sie es sehen möchten.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich weiß, von welchem Dokument Sie sprechen. Vielen Dank.

Ja, die Entscheidung des Präsidenten war gefallen am 14. April nach meiner Erinnerung, damals - das sind jetzt meine Worte - mit der Ansage, Konditionalitäten funktionieren nicht, Konditionalitäten sozusagen hätten dazu geführt, dass wir endlos in Afghanistan bleiben müssten. - Trotzdem blieb in der Zeit danach die Frage der Bedingungen vor Ort auch für die Amerikaner, für uns ohnehin, ein wichtiger Punkt, nur eben anders zu erreichen: durch humanitäre Politik, durch EZ, durch die Frage: Wie sozusagen macht man Legitimität zu einem wichtigen Thema? Und gleichzeitig bereits, ich würde sagen, Ende April - ich erinnere mich an eine Anhörung im Auswärtigen Ausschuss -, ist auch die Frage gestellt worden: Wie organisieren wir eigentlich - - oder wie bereiten wir uns vor auf die Sicherheitsfragen? Und ich habe, als ich, also - - und darauf nimmt die Mail, glaube ich, Bezug. Ich habe irgendwann gesagt, dass das Verhältnis zwischen Vorbereitung auf ein Worst-Szenario und der Fokus auf die Frage „Welche Bedingungen können wir eigentlich durch unsere Politiken erreichen?“, sich verändert hat. Und darauf bezog sich die Mail.

Jörg Nürnberger (SPD): Drei Tage später, am 23. Juli 21, schreibt der Gesandte Jan Hendrik van Thiel in einer Mail, die auch Sie ausweislich der Unterlagen erreicht hat - ich beziehe mich auf MAT A AA-4.51 VS-NfD, die Blätter 171/172 -, dass die Republik militärisch am Ende sei und rund die Hälfte der Provinzstädte von den Taliban umzingelt wären. Ich zitiere:

„Laut USA, GBR und NATO stehen die ANDSF gegenwärtig am Rande einer Niederlage ... („Doha is dead“). Dennoch werden die Bombardements“

- in Klammern: der USA -

„... als aktive Unterstützung für den Friedensprozess“

gesehen

„... so soll eine mil. Pattsituation herbeigeführt werden, die den Zusammenbruch der sog. „Republik“



Nur zur dienstlichen Verwendung

vor dem offiziellen Ende des US-Engagements verhindert ... viel wahrscheinlicher ist, dass die TLB eskalieren werden, weil die USA eskalieren ... Für Kabul bedeutet dies ggf. nicht ein schrittweises näher kommen einer Frontlinie ..., sondern eine Eskalation von innerhalb der Stadt mit zwei Zielen: Green Zone und Flughafen.“

Herr van Thiel rät zu frühzeitigen Evakuierungsplanungen.

„Insgesamt gilt was Si-Experten sagen: Wenn wir auf ein Notfall-evakuierung zu steuern ist im Vorfeld das meiste schief gelaufen.“

Ihr Mitarbeiter Herr N. leitet diese Einschätzung am selben Tag weiter und fügt hinzu - das steht auf Blatt 170 -, dass die Einnahme Kandahars ein „game changer“ wäre. Haben Sie diesen Game-changer ebenfalls so bewertet, oder wie war Ihre Ansicht zu dieser Nachricht von Herrn van Thiel?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das weiß ich aus dem Moment heraus nicht; aber ich erinnere mich, dass - - Sozusagen im laufenden Monat Juli sahen wir doch einen rauschenden Vormarsch der Taliban. Ich sah, glaube ich, eher die Kontinuität einer Entwicklung und nicht einen plötzlichen Paradigmenwechsel. Aber das kann ich sozusagen nur aus der Erinnerung sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist ja genau der Maßstab, den wir hier prüfen: Ihre persönlichen Erinnerungen und Ihr Wissen zu dieser Zeit. - Ihr Mitarbeiter Herr N. fügt in einer weiteren E-Mail vom gleichen Tag hinzu, dass auch in den Gesprächen mit dem US-Sonderbeauftragten Khalilzad und dem neuen deutschen Sonderbeauftragten Wieck ein neuer Zungenschlag vernommen werden könnte. Das Zitat lautet:

„[REDACTED] habe AP-B-2 Wieck gefragt, wie wir mit dem „TLB-Emirat“ zusammenarbeiten könnten? Was seien unsere Minimalbedingungen“

- und Sie haben vorhin auch von Bedingungen gesprochen -

„für zukünftige Zusammenarbeit?

... AP-B-2 wohl sehr besorgt über Lageentwicklung und neuen Zungenschlag von [REDACTED].“

Wie haben Sie diese Berichte über die Lageentwicklung in Afghanistan bewertet? Sie haben gerade ausgeführt, es sei eine kontinuierliche Entwicklung gewesen. Hat man Evakuierungsplanungen nach Ihren Erkenntnissen dadurch beschleunigt? Oder um offen zu fragen: Wie wurde darauf reagiert?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das kann ich aus meiner Kenntnis aus D. C. heraus nicht sagen, weil ich damit nicht unmittelbar befasst war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte trotzdem noch mal zurückkommen auf die Frage hinsichtlich der in dem ersten E-Mail zitierten Bemerkung, Doha sei tot. Gingen Sie zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass die Vereinbarungen, die im Doha-Abkommen getroffen worden sind, noch einzuhalten waren? Oder teilten Sie damals diesen Eindruck, dass das Doha-Abkommen, das ja unabhängig davon, wie es ohnehin in der deutschen Politik bewertet wurde, nicht mehr aktuell sei?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich wiederhole noch einmal, dass ich nicht Expertin in Sachen Afghanistan war und dass ich von den Doha-Verhandlungen ziemlich weit entfernt war. Aber ich beantwortete Ihre Frage trotzdem, das vorausgeschickt habend. Die Entscheidung zugunsten einer Zeitlinie, das heißt eines konkreten Zeitpunkts, machte die Erwartungen auf die Umsetzung von wünschenswerten Bedingungen zu einem Stockflow Agreement*. Das heißt, die eine Sache haben Sie in der Tasche, und bei der anderen Sache, bei den anderen Fragen gilt das Prinzip Hoffnung. Und ich hatte nicht den Eindruck, dass die Taliban, wenn man mal davon absieht, dass sie sozusagen amerikanische Ziele nicht mehr ins Visier genommen haben - - dass die Taliban weder durch die Perspektive von EZ noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Legitimitätsforderungen noch humanitäre sozusagen Hoffnungen bereit gewesen waren, Dinge umzusetzen, für die der Westen, also unsere Präsenzen, keine Hebel mehr hatten, um die Umsetzung zu steuern.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie auch mit den Staatssekretären im Kontakt waren. In der gleichen E-Mail - ich brauche die MAT-Nummer nicht erneut zitieren - auf Blatt 170 schreibt Staatssekretär Berger hoffnungsvoll, dass eine Lösung im Rahmen des Friedensprozesses herbeigeführt werden könne. Das ist ja eine sehr optimistische Einschätzung. Inwieweit weicht diese von Ihrer jetzt dargestellten Einschätzung ab?

Zeugin Dr. Emily Haber: Berlin war fokussiert auf die Frage: Wie können wir in Afghanistan an Bedingungen vor Ort retten, was wir retten können, und welche Mittel und Instrumente und Hebel haben wir, um das sicherzustellen? Und hierfür war Doha sozusagen ein wesentliches Element. Ich war der Auffassung - aber noch einmal: ich war weit entfernt, ich bin keine Expertin für Afghanistan und sozusagen habe das gewissermaßen aus dem Aussichtsturm nur verfolgt -, wenn man den wichtigsten Hebel aus der Hand gibt, dann bleibt nicht mehr sehr viel.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gibt Dokumente, die als Verschlussache qualifiziert sind, und es gibt über diese Dokumente ganz ausführliche Medienberichte aus dem September 2021. Ohne hier an dieser Stelle, weil es auch nicht das richtige Format ist, auf die Inhalte dieses Dokument einzugehen: Aber Sie wissen, es handelt sich um einen Bericht, den Sie an das Auswärtige Amt geschrieben haben, in dem Sie die Situation dargestellt haben. Wir könnten das als stillen Vorhalt vorlegen, aber Sie sind sich sicher über den Inhalt bewusst. Es stellt sich für mich die Frage: Welche Konsequenzen haben Sie sich erwartet oder haben Sie sich erhofft, wenn Sie diesen Bericht nach Berlin schicken? Und die zweite Frage: Haben Sie auf Ihren Bericht hin Rückmeldungen bekommen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, das erste Ziel meines Berichts war, sine ira et studio darzustellen,

wie die Diskussion in Washington ablief, welche vielleicht unterschiedlichen Nuancen gesehen wurden, wie das Verhältnis zwischen Risiken und Chancen eingeordnet wurde, und nahezulegen, welche Schlussfolgerung das für uns bedeutete. Ich habe eine Rückmeldung bekommen, also nicht telefonisch, aber, ich glaube, eine Textnachricht, Mitte der Woche, Mittwoch, glaube ich, der Staatssekretärin, die sagte, der Bericht sei zum rechten Zeitpunkt gekommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass Maßnahmen, die Sie in Ihrem Bericht vorgeschlagen haben, dann tatsächlich auch eingeleitet wurden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wissen Sie, Sie sprechen natürlich Kontingenzmaßnahmen an. Und ich wäre nicht über diese unterrichtet worden, und ich müsste auch nicht über sie unterrichtet sein. Das war schlicht nicht sozusagen meine Zuständigkeit, und da würde ich auch niemals hineinwirken. Ich habe vermitteln wollen, dass Contingency-Maßnahmen sozusagen auf amerikanischer Seite - - Aber das ist eine Selbstverständlichkeit für Amerikaner.

Vielleicht kann ich diesen Punkt erläutern.

Jörg Nürnberger (SPD): Gerne.

Zeugin Dr. Emily Haber: Im deutschen Verständnis lag immer ein Risiko, ich will jetzt nicht sagen, von Kontingenzmaßnahmen, aber von, sagen wir, einer Beschleunigung von Evakuierungsmaßnahmen oder Reduzierung der Botschaft oder, also die ganze Palette, nicht? - - ein Risiko lag in der politischen Aussage, die damit verbunden werden konnte, weil sie als Schritt verstanden werden konnte, der infrage stellte das eigentliche Ziel, das wir alle erreichen wollten, nämlich den Verbleib der Botschaften und den Verbleib der internationalen Gemeinschaft. Also beides war ein Zielkonflikt.

Und für Amerikaner gab es diesen Zielkonflikt auch. Aber für Amerikaner ist in einem solchen Zielkonflikt Sicherheit immer auch die oberste Priorität. Amerikaner tun sich deswegen - das gehört zu ihrer politischen DNA - weniger schwer



Nur zur dienstlichen Verwendung

damit, Maßnahmen voranzutreiben, die in einem inneren Widerspruch zueinander stehen, ganz einfach, weil die Sicherheitsfrage so überragend wichtig ist. Und das war mir bewusst.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich an der Stelle noch ganz kurz einen Schritt zurückspringen zu meiner vorherigen Frage hinsichtlich der Position des Staatssekretärs. Wenn ich jetzt Ihre Aussage gerade und die Position des Staatssekretärs nebeneinanderstelle, kommt man ja genau zu dem Schluss, den Sie jetzt gebracht haben. Offensichtlich hat man in Deutschland nach wie vor gehofft, es gibt Möglichkeiten, den Prozess zu beeinflussen, den innerafghanischen Prozess, und damit die Republik Afghanistan zu erhalten, auch wenn Sie, wenn ich jetzt Sie richtig verstanden habe - und da bitte ich noch mal um Bestätigung oder Widerspruch -, diesen Optimismus zu dem Zeitpunkt aufgrund Ihrer eigenen Erkenntnisse so nicht mehr geteilt haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich hatte keine eigenen Erkenntnisse. Ich hatte nur Erkenntnisse darüber, wie die Amerikaner darüber dachten. Und da gab es unterschiedliche Nuancen, was ganz normal ist. Bei uns gab es wahrscheinlich auch unterschiedliche Nuancen. Und das habe ich übermittelt. Ich hatte insoweit keine Meinungsverschiedenheit mit dem Staatssekretär, überhaupt nicht; aber es war meine Aufgabe, zu übermitteln, wie die Amerikaner sozusagen das Gesamtbild von noch Erreichbarem und Risikoversorge betrachteten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Kollege Nürnberger. - Dann geht das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Schönen guten Tag, Frau Dr. Haber! Vielen Dank, dass Sie Ihr Wissen mit uns teilen, um die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Abzug aus Afghanistan ein bisschen aufzuhellen und zu erklären. - Ich würde gern dort fortsetzen, wo sich der Kollege Nürnberger eben aufgehalten hat, nämlich in Ihrem Drahtbericht vom 6. August 2021. Das Dokument selbst ist nicht für unsere Vernehmungsrunde hier klassifiziert. Aber ich will trotzdem versuchen, zu den von Ihnen vorgenommenen

Bewertungen ein paar Fragen zu stellen, ohne dass wir jetzt über die Quelle konkret miteinander reden oder über andere Sachverhalte, die Rückschlüsse auf Ihre Gesprächspartner zulassen.

Wir haben eine Bewertung Ihres Drahtberichts durch den BND in unseren Akten, die - das sage ich gleich in Richtung zu Herrn Gloßner -, VS-NfD eingestuft ist und die ich Ihnen gern mal eben kurz vorlegen würde, weil ich vermute, dass Sie die Bewertung Ihrer Bewertung nicht kennen. Das ist MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 103 und 104. Ich würde Sie bitten, sich das vielleicht einmal kurz anzuschauen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Bitte.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage Sie jetzt nicht nach der Bewertung der Bewertung Ihrer Bewertung, sondern ich gehe davon aus, dass Sie sich im Prinzip an diesen Bericht, also an diese Meldung, die Sie abgesandt haben, erinnern. Die hat ja auch in Deutschland danach noch für eine Öffentlichkeit gesorgt und eine Aufregung gesorgt. Und darüber würde ich gerne mit Ihnen reden.

Sie haben also am oder kurz vor dem 6. August mit mehreren Personen - so entnehme ich das - versucht, ein Lagebild herbeizuführen. Gab es für dieses Gespräch einen besonderen Anlass oder eine Aufforderung des Auswärtigen Amts, oder waren das Routinegespräche? Wie kam es eigentlich zu diesen Gesprächen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Solche Gespräche gehören zur Aufgabe der deutschen Botschafterin in Washington. Da brauche ich keine Aufforderung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das habe ich mir gedacht. Aber war das jetzt ein besonderer Anlass, oder war das tatsächlich so eine Routine? Also, gab es einen externen Anlass, zu sagen: „Ich müsste mal über Afghanistan konkret jetzt mit bestimmten Leuten reden“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, die Nachrichtenlage ab Ende Juni/Juli war einfach so, dass wir ein genaueres Bild haben mussten. Und ich wollte insbesondere verstehen: Wie wahrscheinlich ist eigentlich die Annahme, dass die Taliban an ihrer künftigen Legitimität so interessiert sein werden, dass sie zu Kompromissen bereit sind? Es war eine Sache, die hatte ich immer wieder gehört bei einer Veranstaltung zum Beispiel durch den europäischen Beauftragten für Afghanistan. Das war eine öffentliche Veranstaltung. Da sozusagen wollte ich - - Das wollte ich einschätzen, wollte ich verstehen, das Verhältnis zwischen Risiken und Chancen und welche Folgen hat das für die Entscheidungsfindung und für die Vorbereitung, und welche Folgen hat das dann für uns. Das war der Hintergrund.

Also, es waren Gespräche, die geboten waren durch die Entwicklung der Lage. Manche dieser Termine bekommen Sie nicht über Nacht, füge ich hinzu. Und ich saß daran seit Ende Juli.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ohne dass wir jetzt konkret über Dinge sprechen, die Rückschlüsse auf Ihre Gesprächspartner zulassen, entnehme ich dieser Bewertung, dass der [REDACTED] einer Ihrer Gesprächspartner gewesen ist - das ist ja auch kein Geheimnis -, dass [REDACTED] dabei gewesen sein sollen. So entnehme ich das diesem Vermerk. Meine Frage ist: Können Sie, ohne näher zu sagen, wer es gewesen ist, sagen, welche Institutionen bei Ihrer Informationszusammenstellung geholfen haben?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner wünscht das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, die konkreten Institutionen würde ich schon nicht mehr benannt haben wollen; denn es lassen sich dann schon Rückschlüsse auf die jeweiligen Personen ziehen - das liegt auf der Hand -, mit wem eine Botschafterin spricht in solchen Situationen. Daher: Vielleicht kann man das ein bisschen abstrakter halten, und

dann ist es vielleicht in der Sitzung auch möglich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ging ja um den Inhalt, wenn ich das richtig verstanden habe, mehr noch als um den Adressaten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, ja, es ging schon um die Frage, welche Quellen es, ohne sie namentlich zu nennen, sind und ob die repräsentativ sind. Das ist das Ziel meiner Frage. Dann frage ich andersrum: Um solche Berichte zu schreiben, wer sind da üblicherweise Ihre Gesprächspartner?

(Heiterkeit)

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, Herr Vorsitzender, ich weiß nicht richtig, was ich da antworten soll. - Es sind die angemessenen Gesprächspartner. Und vielleicht kann ich Ihre Frage dergestalt beantworten, dass die Gesprächspartner, die ich habe und die ich in dem Fall hatte, gewichtige waren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage geht jetzt ja nicht so sehr darum, hier irgendjemanden zu outen, sondern ich möchte ein Gefühl dafür bekommen, ob das ein geschlossenes Bild war oder ob es sehr unterschiedliche oder differenzierte Auffassungen gegeben hat, die Sie zusammengefasst haben in Ihrem Bericht. Darum geht es. Also, war das, was Sie geschrieben haben - frage ich mal so rum -, die in Ihren vielfältigen Gesprächen vermittelte einheitliche Auffassung?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, es war nicht einheitlich. Die Äußerungen waren aber ernst zu nehmen und gewichtig, wie ich fand. Nuancen waren erkennbar, sozusagen insbesondere bei demjenigen, der in der Vergangenheit eben den gesamten Prozess, jedenfalls in der Sache führend, in der Hand gehabt hatte. Also, ein einheitliches Bild war es nicht.

Und Sie müssen auch verstehen, dass niemand Ende Juli/Anfang Juli ganz genau hätte vorhersagen können, was wirklich passiert. Was man sa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen konnte, ist, man konnte Risiken identifizieren und das sozusagen in einen größeren Kontext stellen. Aber es gab unterschiedliche Nuancen, nicht nur bei diesem Gespräch, sondern ich wusste auch, dass es innerhalb der Administration durchaus aktiv diskutiert wurde, wie man mit den Risiken umgehen sollte und wie Vorbereitungen und Vorsorge ausfallen sollten. Im Detail wusste ich nicht, wie sozusagen welche - - Und das wäre auch nicht mit mir geteilt worden. Es ist wichtig, auch das zu verstehen. Kontingenzvorbereitungen unterliegen immer großer Geheimhaltung. Also, glauben Sie nicht, dass in einem Gespräch in einem selbst nicht öffentlichen Rahmen, aber in einem nicht gesicherten Raum mir Details präsentiert worden wären – Nee! Es war sozusagen das größere Bild, und über dieses größere Bild und die Nuancen, die unterschiedliche Akteure dort sahen, habe ich berichtet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben diese Gespräche, die Sie in diesem Zeitraum geführt haben, ja zum Anlass genommen, einen Drahtbericht zu erstellen. Das machen Sie ja nicht bei jedem Gespräch, sondern ich nehme an, es gibt Routinen. War das jetzt sozusagen eine Sonderberichterstattung am 6. August? Und wenn ja, warum haben Sie - - Sie haben vorhin gesagt, Sie hatten keine Aufforderung, es gab also sozusagen keinen Auftrag. Wie kam es dazu, dass Sie die Informationen so bewertet haben, dass Sie daraus einen Drahtbericht gemacht haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, erstens gehört das schon zu der Routine, dass die Botschaft Drahtberichte - - Also, normalerweise ist es so gewesen: Wenn ich Gespräche führe, bin ich oft, aber nicht immer begleitet; das hängt ein bisschen von dem Gesprächspartner ab. Und sozusagen danach sind kurze interne Vermerke entweder erfolgt, die dann später in Berichte eingeflossen sind, oder es ist sofort ein Bericht erstellt worden. Also, in diesem Fall sind die verschiedenen Elemente aus den Gesprächen, die ich geführt hatte, in einen Gesamtbericht eingeflossen. Aber das ist ungewöhnlich nicht, also das ist schon öfter, das geschieht eigentlich routinemäßig.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. - Trotzdem noch mal die Frage: Waren der Eindruck oder die

Informationen, die Sie aus diesen Gesprächen gewonnen haben, für Sie irgendwie eine Veränderung der Lage, die Sie zum Anlass genommen haben, darüber zu berichten? Oder war das sozusagen eigentlich so ein gleichbleibender Grund - - Also, hat es eine veränderte Wahrnehmung in den Gesprächen Ihrerseits gegeben? Hat sich was verändert?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Könnten Sie diese Veränderungen mit uns teilen, die Sie wahrgenommen haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Meine Schlussfolgerung war - und das war der Grund für den Bericht -, dass summa summarum die amerikanische Seite die Risiken sehr ernst nahm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Entschuldigung, das ist jetzt der Punkt, der für uns besonders spannend ist. Deswegen bleibe ich dabei, um Sie noch ein bisschen zu Details weiter zu fragen. Was bedeutet jetzt „ernst“? Ernst in Bezug auf die Sicherheits- und militärische Lage in Afghanistan, ernst in Bezug auf „Was passiert am Tag danach?“ oder ernst in Bezug auf „Ist die Sicherheit unserer eigenen Leute im Land eigentlich noch sichergestellt?“? Also, was meinen Sie mit „ernst“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Mit „ernst“ meinte ich die Überlebensfähigkeit der afghanischen Regierung über einen Zeitraum hinweg, den ich selber nicht kannte, der aber kürzer sein konnte als vielleicht erwartet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In der Bewertung des BND in dem vierten Kullerpunkt aus dem Dokument, das Ihnen vorliegt, heißt es - - Also, da wird erst berichtet, wie der Sonderbeauftragte das sieht, und in dem vierten Punkt heißt es dann:

- Das US-Militär sowie die US-Intelligence Community erklärten bereits vor der Abzugsentscheidung der BIDEN-Administration im April 2021,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ohne militärische Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft die afghanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sein würden, die Sicherheitslage unter Kontrolle zu halten. Vor diesem Hintergrund ist deren Lageeinschätzung unverändert. Zudem hat das US-Militär bereits Mitte Mai 2021 erste Eventualplanungen zur schnellen Evakuierung des Botschaftspersonals erarbeitet. Diese werden kontinuierlich überarbeitet sowie der Lage angepasst und stellen Routineaufgaben des US-Militär dar, die mit dieser Art Operationen betraut sind.“

Zitat Ende. - Die Bewertung Ihres Berichts ist ja ein bisschen, würde ich sagen, einordnend im Hinblick „Das ist nichts Neues“, also seit April und seit Mai, also es ist - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Dies hier?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, ja, ja, diese Bewertungen, die da vorgenommen worden wird. - Sie haben jetzt eben gesagt, Sie haben sozusagen im Sinne, was die afghanische Regierung betrifft, eine Verernstung der Lage, wenn man das so sagen darf, festgestellt. Gab es insofern für Sie im Hinblick auf die Frage „Was passiert mit uns in Afghanistan?“ mit Ihren amerikanischen Gesprächspartnern eine Veränderung der Einschätzung der Lage? Also, haben die Amerikaner anders reagiert als bis zu diesem Zeitpunkt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wieder mal vorausschauend, dass ich nicht eine Expertin der Lage vor Ort war, muss ich sagen: Hätte ich damals diese Bewertung gesehen, hätte ich mir die Frage gestellt, wie man von Kontinuität angesichts des - - also einer Kontinuität seit wann? Mai?

(Die Zeugin liest in ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

- - von einer Kontinuität der Situation seit April reden konnte angesichts des Vormarsches der Taliban in den darauffolgenden Wochen und Monaten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das bedeutet, Sie haben nicht in Ihren Gesprächen den Eindruck gehabt, dass das eine Fortschreibung einer kontinuierlichen Lage gewesen ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Zusammenhang ist jetzt noch die Frage, ob Ihnen gegenüber konkret auch die Sicherheit des Botschaftspersonals in der Green Zone angesprochen worden ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, wann das das erste Mal Inhalt Ihrer Gespräche in Washington gewesen ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das erste Mal, dass ich konkret angesprochen worden bin bzw. das Thema konkret selber angesprochen habe, war der 14. August nach meiner Erinnerung, als wir aus Kabul am Samstagmorgen amerikanischer Zeit die Nachricht bekamen, dass die Amerikaner die Botschaft völlig runterfahren würden und zum Flughafen evakuieren würden. Das hätte große Folgen für uns und große Folgen für alle in der Green Zone befindlichen ausländischen Vertretungen gehabt.

Und das war der Moment, an dem ich mehrfach an dem Tag mit dem State Department - das kann ich sagen - sprach, auf unterschiedlichen Ebenen. Und im Laufe dieser Gespräche ist mir versichert worden, die Botschaft werde zwar runtergefahren, aber verbleiben und auch weiter SIVs ausstellen, dass aber über einen etwas längeren Zeitraum - genannt wurde Ende des Monats - die Verlegung zum Flughafen geplant sei. Das entsprach nicht dem, was wir aus Kabul hörten, aber ist mir von ranghoher Stelle gesagt worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde jetzt gerne auf den vorletzten Kullerpunkt zu sprechen



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommen. Da heißt es, Zitat - - den drittletzten, Entschuldigung, drittletzten:

„• Die in den Gesprächen teilweise alarmistischen Lageeinschätzungen werden durch LBA nicht geteilt.“

Meine Frage ist: Aus Ihren Gesprächen haben Sie den Eindruck mitgenommen, dass es alarmistische Lageeinschätzungen gegeben hat?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, es habe sozusagen eine ernste Bewertung im Hinblick auf die Resilienz der afghanischen Regierung gegeben - das sind jetzt meine Worte -, und andererseits sagen Sie, sie sei aber nicht alarmistisch gewesen. Wo dazwischen war jetzt so Ihr Gesamteindruck, was in den nächsten Tagen und Wochen aus Ihren Gesprächen in Afghanistan passieren könnte?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) macht eine Hand-
bewegung)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: War das eine Wortmeldung? - Noch ist das, finde ich, eine Frage, die in Ordnung wäre.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, genau. Ich glaube, auf die Frage kann man noch abstrakt genug antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Genau. Sie bereiten sich nur vor für den Fall, dass es anders wird.

VLR Andreas Gloßner (AA): Langsam wird es schwierig sozusagen. Wenn das noch weiter konkretisiert werden soll, dann kommen wir eben in den Inhalt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das, finde ich, ist sehr tapfer; aber die Frage ist in Ordnung. Bitte schön, Frau Haber.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Gloßner, ich kann Ihre alarmistische Grundhaltung verstehen.

(Heiterkeit)

Zeugin Dr. Emily Haber: Wir haben alle damals in die Glaskugel geschaut - alle. Und keiner meiner Gesprächspartner hätte mir sagen können oder hat mir gesagt das, was zu welchem Zeitpunkt zuverlässig eintreten würde.

Was Gegenstand des Gespräches war, ist der Anstieg des Risikos für eine rasche und nicht mehr so überschaubare Dynamik. Es gab auch gegenläufige Hinweise - wir werden sicherlich im Späteren noch darauf zu sprechen kommen -, also die Erwartung, dass durch innerafghanische Gespräche vielleicht noch Raum und Zeit gewonnen werden könne, um sozusagen den endgültigen Vormarsch der Taliban - - also, so kann ich es nicht formulieren - - um Zeit zu gewinnen, um Zeit zu gewinnen und Bedingungen noch steuern zu können für den Zeitpunkt danach, also den Zeitpunkt nach dem völligen Abzug.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich eine letzte Frage für diese Runde gerne stellen. Es ist Ihnen ja bekannt, dass der von Ihnen verfasste Bericht dann irgendwie das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Da gab es einen „Spiegel“-Artikel vom 6. September 2021, den wir Ihnen auch vorlegen könnten, aber von dem ich grundsätzlich annehme, dass Sie eine Erinnerung daran haben. Das ist - mal eben sehen, dass ich die richtige Quelle finde - MAT A AA-8.661 VS-NfD, hat also Eingang in die Akten des Auswärtigen Amtes gefunden. Der titelt - Zitat -:

„Geheimer Kabelbericht warnte
früh vor Kollaps in Kabul“

Zitat Ende. - Würden Sie sagen, dass diese Überschrift den Inhalt Ihres Drahtberichts zusammenfassend richtig wiedergibt und, wenn nicht, inwieweit nicht?

Zeugin Dr. Emily Haber: Er erfasst mit Sicherheit nicht die Komplexität des von mir nach Berlin Übermittelten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Dr. Haber! Schön, dass wir uns sehen. Ich würde, bevor ich mit meinen eigenen Fragen anfangen, bei der einen oder anderen Sache noch mal nachhaken von Ihren Ausführungen und den Befragungen, die wir bisher gemacht haben.

Und beginnend mit einer organisatorischen Frage: Sie erzählten, dass im Rahmen der Botschafterkonferenz in Berlin auch im Anschluss ein Urlaub Ihrerseits geplant war. Können Sie das einmal noch mal zeitlich genau umreißen, weil ich jetzt gerade nicht auswendig weiß, wann die BoKo 2021 war?

Zeugin Dr. Emily Haber: Okay. - In der letzten Augustwoche, glaube ich. Aber ich möchte Folgendes da noch anmerken: Am Samstagmittag oder Samstagvormittag wurde ich befasst, also mit diesen Nachrichten aus Kabul. Dann gehe ich in die Botschaft, sprach mit Vertretern des State Department am Telefon und bat, weil ich wusste, dass es eine Sitzung im Weißen Haus gerade gab über diese Frage, um unmittelbaren Rückruf nach der Sitzung, damit ich wusste, sozusagen welche Entscheidungen dort getroffen wurden. Zu dem Zeitpunkt war mir auch klar: Hier kann eine ungeheuer schnelle Dynamik sich entwickeln.

Ich rief deswegen das Lagezentrum des Auswärtigen Amtes an und bat, die Staatssekretärin zu sprechen und ihr zu sagen, ich möchte die Weisung haben, dass der Urlaub nicht angetreten werden kann. Das hat Kostengründe für das Auswärtige Amt, weil Heimaturlaube ja immer von dem Dienstherrn bezahlt werden.

Ich erreichte die Staatssekretärin nicht, wurde aber zurückgerufen nach einer Weile von ihrer persönlichen Referentin, die auch einmal meine persönliche Referentin gewesen war, mit der Frage: Worum geht es denn da? Geht es um die Mail, die Sie gerade geschrieben haben? - Und ich sagte ihr, worum es ging. Sie befasste die Staatssekretärin und gab dann Rückmeldung, es

sei nicht erforderlich, dass ich den Urlaub absagte.

Zu dem Zeitpunkt hatte ich allerdings schon die Rückmeldung aus den Gesprächen [REDACTED] und die Ankündigung - - wusste von der mir gegenüber bereits angekündigten öffentlichen Stellungnahme des Präsidenten über das Hochfahren der militärischen Präsenz zum Zwecke der Absicherung der Evakuierung.

Am Abend schrieb mir dann der Staatssekretär, der im Urlaub war, eine Mail und sagte, ob ich den Urlaub nicht absagen würde. Dann rief ich ihn an und sagte: Ich bin jetzt gerade auf dem Weg zum Flughafen. Ich habe die Frage mit der zuständigen Staatssekretärin besprochen. Jetzt ist die und die Lage. Also jetzt sozusagen mal halblang! - Das ist sozusagen, da Sie auf meinen Urlaub zielen, der gesamte Sachverhalt gewesen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mit dem „halblang“ habe ich jetzt nicht verstanden. Haben Sie Ihren Urlaub dann angetreten?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf den Hinweis der Staatssekretärin Leendertse, die in Vertretung war für den Staatssekretär zu der Zeit?

Zeugin Dr. Emily Haber: Sie war die amtierende Staatssekretärin, und sie war befasst worden und hatte mir zurückgeben lassen, es sei nicht erforderlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben angeboten, Ihren Urlaub nicht anzutreten.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Urlaub war dann aber - - Also wenn Sie sagen, Ende August war die BoKo, dann hatten Sie den Urlaub geplant für die Zeit vor der Boko.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So war das. - Ging das anderen auch so, anderen Botschafter/-innen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Keine Ahnung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, was meinen Sie? Im Zusammenhang mit - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass man den Urlaub dann so an die BoKo - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Das ist üblich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ist üblich.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, das üblich. Und es wird auch vom Auswärtigen Amt aus Kostengründen großer Wert drauf gelegt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Sie haben erzählt, dass Sie im Januar 21 dann einerseits etwas mehr Gesprächspartner wieder fanden bei der zukünftigen oder im Umfeld der zukünftigen Administration, gleichzeitig aber wegen der Covid-Regeln unter Biden dann doch etwas eingeschränkt wieder Einfluss nehmen konnten. Das ist ja eine wichtige Information auch für das Auswärtige Amt, wenn ich mir die Bewertung erlauben darf, wie weit geöffnet die Augen und Ohren vor Ort, wie es vom heutigen Krisenbeauftragten Jokisch hier in dieser Runde auch schon hieß, wie weit die sind. Ist das üblich und haben Sie das in dem Fall auch gemacht, das einmal nach Berlin rückzumelden: „Übrigens, ich kann gerade weniger arbeiten“? Auf welchem Weg haben Sie das gemacht?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also erstens: Es war nicht weniger Arbeit. Wir mussten die Arbeit nur anders organisieren. Das heißt, wenn wir Dinge erfahren wollten oder Dinge transportieren wollten an die künftige Administration, mussten wir das über Abgeordnete der Parteien machen oder über Thinktanks oder über Personen, die wir kannten, die im Umfeld waren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich mich misslich ausgedrückt. Es ging gar nicht darum, wie viel Sie gemacht haben, sondern die Frage war, ob Sie den erschwerten Zugang - den haben Sie ja auch beschrieben - - ob Sie diese Metainformation -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und, wenn ja, wie Sie die nach Berlin kommuniziert haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Es spielte eine große Rolle Anfang des Jahres, als die deutsche Seite interessiert war daran - und nicht nur sie -, bestimmte Positionen möglichst frühzeitig an die künftige Administration bzw. an führende Figuren der künftigen Administration heranzutragen.

Und ich habe immer wieder nach Berlin gesagt, ich glaube, telefonisch meistens - aber es hat nichts mit Afghanistan zu tun -, dass wir unter Bedingungen im Moment agierten, die es vorher nicht gab, wegen der Bedeutung des alten Logan Acts, der wahrscheinlich bei früheren Transitionsphasen überhaupt keine Rolle gespielt hat. Das ist ein Gesetz von 1799. Aber wegen der Vorerfahrung mit Michael Flynn und seinen Telefongesprächen mit dem russischen Botschafter im Dezember 2016 spielte das plötzlich eine große Rolle. Das heißt, wir mussten aus Taktgründen, aus Vorsicht dafür sorgen, dass keiner der künftigen Angehörigen der Administration in einer Weise kompromittiert wurde. Das wollten die schon gar nicht. Aber wir mussten auch darauf Rücksicht nehmen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja auch verständlich. Sie hatten vorhin - - Sie hatten jetzt gerade ausgeführt, dass Sie das vermutlich überwiegend telefonisch übermittelt haben. Bis auf welche Ebene? Diese Metainformation: „Übrigens, die Arbeit ist gerade sehr anders als sonst.“

Zeugin Dr. Emily Haber: Es spielte in einem Kontext eine Rolle, der mit diesem Ausschuss und dem Untersuchungsgegenstand keine Rolle hatte. Aber da habe ich ziemlich nachdrücklich und,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich glaube, telefonisch gegenüber dem Staatssekretär gesagt: Das können wir so nicht machen. Wir können sozusagen bestimmte Informationen oder Positionen indirekt übermitteln, aber nicht durch Termine oder direkte Ansprachen. - Also, da herrschte einfach eine andere Vorsicht. Also, das ist - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage noch mal so konkret nach, weil jetzt in der Vorbereitung auf die heutige Befragung, auch in bisherigen, das sozusagen nicht vorgekommen ist. Also, wir haben natürlich nicht jedes Dokument gelesen; das schaffen wir nicht. Aber soweit mir das bekannt ist, ist das nicht vorgekommen in dem schriftlichen Berichtswesen.

Wir haben es auch schon bei anderen Institutionen erlebt, dass man sich gedacht hat: Na ja, so ein paar Side-Informationen für die Frage „Wie viel Infos kann ich eigentlich gerade kriegen in meiner Rolle?“, wären auch hilfreich gewesen, insbesondere dann - und darauf bezieht sich meine nächste Frage -, wenn ab einem gewissen Punkt der direkte Draht ja auch nicht mehr da ist.

Also, Frau Leendertse hat Ihre Berichte gelesen und vielleicht mit Ihnen SMS geschrieben, wie wir schon gehört haben, oder auch mal telefoniert. Bei Heiko Maas war das, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, nicht der Fall, oder auch die Kanzlerin und die Verteidigungsministerin. Oder haben Sie auch mit denen mal persönliche Gespräche geführt in dem Untersuchungszeitraum?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Verteidigungsministerin war in Washington um den 5. Juli herum. Und da ist Afghanistan - - Aber zu dem Zeitpunkt war es nicht mehr wirklich ein Problem. Es war ein Problem - - Also, Sie haben mich jetzt gefragt: Haben Sie die Folgen des Logan Acts für die Aktualität in der transatlantischen Entscheidungsfindung thematisiert gegenüber usw. usw.? Und ich habe es thematisiert zu dem Zeitpunkt, als es eine Rolle spielte, und das war bis zum 20. Januar des Jahres. Es setzte sich fort natürlich gegenüber den noch nicht bestätigten Nominierten. Und das konnte sich lange, lange hinziehen, die Bestätigung.

Danach aber war Covid ein wichtigerer Faktor geworden. Zum Beispiel war es so, dass man, ich glaube, bis zum Frühsommer nicht zum Weißen Haus gehen konnte. Wir hatten einmal Verhandlungen mit dem Weißen Haus, die mussten in der Residenz stattfinden, weil sie nicht - das betraf einen anderen Sachverhalt - - weil das Weiße Haus sozusagen noch nicht empfing. Das war irgendwann Anfang Juni, glaube ich.

Die Verteidigungsministerin war Anfang Juli in Washington. Die Bundeskanzlerin hat ihren Abschiedsbesuch Mitte Juli gemacht. Und auch da war der Besuch deutlich kleiner dimensioniert, als er unter Nicht-Covid-Bedingungen ausgefallen wäre.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant. Ich würde da einfach noch mal weiter ansetzen. Als Annegret Kramp-Karrenbauer im Juli bei Ihnen in Washington war, haben Sie da auch mit ihr über Afghanistan gesprochen und die Einschätzung der Amerikaner dazu?

Zeugin Dr. Emily Haber: Es war Thema ihres Gespräches mit dem Verteidigungsminister, aber ohne dass sozusagen die Perspektiven im Detail erörtert wurden. Sie hatte ferner ein Gespräch mit dem Nationalen Sicherheitsberater; aber da war ich nicht dabei, weil ich den Vizekanzler abholte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Zeit ist um.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, schade.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine Bitte wäre, dass Sie vielleicht ein bisschen stärker noch ins Mikrofon sprechen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ist in letzter Zeit ein bisschen leiser geworden. Das erleichtert uns die Arbeit, wenn wir Sie gut verstehen. - Das Fragerecht wechselt zu Ihnen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir herzlichen Dank,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Dr. Haber, dass Sie uns helfen, der Wahrheit auf die Spur zu kommen heute. - Frau Dr. Haber, etliche Male haben wir in diesem Ausschuss bereits erörtert und vernommen, wie groß die Hoffnung Berlins und insbesondere des Auswärtigen Amtes gewesen ist, dass ein neuer Präsident, US-Präsident Biden, das Doha-Abkommen aufkündigen werde, um so die Voraussetzungen für die von Berlin erwünschte weitere Verlängerung des deutschen Afghanistan-Engagements zu schaffen.

Nun liegt uns auf MAT A AA-4.51 VS-NfD, Blatt 12 und 13 ein von Ihnen abgezeichneter Drahtbericht vom 6. Oktober 2020 - wir gehen also ziemlich weit zurück, noch in die Trump-Ära - vor. Unter der Unterschrift „Würde sich unter Biden etwas ändern?“ heißt es wörtlich - Zitat -:

„Sollten die TLB alle“

- und es ist das Doha-Abkommen gemeint -

„Bedingungen erfüllen, würde wohl auch eine Biden-Regierung einen kompletten Abzug umsetzen ... Letztlich wollten auch die Demokraten aus AFG abziehen.“

Zitat Ende. - Frau Dr. Haber, aus Ihrer Sicht: Hat das Auswärtige Amt diejenigen Signale, die auf eine Abzugsentscheidung Bidens schon sehr früh hindeuteten, übersehen? Hatten Sie den Eindruck, dass sich Berlin zu sehr auf das Prinzip Hoffnung bezog?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, was diesen Bericht vom 6. Oktober, den Sie erwähnen, angeht, so ist, glaube ich, die Annahme oder die Unterstellung nicht ganz richtig, dass es eine schnurgerade Promenade bis zur Entscheidung am 14.04. gab, die unvermeidlich so ausgefallen wäre, wie sie ausfiel. Es gab gute Gründe, anzunehmen, dass der künftige Präsident an einer Abzugsentscheidung festhalten würde. Wir alle kannten seine Rolle bei der Diskussion um den Surge und COIN im Jahre 2010. Wir alle wussten, wie der damalige Oberbefehlshaber McChrystal mit den Positionen des Vizepräsidenten damals öffentlich umgegangen war und wie das intern gewirkt hatte. Der ehemalige Vizepräsident und

damals künftige Präsident hatte nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er „forever wars“, wie er sagte, beenden wollte.

Aber es gab eben auch viele Indizien in der Zeit dazwischen, die eine andere Sprache sprachen. Ich erinnere mich zum Beispiel, dass Ende Januar, nach Amtsantritt, der neue Verteidigungsminister Austin von einem verbleibenden Footprint in Afghanistan gesprochen hatte und von der Unverzichtbarkeit von Conditionalities. Wir wussten, wie der Befund der Congressional Study Group ausgefallen war, die darauf bestand, dass es eine Kurskorrektur geben müsse. Wir wussten, dass sehr kontroverse Meinungen vorgebracht worden waren im Rahmen des Reviews, und wir wussten wahrscheinlich nur sozusagen einen Ausschnitt dessen.

Es ist deswegen nicht richtig, sozusagen einen Automatismus zu unterstellen. Es gab gewichtige, also es gab ernsthafte und kontroverse Diskussionen; aber der neue Präsident war auch in seiner eigenen Geschichte und Biografie öffentlich geworden, wie kritisch er diese langandauernden Kriege sah.

Und ich merkte auch im Übrigen, wie sich die Stimmung über die Monate im Kongress veränderte. Als ich die ersten Gespräche führte nach der Ankündigung von Doha im Kongress, da war die Stimmung sehr negativ, wo sie sagten: „Nicht befasst worden“ und „überrascht“ und „Konditionalitäten“ usw. Und das war nach jeder neuen Überraschung immer wieder der Tenor, also nach dem 7. Oktober zum Beispiel und dann im November wieder. Aber es nahm doch deutlich ab.

Also, was ich Ihnen vermitteln will, ist: Es gab viele Nuancen. Nicht alles war sozusagen wie eine Perlenschnur logisch, und wir mussten alles bewerten und in Rechnung stellen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, wenn ich das aufgreife: Haben Sie denn dieses sehr differenzierte Bild, was Sie geschildert haben, auch mit der Berliner Zentrale diskutiert und darauf hingewiesen, dass gegebenenfalls das eben halt vielleicht nicht wie an einer Perlenschnur, aber doch zum Komplettabzug in absehbarer Zeit führen



Nur zur dienstlichen Verwendung

könnte? Und wie ist reagiert worden auf diese Hinweise der, sage ich mal, aus Berliner Sicht Worst-case-Darstellung?

Zeugin Dr. Emily Haber: Unsere Berichterstattung war nicht - - Also, wir haben nicht berichtet, dass es unvermeidlich zu einem Worst Case, wie Sie sagen, kommen würde. Wir haben die manchmal etwas erratischen, widersprüchlichen, unterschiedlich nuancierten Signale, die wir in Washington bekommen haben, berichtet, und wir haben sie eingeordnet. Und wir haben gelegentlich darauf hingewiesen, dass der Präsident eine längere Geschichte mit Afghanistan hatte.

Joachim Wundrak (AfD): Im vergangenen November, Frau Dr. Haber, hat sich dieser Untersuchungsausschuss intensiv mit den innerafghanischen Verhandlungen von Doha auseinandergesetzt. Uns ist dabei ein Sachverhalt aufgefallen, den ich gerne mit Ihnen besprechen würde. Und zwar hatten wir hier den Zeugen Nader Nadery, Mitglied der afghanisch-republikanischen Verhandlungsdelegation, zu Gast. Und in seiner Befragung zeigte sich, dass die Taliban im Dezember 2020 - wir sind jetzt ein paar Monate später als in der vorigen Frage - in großer Sorge waren, dass der designierte Präsident Joe Biden das Doha-Abkommen aufkündigen könnte. Allerdings hätten die Taliban dann im Januar 2021 bei Wiederaufnahme der Gespräche aus Washington - und das ist ein Zitat von Nadery - die Zusage erhalten,

„dass dies nicht eintreten wird, und insbesondere als die Biden-Regierung die Amtszeit des US-Sondergesandten verlängerte, war für die Taliban alles eindeutig und klar. Ich habe keine direkten Beweise ..., jedoch war unser Verständnis, dass sie“

- die Taliban -

„Briefings ...“

durch US-Vertreter

„erhalten haben, dass die Bedingungen des Doha-Abkommens

auch durch die neue Regierung respektiert und eingehalten würden.“

Unsere Fraktion hat daraufhin eine Woche später den Zeugen Sergio Caro, der den republikanischen Verhandlungsführer beriet, gefragt, ob er Kenntnis darüber habe, dass die Biden-Administration den Taliban schon im Januar 2021 signalisiert habe, dass es beim endgültigen Abzug bleiben werde. Und Herr Caro sagt uns daraufhin wörtlich - Zitat aus dem Protokoll -:

„Kenntnisse habe ich nicht, kann ich mir aber sehr gut vorstellen, dass es so war.“

Frau Dr. Haber, haben Sie Kenntnisse darüber, dass die Biden-Administration den Taliban schon so früh, im Januar 2021, also weit vor dem April 2021, signalisiert hat, dass es beim endgültigen Abzug bleiben werde? Und, wenn ja, welche Erkenntnisse waren das?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor Sie antworten, Frau Zeugin, würde ich Sie gern darauf aufmerksam machen, dass, auch wenn Sie sehr lange Fragen stellen, Ihre Uhr läuft, und Sie haben sieben Minuten. Und wenn die Frage dann bei 7:58 zu Ende ist, ist das normalerweise nicht das, was ich zulasse. Ich lasse jetzt die Antwort ein Mal zu. Aber wenn Sie sich das für die nächsten Runden merken können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Bitte schön.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe keine Erkenntnisse dazu. Uns ist bis in den frühen April hinein versichert worden: Keine Entscheidung ist getroffen; der Review-Prozess läuft. Also insofern aus meiner Kenntnis: Ich habe keinerlei solche Signale bekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Dr. Haber! Vielen Dank, dass Sie uns heute hier als Zeugin zur Verfügung stehen. - Bevor ich zu meinen eigenen Fragen komme, möchte ich noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Nachfrage stellen. Kollegin Nanni hatte gefragt, was beim Besuch der Verteidigungsministerin im Juli besprochen wurde mit Blick auf Afghanistan. Mich würde auch interessieren, ob das Thema Afghanistan auch beim darauffolgenden Besuch der Bundeskanzlerin Thema der Gespräche war und vor allem auch, was da besprochen wurde.

Zeugin Dr. Emily Haber: Beim Besuch der Verteidigungsministerin ist es sozusagen bei einer allgemein gehaltenen Sachstandsbeschreibung geblieben. Wie gesagt, bei dem zweiten Teil des Besuches war ich nicht mehr dabei, also bei dem Termin im Weißen Haus, und die Botschaft war auch nicht zugehen.

Bei dem Besuch der Bundeskanzlerin kann ich Ihnen sagen, dass es ein 60-minütiges Vieraugengespräch mit Präsident Biden gegeben hat und im Nachgang dazu nur ein sehr kurzes bilaterales Gespräch, bei dem die Delegationen dabeisaßen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut.- Dann MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 336. Darunter liegt uns eine Mail vor, die ein Referent an Ihrer Botschaft am 2. März 2021 an Sie verschickte. Darin wird auf ein Expertengespräch mit einer Person aus dem Umfeld des Review-Prozesses Bezug genommen. Dort heißt es unter anderem, dass der Abzug in jedem Fall kommen werde - ich zitiere -, „ob in sechs oder neun Monaten“, und dass auch eine entsprechende Verlängerung der Friedensverhandlungen vermutlich keinen entscheidenden Fortschritt bringen werde. Eine bis Januar noch erwogene in Afghanistan zurückbleibende Counterterrorist-Mission werde als illusorisch gesehen und werde nicht kommen. Nach dem Abzug des Westens würden die Taliban mittelfristig als „stärkster Akteur“ aus dem Bürgerkrieg hervorgehen, womit ein Rückfall bei Menschen- und Frauenrechten verbunden und „unvermeidbar“ sei.

Eingeleitet wird dieser Bericht durch Ihren Mitarbeiter folgendermaßen - ich zitiere -:

„Liebe Frau Haber, lieber Jan,
ich sprach gestern Abend mit ...“

- geschwärzt -

„Sie ist sehr gut informiert und sehr nah an dem AFG-Reviewprozess. Sie war auch eine der Beraterinnen der [REDACTED].“

- [REDACTED].

„Ich würde das als Mailbericht mit entspr. Einordnung an kleinen Verteiler (AP05, 200, 201) nach Berlin geben. M.E. können wir diese Informationen nicht vorenthalten. Das dürfte Berlin natürlich gar nicht gefallen. Dass es diese Meinungen hier gibt und sie von sehr wichtigen MultiplikatorInnen geteilt werden, ist mE aber bedeutsam und wissenswert.

Wäre das OK?

Viele Grüße“

Und wie die Aktenlage zeigt, wurde die Information noch am gleichen Tag an das AA weitergegeben und von Herrn S [REDACTED], Krüger und Potzel positiv aufgenommen.

Man könnte das Zitat so verstehen, als hätte der Verfasser im Vorfeld den Eindruck gehabt, es gäbe bestimmte Dinge, die damals von Teilen des AA ungerne gehört wurden. Deswegen war meine Frage an Sie, ob Sie das Zitat einmal einordnen könnten. - Das wäre meine erste Frage.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, die Botschaft unter meiner Leitung hat nie Informationen vorenthalten, auch wenn eine Vermutung bestanden haben sollte, dass sie nicht willkommen gewesen wäre. Es war unsere Aufgabe, nach bestem Wissen und Gewissen Berlin sozusagen in Kenntnis des gesamten Bildes oder jedenfalls, soweit wir es auch erfassen konnten, zu bringen. Warum er das geschrieben hat? Können Sie den ersten Satz noch mal lesen? Oder könnte ich das einsehen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das können wir Ihnen gerne zeigen, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe es anfangs wegen der Maifrist - - Zu dem Zeitpunkt dürfte ja relativ klar gewesen sein, dass zum 1. Mai noch Truppen in Kabul wären, wegen des Zeitablaufes und wegen der Dauer und der Organisation des Abzugsbedarfes. Wir hatten ja immer noch keine Entscheidung. Es ist, wie gesagt - - Hier 2. März; die Entscheidung ist getroffen worden am 14. April. Ich vermute, er bezog das auf die Sicherheit des Abzugs, der Abzugsannahme und auf unverortete Erwartungen in Berlin, dass das vielleicht insgesamt noch geschoben werden könne.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, ich bin über diese Formulierung gestolpert: „Das dürfte Berlin natürlich gar nicht gefallen.“ Und deswegen wäre noch meine Nachfrage, ob Sie denn während des Untersuchungszeitraums den Eindruck hatten, dass es in der Zentrale bei Ihnen die Tendenz gab, bestimmte Dinge eher nicht hören zu wollen oder nicht sehen zu wollen, mit Blick auf Afghanistan.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe es eingangs gesagt: Die amerikanischen Gesprächspartner haben uns immer gesagt: Der Review ist offen. - Es gab unterschiedliche Nuancen; Austin habe ich vorhin zitiert. Sie haben immer wieder das Mantra wiederholt davon, wie wichtig die Bedingungen vor Ort sind. Das scheint ja zu insinuieren, dass es bei einem Condition-based Approach bleibt.

Und das alles hat aus meiner Sicht und im Rückblick betrachtet, glaube ich, zu dem starken Eindruck in Berlin beigetragen, dass der Prozess ergebnisoffener war, als er im Rückblick es tatsächlich war. Ich erwähnte vorhin, dass der neugewählte Präsident sozusagen sich öffentlich geäußert hatte in der Vergangenheit über die Kriege, sich sozusagen eindeutig gegen einen Surge schon 2010 ausgesprochen hatte. Also, der Präsident trat an mit einer Legacy vergangener Positionen. Und ich konnte das aus dem Kontext einfach nicht entfernen, auch wenn das Mantra

über die Conditionalties, die wichtige Gesprächspartner uns wiederholten, und die immer wiederkehrende Auskunft: Es ist alles noch offen, es ist noch keine Entscheidung getroffen - -

Das war alles richtig, aber wenn man nicht gleichzeitig die Haltung des Präsidenten in der Vergangenheit einordnete, ließ es einen vermutlich zum Ergebnis kommen, dass der Prozess wirklich offener sei.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann trotzdem noch mal die Nachfrage: Wie können Sie sich denn dann die Wortwahl oder die Formulierung erklären, dass das in Berlin eben nicht so gerne - - dass das nicht gefallen würde, also sozusagen, dass das jetzt über Zeit - - so eine Enttäuschung wäre, wenn das jetzt so ist? Oder was ist mit dieser Wortwahl gemeint gewesen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich habe sie nicht gewählt. Aber die Mail sagt Berlin: Hier ist eine Gesprächspartnerin, die nicht im Prozess selber ist, nicht im Review drin ist, das Dossier allerdings kennt, und sie glaubt, es wird, wenn auch nicht so früh wie erwartet, zu einem Abzug kommen. - Das steht im Widerspruch zu den uns gleichzeitig und auch Berlin gleichzeitig immer wieder gegebenen Versicherungen, dass der Prozess völlig ergebnisoffen sei. Und dass Berlin an einem Condition-based Approach festhielt, um sozusagen den Kollaps der afghanischen Regierung zu vermeiden, ist ja kein Geheimnis. Wir haben dafür geworben; es war auch unsere Aufgabe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Habe ich noch kurz Zeit? - Ich habe noch eine Nachfrage. Das ist ein Zeitsprung, auch noch von vorher; das fiel mir noch ein. Sie haben vorher gesagt: Ich war der Ansicht, wenn man den wichtigsten Hebel aus der Hand gibt, dann bleibt einem nicht mehr sehr viel. - Das habe ich mir aufgeschrieben. Welchen Hebel haben Sie damit gemeint vorher, als Sie das gesagt haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die militärische Präsenz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, also wenn man die militärische Präsenz aufgibt, dann bleibt einem nicht mehr viel.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich sage das von der Seitenlinie als Botschafterin in Washington. Aber dass die militärische Präsenz ein enorm wichtiger Hebel war und die Ankündigung ihres Abzugs die Hebelmacht der internationalen Gemeinschaft verringern würde, scheint und schien mir damals auf der Hand zu liegen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank für diese Runde. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke. - Dann haben wir die erste Runde beendet und treten in die zweite Runde ein. Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Und wer fragt? - Der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Noch eine kurze Rückfrage beim Team. - Aber ich würde gerne anschließend an meine vorherige Frageunde und in der Chronologie ein bisschen fortschreiten. Am 12. August 2021 hat der von mir bereits erwähnte Mitarbeiter von Ihnen, Herr N., in einem Bericht an Berlin - MAT A AA-4.48 VS-NfD, Blatt 137 - geschrieben, dass die USA sich Zusicherungen der Taliban aushandeln, die US-Botschaft in Kabul nicht anzugreifen, falls sie denn Kabul einnehmen. Haben Sie eine Bewertung dieser Zusage der Taliban für sich getroffen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Könnte ich das noch mal sehen?

Jörg Nürnberger (SPD): Gerne.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so. Es war ein Artikel von Lara Jakes in der „New York Times“.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber wir sehen, es werden viele Dinge beim AA veraktet.

Zeugin Dr. Emily Haber: Bitte?

Jörg Nürnberger (SPD): Es werden viele Dinge beim AA veraktet, auch Zeitungsartikel.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich konnte mich an diesen Artikel nicht erinnern. Lara Jakes ist eine sehr seriöse Korrespondentin der „New York Times“ gewesen. Die Informationen, die sie hatte, kann ich nicht bewerten. Ich sehe hier, dass sie zwei amerikanische Officials benennt, ohne sie aber einzuordnen und insbesondere ihre Nähe zum Geschehen einzuordnen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Im gleichen Bericht wird der ehemalige US-Botschafter Neumann - und Herr Röwekamp hat in einem anderen Zusammenhang auch in diese Richtung schon gefragt - zitiert, dass eine frühzeitige Evakuierung ein enormes politisches Risiko bedeute - auch Sie haben das vorhin so ähnlich ja auch angeführt -, wobei „zu spät“ ein zweites Saigon oder Mogadischu bedeuten würde und damit ein Risiko für die Soldaten einherkäme. „So there’s no guaranteed right side.“ Haben Sie jemals aus der Administration in Washington vernommen, dass man auch alternative Szenarien in Betracht gezogen hat, außer einen Rückzug zu diesem dann angekündigten Zeitpunkt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nachdem der Rückzug einmal angekündigt war, gab es keinerlei Signale darauf - und ich hielt sie auch für ausgeschlossen -, dass diese Entscheidung rückgängig gemacht werden würde. Betrachten Sie es so: Die Amerikaner haben die Entscheidung zum Rückzug am 14.04. sehr spät getroffen. Sie haben sie aber beizeiten vor dem 1. Mai immer noch getroffen, und das doch sicherlich in der Erwartung, dass, wenn sich die Dinge länger hinziehen würden, es zu einem Wiederaufflammen eines sehr viel höheren Gewaltniveaus einschließlich gegen amerikanische Ziele kommen würde. Etwas in dieser Richtung hat der Präsident Ende August einmal gesagt. Er sagte, die Entscheidung sei binär gewesen: entweder Eskalation oder Abzug. Das ist vielleicht ein bisschen zugespitzt, kann ich auch nicht bewerten; aber die Folgen für die Sicherheit, einschließlich der Sicherheit der Internationalen, die sich aus einem stornierten, rückgängig gemachten oder angehaltenen Abzug



Nur zur dienstlichen Verwendung

ergeben würden, haben für die amerikanische Seite eine erhebliche Rolle gespielt.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie schreiben dann - - Na ja, umgekehrt: Aus Berlin schreibt Ihnen dann der Staatssekretär Berger - MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 35 -:

„Es war mE ein fundamentaler Fehler einen unkonditionierten Abzug durchzusetzen und damit die Regierung in Kabul quasi ihrem Schicksal zu überlassen. Wie siehst Du die Stimmungslage in Washington, gibt es Chancen dass die USA doch noch einmal eingreifen um den Vormarsch zu stoppen?“

Ihre Antwort lautet ausweislich des Dokumentes ein Wort: „Ausgeschlossen“, und Sie verweisen auf Ihren Bericht von ein paar Tagen vorher. Sie haben es dann auch gerade selber dargestellt. Das Wort „ausgeschlossen“ klingt sehr kategorisch und war von Ihnen auch genau so gemeint, oder nicht?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): In diesem Zusammenhang möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie damals eine Überlegung angestellt haben, wie lange denn dieser Zeitrahmen für einen Vormarsch aus Kabul Ihrer Meinung nach sein könnte.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich weiß nicht, wann ich das erste Mal über den Ausdruck „Decent Interval“ hörte. Ich schätze, der war Gegenstand amerikanischer Zeitungsartikel; genau kann ich mich aber nicht erinnern. „Decent Interval“ war sozusagen die Vorstellung, die Kissinger bei dem Abzug aus - - also in Bezug auf die Regierung in Südvietnam nach einem Abzug der Amerikaner - - benutzt hatte.

Und die Vergleiche sind von vielen Seiten damals gemacht worden. Also, etliche Gesprächspartner - - Es war sozusagen ein gängiger Topos: Decent Interval. Insofern: Die Frage, wie viel Zeit gewonnen sein könnte durch die Sicherstellung

von Bedingungen nach einem Abzug, ist im öffentlichen Raum gewesen, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie berichten selbst am Abend des gleichen Tages - das ist dann in Berlin schon der folgende Tag -, in MAT AA-9.07 VS-NfD, diesmal allerdings auf Seite 158, von einem Gespräch mit einer Person des [REDACTED], dass in den USA erwartet wird - ich zitiere -, dass die Taliban „einen Kampf um Kabul vermeiden wollen“. Sie wollen eher eine - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, da müsste ich ganz kurz darum bitten, dass wir uns das anschauen, -

Jörg Nürnberger (SPD): Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): - bevor vielleicht - - Ob man das als - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich weiß, wovon Sie sprechen. Vielleicht können Sie die Frage stellen, und dann kann ich sehen, was ich in öffentlicher Sitzung sage.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, ich kann die Frage stellen. - In dieser E-Mail geht es darum, dass Transferbedingungen ausgehandelt werden sollen und dass ein Zeithorizont von 14 Tagen in dieser E-Mail angekündigt würde, bis man diese Gespräche, um die es dort geht, vielleicht zum Erfolg bringt. Meine Frage wäre: Haben Sie in der Folge dieses Gespräches weitere Informationen zum Versuch der USA, mit den Taliban die Übergabebedingungen zu verhandeln, erhalten bzw. Kenntnis erlangt?

Zeugin Dr. Emily Haber: So präzise nicht. Aber Sie wissen ja, dass ich am Mittag, so gegen 2 Uhr vielleicht, des 14. August - das ist der Samstag - ein Telefonat hatte über die sozusagen Entscheidungen, die nach dem Treffen im Weißen Haus anstünden, und der bevorstehenden öffentlichen Erklärung des Präsidenten. Und in diesem Gespräch war auch noch verwiesen worden auf Gespräche in Kabul. Da das Gespräch über die offene Leitung erfolgte, hat mein Gesprächspartner oder meine Gesprächspartnerin mir Details nicht gegeben; aber ich konnte dem entnehmen, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu dem Zeitpunkt noch nicht alles abgebrochen war.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich mich jetzt auf Quellen beziehe, die uns aus dem US-Militär vorliegen, dann sieht das US-Militär die Lage zu diesem Zeitpunkt - also 12. bzw. 13. August, je nachdem, in welcher Zeitzone wir uns befinden - bereits deutlich brenzliger. Am 6. August fällt die erste Provinzhauptstadt, täglich kommen weitere hinzu. Am 12. August sind schon 13 von 34 Städten gefallen, darunter auch Ghazni - die Aussprache möge man mir verzeihen -, Herat und Kandahar.

Mit dem Fall der Provinzhauptstadt Ghazni rechnet Admiral Peter Vasely, der US-Kommandeur der Spezialkräfte für die Evakuierung. Und zwar beziehe ich mich auf eine Befragung durch die US-Armee vom 27. September 2021, die sogenannte Abbey Gate Investigation vom US Central Command, Seite 5 - die liegt dem Sekretariat auch vor -, dass Kabul in zwei bis drei Tagen eingekreist sein werde. Und er schreibt in seiner Befragung:

“We assessed that within 48-72 hours they'd have Kabul surrounded, but were unsure if they would enter, or hold or push for continued negotiations and press Ghani with harder terms to accept.

Weiter auf Seite 11:

“Ghazni was the decision point to evacuate from our perspective. There was no ANDSF force able to oppose TB advance on Kabul.”

Haben auch Sie Informationen zum Fall der Provinzhauptstadt Ghazni erhalten, und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Also, ich erinnere mich, dass die Frage „Wie geht es weiter in Bezug auf Kabul?“, die sozusagen - - Das war die Schrift an der Wand, nicht? Was würde da erfolgen? Und da gab es Erwartungen, die von unterschiedlichen Seiten geäußert wurden, dass die Taliban selber

eine militärische Einnahme von Kabul nicht wollten und dass eine sozusagen friedliche Transition, wenn Sie so wollen, auch Gegenstand der von Ihnen eben angesprochenen Gespräche sein sollte. Aber mehr als das weiß ich nicht und wusste ich auch damals nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich würde in diesem Thema noch etwas fortschreiten wollen. In der bereits zitierten Befragung kritisiert der Admiral dann die fehlende Kooperation der US-Botschaft bei den Evakuierungsplänen. General Miller, der als letzter NATO-Kommandeur der Resolute Support Mission bereits das Land verlassen hatte zu diesem Zeitpunkt, hätte ihn bereits vorgewarnt.

„GEN Miller said we'd get push back from embassy regarding our desire to draw down and prepare for a NEO.“

- Non-combatant Evacuation Operation.

“AMB Wilson referenced POTUS address from July when he said we intend to maintain diplomatic presence, so not a lot of effort was focused on drawing down the embassy.”

Haben Sie in Washington von solchen Unstimmigkeiten innerhalb der US-Administration Kenntnis erlangt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, es hätte mich wahrscheinlich auch nicht besonders überrascht. Es wird in solchen Situationen immer unterschiedliche Meinungen geben. Und im Übrigen: Die Botschaft ist doch - also, wir sprechen jetzt von der amerikanischen Botschaft - schon im Juli ziemlich runtergefahren worden. Außerdem gab es da Covid-Fälle; das führte noch weiter dazu. Und im Laufe des August sind die Planungen schon weitergelaufen, es aufs Kernpersonal zu reduzieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay, aber es waren Ihnen jedenfalls keine Detailinformationen über den Stand - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, nicht in einer Weise, die sozusagen eine transatlantische Dimension gehabt hätte und deswegen meine Befassung irgendwie ausgelöst hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Am 13. August - wenn wir diese Unterlagen anschauen - ist auf amerikanischer Seite die Klarheit jedenfalls schon wesentlich größer hinsichtlich der anstehenden Evakuierung. Der genannte Admiral Vasely berichtet Folgendes:

“On the 14th or 15th, it was still unclear if they'd advance into Kabul. The decision to evacuate was based on us being encircled, and an inability to move if they'd decided to advance into Kabul ... The official request for NEO from State on came on the 13th.”

War Ihnen bekannt, dass die Amerikaner sich zu diesem Zeitpunkt entschieden haben, ihre Botschaft in Kabul zu evakuieren? Oder wann ist Ihnen diese Entscheidung bekannt geworden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich hörte am Samstagmorgen amerikanischer Zeit aus Kabul und aus Mails vom Auswärtigen Amt, die durch Kabul unterrichtet worden waren, dass es diese Nachrichten gebe. Ich rief daraufhin jemanden im State Department an, der eine relativ hohe Position hatte, und sagte: Das betrifft uns direkt, sozusagen es entspricht nicht dem, was wir bisher wussten. Stimmt das? - Er rief mich umgehend zurück und sagte: Es gibt gerade eine Sitzung im Weißen Haus; dort ist auch ein führender oder eine führende Vertreterin des State Departments dabei. - Und ich bat um umgehenden Rückruf nach der Sitzung. Der erfolgte. Und in diesem Rückruf ist mir ausdrücklich gesagt worden, dass die Botschaft an dem Tag nicht evakuiert wird, dass sie runtergefahren worden sei und worden ist, aber dass der Kernbetrieb erhalten bleibt. Und sozusagen dem entspricht ja auch, dass die öffentliche Erklärung des Präsidenten, die meine Gesprächspartnerin oder mein Gesprächspartner zu dem Zeitpunkt mir ankündigte, wonach zusätzliche Truppen nach Kabul verlegt werden sollten, um die Evakuierung zu ermöglichen - -

Am Tag danach, als bereits sozusagen alles implodiert war, hatte ich die Nachricht von derselben Gesprächspartnerin oder dem Gesprächspartner, der mir sagte: That was not the plan. That was not the plan. Wir wollten die Botschaft im Kernbestand dort erhalten. - Wie gesagt, nur für einen bestimmten Zeitraum. Aber das sei unmöglich gewesen. Und nach meiner Erinnerung erwähnte diese Mail, die Ihnen vorliegen wird, auch den Gefängnisausbruch und die Flucht Ghanis. Und in späteren Gesprächen, sozusagen Post-mortem-Gesprächen über den Sachverhalt, habe ich immer wieder von Amerikanern gehört: „die Flucht Ghanis“.

Also, als ich dieses Telefonat führte, ja, zu dem Zeitpunkt, ging mein Gesprächspartner oder meine Gesprächspartnerin noch davon aus, dass durch Ghani Gespräche liefen. Dabei muss der zu dem Zeitpunkt geflohen sein. Da sehen Sie, was ich meinte mit der sich überschlagenden Dynamik an dem gleichen Tag. Und zwei Faktoren waren aus meiner damaligen Sicht und aus meiner heutigen Sicht - obwohl ich mich natürlich täuschen mag - die Flucht Ghanis und der Gefängnisausbruch.

Jörg Nürnberger (SPD): Wunderbar, dann kann ich nämlich diese Fragen, den Komplex auch noch zu Ende bringen. Ihre Darstellung spiegelt sich, wie Sie jetzt hier vor dem Ausschuss dargelegt haben, auch ein bisschen in dem wider, wie sich dann der von mir erwähnte Admiral Vasely am 14. August geäußert hat. Er nahm nämlich bereits an diesem Tag an, dass die Regierung des afghanischen Präsidenten zusammenbrechen würde, da der Vormarsch der Taliban trotz heftiger Luftschläge durch die USA nicht gestoppt werden konnte.

Er berichtet nämlich auch vom Anruf des Nationalen Sicherheitsbeauftragten Sullivan und des US-Außenministers Blinken bei dem amerikanischen Botschafter Wilson mit dem Auftrag, die Evakuierung zu beginnen und innerhalb von zwei Wochen zu beenden. Vasely interveniert hier:

“I told him he didn't have 2 weeks, that he only had



Nur zur dienstlichen Verwendung

24-48 hours ... We knew Kabul was going to be surrounded, with TB at the gate."

Er fügt dann weiter hinzu:

"A number of platoons assisted USEK"

- US-Botschaft Kabul -

"with destruction of equipment starting on 14th."

Sie haben diese Informationen dann auch bereits am gleichen Tag erhalten, dass die Amerikaner ihre Botschaft tatsächlich endgültig verlassen haben und - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Am 15.

Jörg Nürnberger (SPD): Erst am 15.

Zeugin Dr. Emily Haber: Am 15. erst; erst mit der Mail, die ich in den Morgenstunden des 15. erhielt, vorher nicht. Vorher war ich der Überzeugung, dass Bestand haben werde, was mir am 14. noch gesagt worden ist. Aber was Sie gerade geschildert haben, ist ja der gleiche Disconnect, den Sie zwischen Berlin und Kabul sehen. Den gab es auch zwischen Washington und Kabul ganz offensichtlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Und am 14. August teilte dann die US-Botschaft auch ihren deutschen Verbündeten über den Gesandten van Thiel in Kabul mit, dass der Abbruch wesentlich früher als geplant stattfindet, MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 229 - ich zitiere -:

„US Sicherheit teilt uns jetzt 17.32 Uhr Ortszeit Kabul

- das war dann zweieinhalb Stunden zurück in Berlin -

„mit:

„We are departing much sooner than expected so please initiate your MOA as soon as possible.“

MOA/MOU heißt, wir MÜSSEN JETZT FARBE BEKENNEN UND ENTSCHEIDEN; US oder autonom Deutsch von unserer Insel aus, auf der wir in einigen Tagen völlig auf uns allein gestellt sein werden. Wir sind im Szenario der mil. Evakuierung, wäre mein Interpretation.“

Haben Sie Informationen darüber, wie diese Initiierung des MoA in Berlin aufgenommen wurde? Wurden Sie dann im Nachgang informiert, wie es hier um die Lage bewertet wurde?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wenn es sich um die Mail der Botschaft Kabul über „Jetzt werden die Akten verbrannt, und alles wird geschlossen“ handelt, dann kann ich Ihnen sagen: Auf diese Mail hin und auf Berliner Bitte hin, beides - und wir hatten eigene Telefonate ja auch mit Kabul geführt; mein Kollege hatte das getan -, habe ich das State Department befasst auf den beiden verschiedenen Strängen, die ich vorhin geschildert habe.

Und die Antwort, die ich aus dem State Department bekam, sozusagen entsprach nicht dem, was in Kabul berichtet worden ist. Das heißt aber nicht, dass Kabul unrecht hatte; es heißt nur, dass was sozusagen amerikanische Stellen in Kabul verlautbaren ließen, nicht dem entsprach, was amerikanische Stellen sozusagen mit der Autorität der amerikanischen Regierung der deutschen Botschafterin nach diesem Sachverhalt gesagt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Frau Dr. Haber, ich würde mit Ihnen noch mal gerne zurückspringen auf unsere letzte Runde, nämlich auf Freitag, den 6. August 2021, also das Datum Ihres Kabelberichts. Da liegt uns ein Gesprächsvermerk aus der Botschaft vor; das ist MAT A BMVg-5.49, VS-NfD, Blatt 10 und 11. Das würde ich Ihnen gern einmal vorlegen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Bitte. - Danke sehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Ach ja. - Mhm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Danke sehr. - Ihrer Reaktion entnehme ich, dass Sie sich an das dort protokollierte Gespräch erinnern, das ja offensichtlich am Morgen Ihres Berichts zwischen 8 und 9 Uhr stattgefunden hat. Obwohl das VS-NfD eingestuft ist, würde ich jetzt vermeiden, dass wir den Verfasser und auch die Funktionen der Gesprächspartner hier nennen. Auch das Resort würde ich jetzt nicht benennen wollen, weil das Rückverfolgbarkeiten zulassen würde.

Zeugin Dr. Emily Haber: Mhm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses Gespräch ist ja wahrscheinlich auch in Ihren zusammenfassenden Kabelbericht mit eingeflossen. Deswegen wollte ich das an dieser Stelle mit Ihnen noch mal gemeinsam erörtern. In dem Vermerk wird zusammenfassend aufgeworfen die Einschätzung, dass der Sieg der Taliban als - Zitat - „not inevitable but conceivable“ sei, also nicht unvermeidlich, aber denkbar.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Könnten Sie uns noch mal kurz schildern, also worauf diese Einschätzung Ihres Gesprächspartners beruhte? Wie hat er diese Einschätzung begründet?

Zeugin Dr. Emily Haber: Mit dem Vormarsch der Taliban, mit dem kontinuierlichen, laufenden Vormarsch der Taliban, dem Ausbleiben eines Widerstandes dagegen, dem Ausbleiben jeglicher Proteste dagegen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Vermerk wird auch Bezug genommen, dass - - Oder noch mal eben eine Anschlussfrage: Ist das Thema „Fall der Stadt Kabul“ in diesem Zusammenhang ein Thema gewesen aus Ihrer Erinnerung heraus?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das kann ich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Aber das war am Ende des Tages auch die Schrift an der Wand, sozusagen: Was würde passieren, wenn die Provinzhauptstädte in der Hand der Taliban sind? Die Regierung sitzt in Kabul. Was passiert mit Kabul? - Aber ich kann mich nicht im Detail erinnern, was sie dazu sagten. Nun heißt ein Sieg der Taliban: Wenn er denn conceivable wäre, wäre er ja nicht ein Sieg ohne Kabul.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mir geht es nur um sozusagen die Konkretheit; denn nur aus dieser Formulierung selber - - die lässt ja beides alles zu, sage ich mal - - wollte ich noch mal gerne den Hintergrund haben. Es wird in dem Vermerk auch die Auffassung Ihres Gesprächspartners wiedergegeben, dass die Taliban vor Ort auf einen schnellen Sieg setzen würden; so heißt es in dem Vermerk.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist: Ist das noch konkretisiert worden? Also ist gesagt worden: „Die Taliban wollen in Tagen, in Wochen, in Monaten sozusagen den militärischen Sieg erringen“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, dafür gab es zu sehr diese Fog-of-War-Stimmung; also das heißt, es war einfach zu wenig bekannt. Niemand hätte sozusagen mit Sicherheit sagen können - - Das haben hinterher ja auch die Vertreter der Dienste gesagt. Ich glaube, es gibt ein öffentliches Interview der DNI, Avril Haines, die sozusagen um den 22./24. August sagte: Keiner der Dienste hätte mit Sicherheit sagen können, dass der Zusammenbruch innerhalb von Tagen erfolgen würde. - Das gehört mit zu dem Bild. Was ich immer nur versucht habe zu schildern, ist das stetig gewachsene amerikanische Bewusstsein für die Risiken, die sich aus dem militärischen Lagebild und dem Vormarsch der Taliban ergeben haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses militärische Lagebild wird in einem weiteren Punkt in dem vorliegenden Dokument auch noch mal näher konkretisiert. Da geht es nämlich um die Fähigkeit der an sich überlegenen afghanischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Luftwaffe. Ist in diesem Zusammenhang sozusagen, was die militärischen Fähigkeiten der afghanischen Armee betrifft oder Truppen betrifft, noch näher ausgeführt worden? Also, ich frage das deswegen, weil wir hinterher ja viel gehört haben, dass man die Sicherheitskräfte überschätzt habe zu lange und nicht mit dem schnellen Zusammenbruch gerechnet habe.

Hier wird jetzt ja beschrieben: Also, was die Luftüberlegenheit betrifft, nützt die nichts, sage ich jetzt mal so verkürzt. Können Sie sich noch an dieses Detail des Gesprächs genauer erinnern?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nein. - Kann man aus diesen Ihnen vermittelten Auffassungen Ihres Gesprächspartners, dieses konkreten Gesprächspartners, im Ergebnis schließen, dass man eine zeitnahe Machtübernahme der Taliban für realistisch gehalten hat?

Zeugin Dr. Emily Haber: Für möglich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Für möglich. Aber können Sie das einordnen? Also, nur „möglich“ ist klar, das ist eigentlich ja in jedem Konflikt so, dass es möglich ist: Der eine gewinnt, und der andere verliert. Aber können Sie das vielleicht noch ein bisschen konkretisieren?

Zeugin Dr. Emily Haber: „Conceivable“ ist der Begriff, den er benutzt hat. Daran kann ich mich auch erinnern. Es war nicht mehr ausgeschlossen. Als er sagte: „not inevitable“, meinte er zweifellos auch: Das ist nicht eine schnurgerade Hauptstraße in den Sieg. Es gibt noch ein paar Variablen, die das verhindern könnten, aber es war möglich geworden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Vermerk wird auch beschrieben, dass der Gesprächspartner Sie darauf hingewiesen hat, dass man sich vorbereite auf eine Evakuierung der Botschaft. Es heißt dort wörtlich: Vorbereitungen für eine mögliche Evakuierung der US-Botschaft würden getroffen, Zitat: Alles andere sei unverantwortlich. - Da ist jetzt natürlich die Frage sozusagen: Wie konkret ist Ihnen dieses Anliegen

vermittelt worden, und was war Ihre Reaktion darauf?

(VLR Andreas Gloßner
(AA): Tut mir leid, also - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Herr Vorsitzender, da muss ich darum bitten - - Das würde ich doch erfasst sehen von dem Kriterium sozusagen „Schutz vertraulicher Gespräche, Schutz bilateraler Beziehungen“, auch wenn das hier sozusagen NfD eingestuft ist. Also, weiter ins Detail zu den Inhalten müssten wir in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sowohl anonymisiert, sodass es auf den Gesprächspartner keine Rückschlüsse zulässt. Und, ich meine, es muss uns schon interessieren, die Frage. Das ist ja Teil unseres Untersuchungsauftrages. Vielleicht kann Frau Haber in einer Form antworten, die den Bedenken Rechnung trägt. - Bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich kann vielleicht den Versuch unternehmen, ein bisschen abstrakter zu fragen, um jetzt - - weil wir ja an der Antwort interessiert sind und nicht - - Und deswegen würde ich vielleicht fragen: Wie konkret haben Sie die Sorge um die Sicherheit der amerikanischen Botschaft seitens Ihres Gesprächspartners wahrgenommen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Contingency-Planungen, Kontingenzplanungen, sind mehrfach angegriffen worden. Das hat mich nie zu irgendeinem Zeitpunkt überrascht; denn ich war mir vollkommen sicher, dass es aus Sicherheitsgründen in jedem Fall Kontingenzplanungen geben werde, sozusagen unabhängig davon, wie der militärische Vormarsch sich - - Die Amerikaner haben Kontingenzplanungen in solchen Fällen, und nach der Ankündigung am 14. April war klar: Die Amerikaner würden irgendwann das Land verlassen. Und das bedeutet: Wenn eine diplomatische Präsenz vor Ort bleibt, muss man sich überlegen, wie man in einer Situation umgeht, unabhängig davon, wie das Urteil jetzt ausfällt, wie wahrscheinlich oder plausibel das ist. Also, als er mir



Nur zur dienstlichen Verwendung

das sagte mit den Kontingenzplanungen, habe ich zweifellos nicht überrascht reagiert, weil das mit zu der amerikanischen DNA gehört.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Frau Dr. Haber, es ist ja so: Sie oder der Protokollant - ich weiß nicht, ob Sie es selber verfasst haben; -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - verschickt hat es ja jemand anders - hat erstens diesen Punkt für erwähnenswert in seiner Zusammenfassung gehalten.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe das auch für erwähnenswert gehalten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Dr. Emily Haber: Natürlich ist es wichtig, und natürlich ist auch die Ansage - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, wenn Sie sagen: „Seit April war uns eigentlich klar, dass die Vorbereitungen treffen“, aus welchem Anlass schreiben Sie das in einen Vermerk am 6. August rein, den Sie dann ja übrigens - das will ich auch noch mal sagen, um das Gesamtbild abzurunden - nicht nur haben einfließen lassen in den Kabelbericht, sondern zum Anlass genommen haben, ihn auch noch mal gesondert zu versenden? Also, es muss ja irgendetwas gegeben haben, was anders als April war.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, die militärische Lage war anders als April. Ich will sagen: Ich fand es notwendig, nach Berlin zu übermitteln, dass es hier Kontingenzplanungen gibt vor dem Hintergrund der veränderten militärischen Sachlage. Das musste Berlin wissen, und Berlin musste daraufhin sozusagen die eigenen Vorbereitungen unter dem Gesichtspunkt von Kontingenzsituationen beurteilen. Ja, das fand ich weitergabefähig, und das habe ich persönlich auch weitergegeben.

Ich habe allerdings nicht erwartet, und hätte auch nicht gefragt im Übrigen, dass die amerikanische Seite mit Details einsteigt. Ich weiß, wie

es ist, wenn Amerikaner in einen vertraulichen Austausch treten. Das machen die nicht am Frühstückstisch - und das war hier bei mir in der Residenz -, sondern das machen sie in geschlossenen Räumen oder an einem sicheren Telefon. Und selbst dann wäre es wahrscheinlich nicht mit mir erörtert worden.

Was wichtig für mich war: nicht die Details der Kontingenzplanungen zu kennen, sondern wichtig war für mich, dass Berlin weiß, dass die Frage so behandelt wird, dass sie selbst gegenüber der deutschen Botschafterin angesprochen wird.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Aber jetzt andersrum gefragt: Es war jetzt - - Also, wenn Sie aus diesem Gespräch jetzt als Information mitgenommen hätten: „Wir haben konkrete Planungen, innerhalb kürzester Zeit, unsere Botschaft zu räumen“, dann hätten Sie anders berichtet, als Sie es getan haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, es war jetzt nicht so, dass Sie gesagt haben: „Die gehen raus, und jetzt müssen wir ganz schnell auch überlegen, wie wir das machen“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben also nicht eine Beschleunigung der eigenen Pläne für die Kollegen in Kabul gesehen? - Entschuldigung, die Frage war nicht offen. Also, welche Auswirkungen haben Sie auf unsere eigene Botschaft und das Personal in Kabul gesehen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wenn Amerikaner Kontingenzplanungen machen und Amerikaner für die Sicherheit unserer Botschaft in der Grünen Zone zentral sind, dann muss das Folgen haben für die Überlegungen, die auf deutscher Seite angestellt werden. Aber das sind keine Überlegungen, die die deutsche Botschafterin in Washington selber anstellt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Haben Sie Reaktionen auf den Drahtbericht vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

6. August und auf diese E-Mail aus dem Auswärtigen Amt bekommen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, aber wie ich erwähnt habe, bekam ich Mitte der darauffolgenden Woche eine Textnachricht der Staatssekretärin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich Sie noch mal bitten, ein bisschen lauter zu sprechen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sonst muss man eine Vermutung anstellen; das ist schwierig. Danke.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie hatten vorhin auf die Fragen der Kollegin darauf hingewiesen, dass die Bundeskanzlerin und die Bundesverteidigungsministerin in diesem Zeitraum in Washington gewesen seien.

Zeugin Dr. Emily Haber: Und der Bundesfinanzminister ebenfalls.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Sie haben vorhin gesagt: Der Vizekanzler war auch da. - Können Sie sich daran erinnern, dass der Außenminister in dieser Zeit auch in Washington gewesen ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Der Außenminister war laufend in Kontakt mit dem amerikanischen Außenminister, laufend in telefonischem Kontakt. Da gab es keinen Mangel an bilateraler Ansprache; aber eine Reise, glaube ich, gab es nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, Sie meinten mit der Frage nicht, dass er da gewesen ist, sondern ob er da gewesen ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sonst führt das zu einer falschen - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich wollte nur wissen, ob er da gewesen sei. Sie sagten in der Antwort: Er hat viele Kontakte gehabt. - Aber an

eine Präsenz vor Ort in Washington konnten Sie sich nicht erinnern.

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, gab es wohl nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, das ist jetzt nicht nur eine Frage aus Neugierde, sondern auch, weil uns entsprechende Vermerke über Telefoninhalte von Gesprächen auf Ebene Bundeskanzler bzw. Außenminister vorliegen oder Präsident und Außenminister, also immer gleiche Höhenordnung. Wie muss ich mir das eigentlich vorstellen? Nehmen Sie als Botschafterin an einer solchen Telefonkonferenz selber teil?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein. Ich habe Glück, wenn ich unterrichtet werde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Das heißt, Sie sind aber an der Vorbereitung des Gesprächs beteiligt und bekommen hinterher eine Zusammenfassung des Inhalts?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, von wem sprechen wir jetzt?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, nehmen wir den Außenminister.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, dann werde ich unterrichtet, selbstverständlich. Ich werde unterrichtet und weiß, vielleicht nicht in allen Fällen, aber doch wahrscheinlich in der Regel vorher, ob ein Telefonat stattfindet. Und wenn ich etwas einfütern möchte, habe ich immer Gelegenheit dazu. Aber bei Gesprächen aus anderen Häusern oder dem Bundeskanzleramt bin ich darauf angewiesen, dass die Kollegen aus den jeweiligen Häusern mich unterrichten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir wissen aus anderen Drahtberichten, also nicht aus Ihrer Botschaft, sondern aus ganz anderen Zusammenhängen, dass häufig die Drahtberichte auch so etwas wie Bewertungen und schließlich auch Handlungsempfehlungen beinhalten können. Wir wollen über den Inhalt Ihres Drahtberichts hier nicht sprechen, weil der unverändert eingestuft ist. Aber können Sie sich in diesem Format - - Können Sie sagen, ob und



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegebenenfalls welche Handlungsempfehlungen Sie in Ihrem Drahtbericht aufgenommen haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das weiß ich nicht mehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielleicht, um das Erinnerungsvermögen noch mal ein bisschen anzureizen: Wir haben ja ganz viel darüber gesprochen, was Sie berichtet haben, also insbesondere über dieses Frühstücksgespräch, was am gleichen Morgen stattgefunden hat, wo das Thema „Sicherheit von Botschaften“ ein Thema gewesen ist, die Frage von Geschwindigkeit des Sieges der Taliban. Deswegen noch mal meine Frage. Das muss für Sie ja in irgendeiner Weise auch eine Folge für unser politisches Engagement gehabt haben. Oder waren Sie der Auffassung: „Das kann alles so weitergehen wie bisher“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, natürlich nicht. Aber offen gestanden: Wenn ich jetzt versuche, zu konstruieren, wie die Handlungsempfehlungen aussahen, tue ich das mit der Kenntnis von zwei Jahren später. Also, deswegen wäre es reine Konjektur, wenn ich Ihnen jetzt erzählen würde, dass ich Berlin gebeten hätte, auf das komplexe, aber auch nuancierte Analysebild meiner amerikanischen Gesprächspartner zu reagieren. Und wenn, wäre es, ehrlich gesagt, auch eine Selbstverständlichkeit, dass man es tut.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun beschäftigen wir uns ja auch mit der Frage, ob und wie das Parlament unterrichtet worden ist. Und es hat dann nach der von mir vorhin schon erwähnten Veröffentlichung im „Spiegel“ auch eine Diskussion darüber gegeben, ob gegebenenfalls Ihr Drahtbericht zumindest den Abgeordneten des Deutschen Bundestages - auch meiner wegen in einer besonders geschützten Form - zur Verfügung gestellt wird. Sind Sie in diesem Zusammenhang mit der Frage befasst worden, was die Unterrichtung des Parlaments betrifft?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nicht, was die Unterrichtung des Parlaments betrifft, sondern, was die sozusagen breite Streuung eines Berichtes betrifft, der Namen mit Bekanntheitsgrad angeht.

Ich sagte eingangs: Ich hatte hochrangigen Zugang. Aber der hochrangige Zugang hängt auch ein bisschen davon ab, dass sozusagen das von mir Gesagte nicht in „Spiegel“-Artikeln landet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich möchte kurz nachfragen, weil meine Frage war ja, ob Sie mit dieser Frage, die aktuell war: „Spiegel“-Veröffentlichung - - Und es gab zumindest die öffentliche Debatte darüber, warum das nicht an den Bundestag weitergeleitet wurde. Da ist jetzt meine Frage: Wurden Sie im Vorfeld seitens des Außenamtes in Vorbereitung der Entscheidung, es nicht zuzuleiten und auch dabei zu bleiben, damit befasst?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich weiß nicht, ob ich vorher damit befasst wurde. Aber ich wurde befasst mit der Möglichkeit der Runterstufung. Und ich war strikt dagegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht jetzt wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank erst mal von meiner Seite für die Befragung bis hierher. - Ich würde noch mal einsteigen an dem Punkt der Treffen von Annegret Kramp-Karrenbauer und der Bundeskanzlerin. Nur damit ich das richtig verstanden habe: Sie hatten mit der Bundeskanzlerin keine Möglichkeit bilateral zu sprechen unter vier Augen - habe ich das richtig verstanden -, als sie da war?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, es lag - - wegen Covid. Aber vielleicht kann ich es begründen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich habe aber nur so kurz Zeit und noch so viel vor.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so, Entschuldigung. - Es war wegen der Covid-Regelung. Sie fuhr allein im Auto. Sonst hätte ich das da gehabt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben erzählt, dass Sie mit Annegret Kramp-Karrenbauer sprechen konnten. Konnten Sie mit ihr bilateral sprechen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann kommen wir jetzt eigentlich zu meiner wichtigsten Frage. Sie haben mehrfach schon ausgeführt, dass die USA Sicherheit immer priorisieren, auch wenn es Zielkonflikte mit anderen außenpolitischen Zielen gibt. Und Ihnen war ja auch bekannt, dass das, was Sie bei Ihren Gesprächspartnern in Washington mitbekommen haben, einerseits zwar ein bisschen unsortiert ist, aber einzelne Elemente auf jeden Fall im Widerspruch stehen zu der herrschenden Meinung, sage ich mal, in Berlin. Da wäre ja dann so ein Besuch der Verteidigungsministerin oder auch der Bundeskanzlerin ein guter Moment gewesen, sie mal zur Seite zu nehmen und zu sagen: Übrigens, das ist meine persönliche Einschätzung als Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland. - Jetzt haben Sie gerade gesagt, mit beiden war das bilateral nicht möglich. Konnten Sie diese Einschätzung, die USA werden immer Sicherheit priorisieren, egal welche anderen Zielkonflikte es gibt, trotzdem im Verlauf der Besuche an die Ministerin und an die Bundeskanzlerin weitergeben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ihre Formulierung, Sicherheit zu priorisieren, reflektiert aus meiner Sicht nicht genau das, was ich sagen wollte. Ich wollte sagen, dass es einen Zielkonflikt gibt zwischen der Herstellung von Sicherheitsvorsorge und der Botschaft nach außen. Ich würde von Ambiguitätstoleranz sprechen. Die Amerikaner konnten leichter leben damit, dass sie Dinge gleichzeitig taten, obwohl sie sich gegenseitig damit widersprochen haben. Aus Sicherheitsgründen war das akzeptabel. Sie wollten dasselbe wie wir, aber akzeptierten, dass Vorbereitungen auf Kontingenzen einbezogen werden mussten, mit denen sie sich selber widersprachen. Das ist sozusagen - - Ambiguitätstoleranz, so würde ich das nennen.

Und ob ich das angesprochen habe - - Die Besuche fanden ja doch deutlich früher statt, nicht? Der Besuch der Verteidigungsministerin war nach meiner Erinnerung am 4./5. Juli - also legen Sie mich nicht fest, aber ungefähr. Und der Finanzminister kam nach meiner Erinnerung am

5. Juli an. Also, das war zu einem Zeitpunkt, wo die öffentliche Diskussion über Decent Interval noch nicht so an Fahrt gewonnen hatte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zu dem Übergang von Trump zu Biden. Sie haben jetzt vorhin in der Befragung durch die SPD gesagt, dass mit dem 14.04. die Biden-Administration die Entscheidung, aus Afghanistan endgültig abzuziehen, spät getroffen hätte. Ich würde sagen, sie hat sie nicht revidiert, weil die Amerikaner haben die Entscheidung ja schon getroffen. Ich fand das aber von der Ausdrucksweise bemerkenswert, weil Sie auch gesagt haben: Es gab eine kurze Halbwertszeit innerhalb der Trump-Administration: Wenn da Ansagen kamen, so und so läuft das, dann lief es eben doch nicht so.

Wie haben Sie das damals wahrgenommen mit Blick auf Afghanistan - aber wahrscheinlich ist es ja auch in anderen Bereichen dann gültig gewesen -, in welchem Kontinuitätswang die USA stehen, obwohl innerhalb von Trump noch nicht mal gewisse Kontinuität da war?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Biden-Administration hat von Anfang an so agiert, als gäbe es keine Kontinuität zwischen der Trump-Administration und der Biden-Administration. Es gab diesen Policy-Review-Prozess; der betraf alle Politiken, aber auch Afghanistan. Und da stand sozusagen auf dem Prüfstand: Was ist aufrechtzuerhalten, was muss revidiert werden? - Das heißt, die Kontinuitätsannahme ist so gesehen nicht gerechtfertigt. Trotzdem hat die Administration an den Weichenstellungen der Trump-Administration festgehalten. Biden hat öffentlich immer wieder gesagt: Das ist ein Konflikt, den wir geerbt haben. Wir standen vor der Wahl, es rückgängig zu machen und eine Eskalation in Kauf zu nehmen - meine Worte jetzt, obwohl, Eskalation war der Begriff, den er verwandte - oder uns zurückzuziehen. - Und vor dem Hintergrund der Annahme, dass ein Verbleib in Afghanistan nicht nur Gewalt potenzieren würde, sondern auch wahrscheinlich mehr Truppen erfordern würde, weil die Gewaltsituation sich ja verändern würde, hat Biden eine Entscheidung nicht angefochten, die sein Vorgänger getroffen hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber es gab, wie gesagt, eine lange Periode der Ungewissheit, in der die Amerikaner sozusagen ernsthafte und kontroverse Diskussionen geführt haben, was wahrscheinlich auch innenpolitisch erforderlich war, weil vor allen Dingen am Anfang sehr viel Kritik gegenüber der Aufgabe des Bedingungsansatzes, des Conditions-based Approaches, war. Also, die Biden-Administration musste auch aus innenpolitischen Gründen ihre eigenen Leute mitnehmen, die nicht für einen Verbleib unbedingt waren, aber für den Erhalt des in Afghanistan bis dahin Erreichten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das passt ganz gut eigentlich zu meiner nächsten Frage. Sie haben es ja gerade schon angedeutet, in welchen innenpolitischen Zwängen Biden dann auch war. Man muss ja schon sagen: Es ist für eine Demokratie sehr ungewöhnlich, einen Review-Prozess zu machen. Wir sehen das jetzt gerade in Polen, da wird auch quasi gesagt, ganz laut, nach PiS: Wir gehen alles durch und gucken, was wir hier überhaupt erhalten können. Das meiste wollen wir eigentlich Tabula rasa machen. - Das ist eine besondere Situation.

Wie haben Sie als deutsche Botschafterin in der Zeit, als Biden das angekündigt und dann auch durchgeführt hat, diesen Anspruch an die eigene Regierungshandlung auch mit Blick auf die Außenpolitik und auch mit Blick auf Afghanistan bewertet? Also, haben Sie gedacht: „Da hat er sich zu viel vorgenommen“, oder: „Das ist ein guter Ansatz“? Also, den politischen Wunsch, alles umzudrehen nach Trump, den kann ich auch persönlich gut verstehen. Aber Sie haben sich ja sicherlich auch Gedanken zur Machbarkeit gemacht als deutsche Botschafterin.

Zeugin Dr. Emily Haber: Nicht alles war dem Review vorbehalten. Die Administration hat vom Tag eins an auch zahlreiche, ich glaube, am ersten Tag waren es 19, exekutive Orders verabschiedet. Das konnte der Präsident, ohne sich absichern zu müssen, und entsprach meistens Ankündigungen, die er bereits im Wahlkampf gemacht hatte. Aber bei grundsätzlich strategischen Fragen hat er ein Review aufgelegt und hat dafür gesorgt, dass es eine Diskussion nicht nur inner-

halb der Administration im Sinne eines Interagency-Prozesses gab, sondern hat Thinktanks einbezogen, hat Ehemalige einbezogen, hat Generäle einbezogen, hat Kritiker, ausgesprochene Kritiker des Kurses - jetzt spreche ich von Afghanistan - ebenfalls einbezogen, um dafür zu sorgen, dass, wie auch immer die Entscheidung am Ende ausfallen würde - und mit seiner Vorgeschichte, fand ich sozusagen, war etwas jedenfalls vorschattiert -, klar sein musste, dass in Kenntnis aller Fakten oder bekannten Fakten und auch der bekannten Kritik eine schwerwiegende Entscheidung getroffen wird.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr interessant, auf jeden Fall, wie die das damals gemacht haben. Danke erst mal dafür. - Wie viel Zeit habe ich noch? - Eine Minute. - Haben Sie über diese Transitionsphase, insbesondere mit Blick auf die Außenpolitik und Afghanistan, auch mit anderen Botschafterinnen und Botschaftern in Washington gesprochen, -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und, wenn ja, wie waren da sozusagen die - Sie müssen jetzt keine Länder nennen; das kommt ja immer nicht so gut an hier - - Aber gab es da unterschiedliche Auffassungen zu der Ernsthaftigkeit von so Review-Prozessen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nee, der Review-Prozess - - kann ich mich jedenfalls nicht erinnern, dass das für sich genommen behandelt wurde. Worüber sehr viel gesprochen wurde unter den ausländischen Vertretungen, war: Zugang. Es war nämlich sehr heterogen, sage ich Ihnen. Die Staaten hatten sehr unterschiedlichen Zugang. Und: Wie kann man Sachen einfüttern, und wie können wir es gegebenenfalls gemeinsam machen usw.? Darüber haben wir gesprochen. Über den Review-Prozess an sich: Nein. Ich fand, es war ein breiter gesellschaftlicher Ansatz. Die Thinktanks waren sehr zufrieden, weil sie so einbezogen worden waren. Ich fand es sozusagen einen plausiblen Ansatz, der in einer hochstrittigen Frage den breitestmöglichen gemeinsamen Nenner schaffen sollte in Bezug auf die Administration.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung bis 15.10 Uhr. Und dann fahren wir fort.

(Unterbrechung von
14.32 bis 15.11 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie haben, Frau Haber, alles bekommen, was Sie brauchen, dass Sie gut versorgt sind. Sie haben vielleicht auch bemerkt, dass wir in der hektischen Vorweihnachtszeit trotzdem immer dann sehr kontemplative Momente hier haben, wenn die Leute kommen und Ihnen die Dokumente bringen. Dann ist immer Ruhe. Das sind Momente der Stille, die kennt man in diesem Haus gar nicht. Das ist sehr ungewöhnlich.

Gut, wir fahren fort mit der AfD-Fraktion. - Sie haben das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Haber, ich möchte Ihnen eine Mail vorlegen, eine Nachricht von Hendrik van Thiel, die er am 13. August 2021 an einen entsprechenden Adressatenkreis versandt hat, AP-05-Referenten, und würde Sie bitten, darauf zu schauen, ob Sie diese Nachricht kennen. Das ist ein Papier, wo der Absender geschwärzt ist, nach Kabul eingegangen, mit:

„Meldung: Ghani to resign“
„... - Details of Agreed Peace Deal“

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Abgeordneter, es wäre immer schön, wenn die MAT-Nummer ganz am Anfang genannt würde, weil dann alle mitgucken können.

Joachim Wundrak (AfD): Ich folge sofort Ihrer Bitte mit: MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 116. - Herr van Thiel kommentierte diese Meldung mit den Worten - ich zitiere -:

„Dieses Szenario, Ghani und die Seinen weg, friedliche Übergabe an TLB-beherrschtes Transitionsregime war/ist der best-case, der

noch theoretisch möglich erschien, viele AfghanInnen haben ihn herbeigesehnt, fast zu schön um wahr zu sein. Aber wenn es so wäre, könnten wir wieder radikal umplanen.“

Meine Frage: Ist Ihnen dieses zur Kenntnis gelangt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe das nie gesehen.

Joachim Wundrak (AfD): Ist vielleicht im Verlauf dieser Geschehnisse nach dem 13. von amerikanischer Seite in irgendeiner Weise auf dieses Papier hingewiesen worden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Der Zeuge Nader Nadery, Mitglied der republikanischen Verhandlungsdelegation von Doha, hat diesem Ausschuss im November gesagt, dass die plötzliche Flucht der Amerikaner aus der Stadt Kabul zum Flughafen Kabul wohl auf eine nachrichtendienstliche Neubewertung zurückzuführen sei, nach der die USA den Taliban nicht vertrauen könnten, dass sie Kabul nicht militärisch einnehmen würden, so wie sie das in dem Papier, was Sie gesehen haben, versprochen haben.

Nun liegt uns auf MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 100 ein Beleg dafür vor, dass es am 14. August tatsächlich eine [REDACTED] gab, die die militärische Einnahme Kabuls durch die Taliban für den 15.08. ankündigte. Ist Ihnen in dieser Hinsicht etwas bekannt geworden, entweder zu dem Zeitpunkt oder auch im Nachhinein?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wie ich vorhin ausgeführt habe, haben meine amerikanischen Gesprächspartner an diesem 14.08. davon gesprochen, dass die Botschaft in einem Kernbestand immer in der Grünen Zone erhalten bleibt, dass SIVs weiterlaufen und dass die Botschaft bis auf absehbare Zeit dort bleibt. Mit „absehbarer Zeit“ meine ich - auf weitere Sicht war, glaube ich, die Formulierung - - werden sie in den Flughafen



Nur zur dienstlichen Verwendung

überwechseln. Eine Neubewertung ist erst entstanden - das war meine damalige Auffassung und bleibt auch heute meine Auffassung - durch die Flucht Ghannis und durch den Gefängnisausbruch, der die Sicherheitsfrage ganz anders stellte, weil plötzlich ein Vakuum entstand.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank noch mal. - Worauf ich hinaus will - und das merken Sie -, ist, dass Ihre Aussage, dass Sie das an der Flucht Ghannis aufhängen, aus unserer Sicht zumindest zu diskutieren ist und infrage zu stellen ist.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, noch einmal: Ich maße mir nicht an, eine Expertin des Geschehens in Afghanistan zu sein. Meine Aufgabe war, nach Berlin zu berichten nach bestem Wissen und Gewissen, was mir die Amerikaner sagten.

Joachim Wundrak (AfD): Dann würde ich Sie gerne konfrontieren mit Stimmen, die nach der Machtübernahme uns hier zur Verfügung gestellt worden sind. Mehrere Zeugen hier im Untersuchungsausschuss haben davon berichtet, wie reibungslos nach der Machtübernahme der Taliban die Ausreise jener Afghanen, die das Land Richtung Westen verlassen wollten, abgelaufen ist und auch weiter abläuft und wie ungemein kooperativ sich die Taliban hier verhielten. Trotzdem hält sich in der deutschen Öffentlichkeit hartnäckig die Legende, als sei es nach dem Einmarsch der Taliban in Kabul für Zivilpersonen um Leben oder Tod gegangen. Der [REDACTED] Diplomat [REDACTED] - das ist der [REDACTED] - hat Markus Potzel gegenüber am 19. August 2021 erklärt, wo die in seinen Augen eigentliche Urheberchaft der wilden Szenerie am Hamid Karzai Airport liege. Potzel gab [REDACTED] laut MAT A AA-9.46 VS-NfD, Blatt 124, mit folgenden Worten wieder - Zitat -:

„Das Chaos um den Flughafen sei nicht nötig gewesen, sei durch die Schließung der USA-Botschaft erst ausgelöst worden.“

Fünf Tage später, am 24.08.21, sagte der stellvertretende Leiter der politischen Kommission der Taliban in Doha Herr Potzel Ähnliches.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Einen Moment, er darf das zu Ende formulieren. Die Abgeordneten haben ja Rederecht. Ich rufe Sie sofort auf. Vielleicht können Sie sich ein bisschen kürzer fassen. Dann haben Sie gleich das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Aber, Herr Vorsitzender, es tut mir leid, aber er zitiert - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

VLR Andreas Gloßner (AA): Der Abgeordnete zitiert aus vertraulichen Gesprächen. In dem Fall würde ich sozusagen - - Vielleicht kann man das ja durch einen stillen Vorhalt machen. Wir konnten es leider in der Schnelle der Zeit nicht aufrufen, aber wenn ich es richtig verstehe, sind das wörtliche Zitate oder zumindest wiedergegebene Aussagen aus hochrangigen, vertraulichen Gesprächen. Und zum Schutz der Vertraulichkeit - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erlauben Sie mir folgende Anmerkung mal zur Sache hier: Das ist der Grund, warum wir wünschen, dass die MAT-Nummer am Anfang genannt wird, damit man das gleich verfolgen kann. - Normalerweise unterbreche ich Abgeordnete nicht, sondern erst, bevor gefragt wird. Aber wenn aus solchen Texten vorgelesen wird, Sie die Möglichkeit haben, auch einen stillen Vorhalt zu machen, dann sollten Sie das tun. Das ist die Möglichkeit, die Zeugin zu konfrontieren mit Inhalten, die hier nicht vorgelesen werden sollen, wenn Sie sich auf vertrauliche Gespräche beziehen. Das ist in der Tat geübte Praxis. Also sollten Sie sich entscheiden, entweder die Frage anders zu stellen - ohne Zitate - oder aber einen stillen Vorhalt zu machen. Das können Sie auch.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, ich komme darauf zurück. - Frau Dr. Haber, haben Sie Kenntnisse etwa aus den Gesprächen mit US-Vertretern, dass die Bewertung geteilt wird, dass die plötzliche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verlegung der US-Botschaft zum Flughafen der Hauptauslöser für das Chaos am Kabuler Flughafen gewesen ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ganz sicher nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Das heißt, es hat auch keine kritischen Diskussionen in diese Richtung gegeben, die Sie über - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Suggestivfragen würde ich bitten auch nicht zu stellen, sondern wir üben das alle miteinander hier, dass wir offen fragen.

Joachim Wundrak (AfD): Dann mache ich einen stillen Vorhalt. Ich würde Sie bitten, noch mal auf dieses Dokument zu schauen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bitte, das Dokument so zu halten, dass es von oben nicht gesehen werden kann.

Joachim Wundrak (AfD): Ich muss Ihnen jetzt aber die MAT-Nummer nennen, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die MAT-Nummer, bitte. Und wir machen das in der Regel so, dass die Zeugin bitte unter das Dach geht. Normalerweise machen wir das so.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Emily Haber: Herr Abgeordneter, nach bestem Wissen und Gewissen: Das habe ich noch nie gesehen.

Joachim Wundrak (AfD): Dann ist es so. Meine Frage dazu ist: Ist über diesen Text in diplomatischen Kreisen gesprochen worden, angedeutet worden? - Also, völlig schwarz.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich als deutsche Botschafterin in Washington bin nicht angesprochen worden - sozusagen nach bester Erinnerung -, weder von Ausländern noch von Amerikanern noch von dem zitierten Gesprächspartner

in einer Weise, die in diese Richtung weisen würde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Zeit angekommen, die Sie haben. - Und ich will das einfach noch mal für alle Kolleginnen und Kollegen sagen: Die Spielregeln, die wir uns geben, haben den Sinn, dass wir möglichst viel erfahren von den Zeuginnen und Zeugen, die da wiederum belehrt worden sind, dass sie hier die Wahrheit sagen müssen, nichts weglassen dürfen, und dass wir gleichzeitig Interessen schützen, die geschützt werden müssen. Das ist der Grund, warum wir hier so miteinander verfahren. Das hat bisher immer gut geklappt. Das ist der Sinn, und ich bitte einfach darum, dass wir das versuchen möglichst diszipliniert zu machen; denn bisher sind unserer Erfahrung gut, dass wir dann auch das erfahren, was wir erfahren müssen.

Jetzt wechselt das Fragerecht und geht zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte Ihnen gerne MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 477 bis 478, vorhalten. Können wir das vielleicht schon mal direkt vorhalten? Weil ich nämlich gerne auch auf die Namensnennung dort verzichten möchte, auch wenn es dort nicht geschützt war. Vielleicht gucken Sie da erst mal rein. Ich beziehe mich vor allem auf das, was Sie da unten auf der Seite geschrieben haben.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

In einem Austausch zwischen Ihnen und einem Ihrer Referenten vom 19. August 2021, der Ihnen jetzt vorliegt, antworten Sie auf einen Bericht über die Kommunikation der US-Regierung und die dortige Diskussion über einen möglichen Intelligence Failure - ich zitiere -:

„Aber Sie sehen schon, oder - so wohl ...“

- die Person X, die ich jetzt nicht benennen will -



Nur zur dienstlichen Verwendung

„als auch ...“

- Person Y, die ich auch nicht benennen will -

„waren mir ggü von einem viel schnelleren Zusammenbruch ausgegangen. Nur hatte ...“

- Y -

„not impossible‘ Möglichkeit gesehen, dass es eine verhandelte Übergabe gebe ...“

Können Sie sich noch daran erinnern, wann Ihnen gegenüber diese Aussagen, die Sie dort zitieren, gemacht wurden, also von X und Y?

Zeugin Dr. Emily Haber: Von Y am 13. August und von X Ende Juli.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wie haben Sie diese Aussagen zu dem Zeitpunkt Ende Juli bewertet?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe einen Bericht geschrieben, über den hier schon mehrfach gesprochen worden ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, das war sozusagen die Form, in der Sie dann diese Information - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, ich muss korrigieren. Ich habe den zitierten Bericht geschrieben. Und ich habe über das Gespräch mit Y - der Eile wegen und weil ich festgestellt hatte, wie lange der andere Bericht brauchte, um konsumiert zu werden in Berlin - am Abend des 13. noch eine Mail nach Berlin geschickt, weil ich der Auffassung war, dass das sofort zur Kenntnis kommen musste, und habe, obwohl ich normalerweise so etwas eingestuft hätte, das Schnelligkeitsinteresse priorisiert.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wie groß war denn da der Verteiler, bei der zweiten Mail?

Zeugin Dr. Emily Haber: Fünf Personen, nehme ich an. Aber ich kann mich zuverlässig darauf verlassen, dass in einem solchen Fall in Berlin

weiterverteilt wird. Das geschah auch so, das merkte ich an - - Da bekam ich Rückmeldungen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und Sie hatten mit den beiden genannten Personen zum Thema, dass es einen schnelleren Zusammenbruch geben könnte, vor den beiden genannten Zeitpunkten keine Gespräche oder Informationen. Also, das war der früheste Zeitpunkt, oder gab es schon frühere Gespräche mit den beiden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber auch mit der Aussage: „Es könnte früher, es könnte schneller gehen“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, das nicht. Das nicht. Das war eine Entwicklung, die trat Ende Juli/Anfang August ein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Dann MAT A AA-4.51 VS-NfD, Blatt 170. In zwei Mails, die Ihnen ein Mitarbeiter - jetzt gehen wir wieder ein bisschen nach vorne - der Botschaft am 23. Juli 2021 schickte, geht es um die Lageverschlechterung in Afghanistan Ende Juli. Darin heißt es unter anderem - ich zitiere -:

„Liebe Frau Haber, liebe Kollegen,
alarmierender Bericht aus Kabul
zK, lt. Verfasser“

- das: Herr van Thiel -

„aber auch ‚zugespitzt‘.

TLB versuchen aktuell, Kandahar einzunehmen, was psychologisch ein „game changer“ wäre. Außerdem sind dort viele der verbleibenden AFG Spezialkräfte stationiert, die von den Taliban systematisch getötet werden.

Das deckt sich eher mit der pessimistischen Einschätzung von ...“

- geschwärzt -

„als mit den zuletzt noch beruhigenden Worten des DoS.



Nur zur dienstlichen Verwendung

DoD-Sprecher Kirby gestern auch mit Bestätigung, dass USA Luftschläge gg. TLB wieder aufgenommen hätten.“

Eine darauffolgende längere Passage endet damit, dass zu vermuten sei, dass vor dem Hintergrund dieser Entwicklung

„... die Aufforderung an uns ergangen sein, einen Kompromissfrieden zu skizzieren“.

In dieser Mail vom 23. Juli wird von unterschiedlichen Lageeinschätzungen gesprochen, wobei eine Quelle geschwärzt ist. Können Sie uns, natürlich ohne Offenlegung der Quelle, darstellen, wie Sie die beiden Einschätzungen damals gewichtet haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Es wäre besser, ich könnte es noch mal sehen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen - VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich darf nur darauf aufmerksam machen, dass die Frage genau auf den Inhalt des eingestuften DKORs abzielt. Also müsste man, wie vorhin schon, in allgemeiner Form antworten.

Zeugin Dr. Emily Haber: Okay. - Könnten Sie die Frage noch mal wiederholen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht auch anders stellen, bitte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Die Frage war einfach, wie Sie die beiden unterschiedlichen Einschätzungen gewichtet haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich hatte meine persönliche Meinung dazu, habe aber nur einen Teil der Erkenntnisse gehabt, weil ich in Washington war,

mit vielen anderen Dingen auch befasst, keine Expertise hatte und wahrscheinlich, mit Sicherheit nur einen Ausschnitt des Gesamtsachverhaltes kannte. Aber ich war damals persönlich der Auffassung, dass die militärische Entwicklung eine klare Sprache sprach und damit eine Aussage enthielt über die Plausibilität der Aussichten des Doha-Prozesses.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ist Ihnen aus der Korrespondenz mit den Angehörigen des Afghanistan-Referats, dem Sonderbeauftragten oder mit der deutschen Botschaft in Kabul Einordnung der verschiedenen Einschätzungen aus den USA bekannt, also wie die das jeweils eingeordnet haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Manchmal waren die Aussagen in Kabul, vor allen Dingen an dem wichtigen 14. August, deutlich anders als die Einordnung, die ich von meinen Gesprächspartnern in Washington erhielt. Aber, wie gesagt, ich beobachtete das Gleiche bei der Diskussion der Sachverhalte in Kabul und der Diskussion in Berlin. Es gab letztlich einen vergleichbaren Disconnect.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie noch sagen, was Sie mit dem Disconnect genau meinen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich meine damit, dass in Kabul der sehr unmittelbare Tunnelblick auf die Sicherheitslage gerichtet war und auf die Dramatik der Ereignisse, während in Washington D. C. sozusagen ein größerer Kontext gesehen wurde. Dass mir zu einem Zeitpunkt, da die amerikanische Vertretung in Kabul offensichtlich von unmittelbarer Evakuierung sprach, meine Gesprächspartner, die sozusagen eine politische Autorität besaßen, sagten, das sei nicht der Fall, zeigt mir* sozusagen - - auf einen Disconnect hinzuweisen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wer hätte den denn auflösen sollen, den Disconnect, Ihrer Meinung? Hatte denn irgendjemand alle Informationen auf dem Tisch und hätte den auflösen können?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Informationen hätten alle in Washington - - Also, was den amerikanischen Kontext angeht: Natürlich hätten alle Informationen vorliegen müssen bei einer Besprechung im Weißen Haus, wo das weitere Vorgehen diskutiert und dann entschieden worden ist. Und das geschah am 14.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und bei uns in Deutschland, war denn da auch ein Disconnect, und wie hätte der aufgelöst werden sollen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich kann nicht wirklich sagen, ob es einen Disconnect gab. Aber es ist klar, dass es Berichte aus Kabul gab, die eingeflossen sind in die Meinungsbildung der zuständigen Struktur, die seit einigen Monaten ex- - * also, Sicherheitsstaatssekretäre waren das gar - - Da musste das, was aus Kabul kam, einfließen, genauso wie alle anderen Stimmen einfließen mussten, unter anderem auch die aus Washington oder die aus Brüssel, NATO usw. Das war die Struktur, wo alles zusammenkommen musste.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde angekommen. - Und es geht wieder am Anfang los. Der Kollege Nürnberger hat wie immer das erste Wort.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte unmittelbar an das anschließen, wo ich vorhin meine Befragung beendet hatte. Wir waren - zur Erinnerung - am 14. August 2021. Da war die Ortszeit 15.02 Uhr in Berlin. Ich glaube, Washington ist dann sechs Stunden noch mal zurück. Und wir machen jetzt einen kleinen Zeitsprung bis 19.28 Uhr Berliner Zeit, sind viereinhalb Stunden später. Da teilt Ihnen der - - Da teilt der Referatsleiter AP 05, also der Ländereferent Andreas Krüger, mit - und zwar in MAT A AA-8.132 VS-NfD, Blatt 103 -, dass er einen Anruf von Ihrem Mitarbeiter Herrn N. bekam mit dem Inhalt:

„... er“

- Herr N. -

„hatte Telefonat mit alter US-Bekanntem, die gerade in Bo.“

- Botschaft -

„Kabul ist. Laut ihrer Aussage: Sie hatte drei Stunden um „alles“ zu vernichten & werde in wenigen Minuten mit dem Hubschrauber ausgeflogen - ohne dass ihr klar sei, wohin ...“

Zur selben Zeit auch, 19.32 Uhr, also vier Minuten später, schreibt Jasper Wieck, Sonderbeauftragter für Afghanistan - unter MAT A AA-8.133 VS-NfD, Blatt 312 -:

„Soeben Rückmeldung von Khalilzad: “Yes. Stopped processing SIV”

- Special Immigrant Visas for Afghans -

„in Kabul““

Nachrichten, die darauf hindeuten, dass in Kabul sich etwas tut.

Allerdings schreiben Sie dann noch einmal eine Stunde später Berliner Zeit - in MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 171, und ich darf zitieren -:

„Botschaft werde, wie von [REDACTED] [REDACTED] angekündigt, auf ihren absoluten Kernbestand zurückgefahren. Auf weitere Sicht hin plane man natürlich mit dem Flughafen ...

Die laufenden Operationen und SIVs gingen weiter. Auf meine Nachfrage: ob ich dies richtig verstanden hätte: Ja. We have not stopped processing SIVs in Kabul. Ich sagte [REDACTED] offen, dass wir etwas anderes gehört hätten. Daraufhin: [REDACTED] sei gerade im [REDACTED]

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

[REDACTED] ...



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gleichzeitig bereite man aus Vor-sicht eine Situation - -“

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich erneut zu
Wort)

- Entschuldigung?

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, dass ich da reinspringen muss.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe Sie nicht gesehen.

VLR Andreas Gloßner (AA): Genau. - Also, da wird auch wieder sozusagen sehr detailliert aus dem Gespräch - - Vielleicht kann man das durch einen stillen Vorhalt machen, wenn das möglich wäre.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich kann mich daran erinnern, an das ganze Gespräch.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann kann ich an der Stelle mit der Fragestellung aufhören, weil die Details sind auch gar nicht ganz so entscheidend. Es geht mir darum, erst mal festzustellen, dass - - Die ersten beiden Absender dieser Mails setzen Jens Jokisch als Leiter des Krisenreaktionszentrums ins cc. Sie in Ihrer E-Mail schicken sie allerdings an die Staatssekretärin Leendertse cc und nicht ans Krisenzentrum 040. Können Sie uns erklären, warum - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ein Fehler.

Jörg Nürnberger (SPD): Bitte?

Zeugin Dr. Emily Haber: Hätte ich machen sollen.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Und dann nur noch mal die beiden oder die drei Nachrichten gegenübergestellt. Es gibt zwei Nachrichten, wo ganz ausdrücklich davor gewarnt wird, dass sich jetzt in Afghanistan die Situation ganz grundlegend ändert. Wie kommen Sie dann zu der Einschätzung oder in Ihrer Nachricht zu der gegenteiligen Einschätzung der beiden Nachrichten,

die vorher über Kabul in das System AA gelangt sind? Und es stellt sich uns die Frage: Fanden Bewertungen statt, wie Informationen aus den USA - sei es direkt aus Kabul; sei es aus der Administration - in ihrer Glaubhaftigkeit bewertet wurden? Und ich bitte Sie, diesen Entscheidungsprozess oder diesen Entstehungsprozess noch einmal für uns zu erläutern.

Zeugin Dr. Emily Haber: Es gab, wie ich Frau Dr. Jurisch gesagt habe, einen Disconnect zwischen dem, was wir aus Kabul hörten, wie Sie vorhin auch zitiert haben, und dem, was mir in Washington gesagt worden ist. Was mir in Washington gesagt worden ist, geschah nicht „on a lark of her own“. Das heißt, was mir gesagt worden ist, war - nach der Sitzung [REDACTED] mit der Autorität der amerikanischen Regierung - die Auskunft über den Sachstand. Es war eine Sitzung, [REDACTED]

[REDACTED] Und ich musste das ernst nehmen. Ich habe keine eigenen Erkenntnisse gehabt. Aber die amerikanische Regierung hat mir dies mitgeteilt, auf Nachfrage noch einmal bestätigt und eine Erklärung des Präsidenten, die wenige Stunden später dann erfolgte, angekündigt.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie uns an der Stelle noch einmal mitteilen, wann diese Besprechung im Weißen Haus tatsächlich stattgefunden hat, weil das ist ja in dieser quasi Minutenzeitabfolge durchaus relevant?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja. Okay. Also, ich habe mir versucht an diesem Tag selber die Zeiten zu rekonstruieren, was aus den Akten ein bisschen schwierig ist - ich hatte noch mal Einblick in die damaligen Akten -, weil manchmal die Berliner Zeiten, manchmal die Kabuler Zeiten und manchmal die Washingtoner Zeiten durcheinandergehen. Es hängt offenbar davon ab, welche Stelle ein bestimmtes Dokument zugeliefert hat. Ich sage Ihnen deswegen nach meiner Erinnerung, nach bestem Wissen und Gewissen, wie es war.

Ungefähr um 10 Uhr morgens bin ich befasst worden. Ich sah die Mails. Ich hatte einen Anruf von meinem Mitarbeiter N., bin rübergegangen in die Botschaft, weil das eine Sache ist, die ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht von zu Hause aus mache. Dann habe ich - das wird so gegen halb 11 - - den zuständigen - kann ich die Funktion sagen? -

(VLR Andreas Gloßner
(AA) nickt)

angerufen - das ist sozusagen

ist -, und ich habe gesagt: Hier ist das. Das betrifft uns. Das betrifft unsere Sicherheit. Was ist da los? - Ich erwischte ihn unterwegs, und er wusste es selbst nicht genau, sagte, er kümmert sich sofort drum, rief mich dann zehn Minuten später an, fünf Minuten später an - also, es ging sehr schnell - und sagte: Lage hat sich deutlich zugespitzt. Es gibt zur Stunde eine Sitzung

und allen anderen möglichen - da ist er nicht ins Detail gegangen - - man bespricht das weitere Vorgehen. -

Daraufhin schrieb ich - - telefonierte ich oder - - Jedenfalls - - Also, ich befasste jedenfalls den

und sagte: Ich möchte unmittelbar danach angerufen werden. - So was mache ich nicht sehr oft, und deswegen geschah es auch.

Unmittelbar nach der Sitzung rief sie mich zurück oder er mich zurück - je nachdem - und sagte mir das dort Geschilderte. Das transportierte ich zurück nach Berlin und hätte bei dieser Rückmail auch den Leiter des Lagezentrums beteiligen müssen. Das war mir in der Eile echappiert.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Das ist alles sehr gut nachvollziehbar. Aber die Entwicklung bleibt ja an diesem Zeitpunkt nicht stehen, weil wieder 20 Minuten später, nach Ihrer Mail schreibt Jens Jokisch aus einem Telefonat mit der deutschen Botschaft in Kabul - MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 167; und ich schaue auch immer - - einen Blick auf die Bundesregierung -:

„- Anders als heute nachmittag angenommen ist die **Verlegung nach HKIA**“

- Hamid Karzai International Airport -

„doch schwieriger als gedacht.

...

- Weitere allerjüngste Lageverschärfung: **USA haben ihre Botschaft bereits - jetzt - geschlossen**. GZ damit nicht mehr gesichert. Petition der Botschaft für schnellstmögliche Evakuierung. Bis Montag hält Bo durch, Anschlagsgefahr etc. steigt.“

Noch mal 20 Minuten später schreibt Ihnen Staatssekretär Berger - - an den Sonderbeauftragten - unter derselben MAT-Nummer, aber vier Blätter weiter, 171 -:

„Habe mit Frau Haber telefoniert. habe ihr klar gesagt, dass USA weiterhin in der GZ“

- Green Zone -

„bleiben.“

Kurz danach informiert Herr Berger unter anderem auch Herrn Jens Jokisch - Blatt 169 -:

„Im Moment geht einiges durcheinander. Auch war nicht aufs dem letzten Stand. Wir haben klare Rückmeldung aus Washington dass USA weiterhin die Sicherung der Green Zone übernehmen. Diese Info dürfte in den nächsten Stunden auch in Kabul ankommen.“

Jetzt sehe ich darin auch wieder einen Widerspruch zwischen der Sicherung der Green Zone durch die USA und dem, was die deutsche Botschaft bemerkt hat. Ist es Ihnen möglich, auch diesen Widerspruch aus Ihrer Sicht zu erläutern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Es ist ein Widerspruch. Die Informationen, die aus Kabul kamen, einschließlich mittelbar von amerikanischen Quellen aus Kabul, korrelierten und korrespondierten nicht mit dem, was mir in Washington gesagt worden war nach einer Sitzung, in der auch die Botschaft Kabul zugeschaltet war. Das ist eine Tatsache.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich die Frage noch konkreter, aber hoffentlich hinreichend offen stellen: Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt Kenntnis, dass die Green Zone in Kabul tatsächlich von den amerikanischen Streitkräften verlassen war?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Am Abend des gleichen Tages - da war es schon halb elf Berliner Zeit - schreibt Ole Diehl, der Krisenbeauftragte der Bundesregierung, an Staatssekretär Berger - in MAT A AA-8.133 VS-NfD, Blatt 190 -:

„Die Ereignisse überschlagen sich die Infos widersprechen sich.
ICH“

- Großbuchstaben -

„werde morgen stark dafür plädieren, uns nicht auf etwaige Ankündigungen/Zusagen der Usa zu verlassen sondern davon auszugehen, dass sie die GZ nur schützen solange sie selbst noch drin sind.
Unsere AV“

- Auslandsvertretung -

„berichtet sie seien schon weg
Potzel berichtet, sie gehen morgen...“

Es ist tatsächlich so - und das hat ja Ihre bisherige Befragung auch ergeben -, dass sich die Ereignisse extrem überschlagen.

Am Morgen des 15. August Berliner Zeit ist dann der afghanische Präsident Ghani aus Kabul verlustig gegangen, und die Taliban haben die

Macht übernommen. Sie bekommen dann am Nachmittag Berliner Zeit von einer Person aus der US-Botschaft die folgende Nachricht - MAT A AA-8.652 VS-NfD, Blatt 48 -:

„You will know by now that our embassy team has moved to the airport and messaged countries to go to airport. ... This had not been the plan for today but here we are.
... Tragic day.“

Wenn Sie jetzt die Ereignisse in ihrer Gesamtheit - und wir haben sie ja jetzt quasi minütlich dargestellt - bewerten: Welche Einschätzung haben Sie im Hinblick auf die Bewertung der Zusage der USA, diese Green Zone zu sichern?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Person, die mir - in den frühen Morgenstunden war das, glaube ich, am 15. - geschrieben hatte, war

14.08. an der Sitzung teilgenommen hatte und mich danach unterrichtet hatte. Es geht klar aus der Mail hervor: This had not been our plan. - Normalerweise würde die Person mir nicht schreiben und sagen: „Hat sich alles geändert“, sondern es war ganz deutlich - kann man ja erkennen - in dem Bewusstsein, dass mir Zusagen und Ankündigungen gemacht worden waren, die sich im Laufe des Tages als Makulatur - um das Mindeste zu sagen - erwiesen hatten.

Die amerikanische Seite hat im Laufe des 14.08. - ich will nicht sagen Zusagen - - aber sie hat sozusagen sich in einer Weise eingelassen, die nicht Bestand hatte.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie war Ihre Reaktion darauf, dass Informationen, die Sie als glaubhaft aus dem Weißen Haus bewertet haben, sich durch die Lageänderung dann tatsächlich als eben unzutreffend erwiesen haben im Nachhinein? Haben Sie entsprechende weitere Berichte Richtung Berlin abgesendet, oder wie haben Sie auf diese Situation reagiert?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich bin am Abend des 14.08. abgereist. Das heißt, die totale Wende sozusagen habe ich dann unterwegs bzw. am



Nur zur dienstlichen Verwendung

nächsten Morgen nach Ankunft in Berlin erfahren. Ich habe keinen Zweifel daran, dass mein Gesprächspartner oder meine Gesprächspartnerin sich mir gegenüber nach bestem Wissen und Gewissen und in der Annahme einer korrekten Lageanalyse und -prognose eingelassen hat. Daran habe ich bis heute keinen Zweifel.

Aber die Dynamik in Kabul vor Ort, einschließlich einiger Variablen, die die Administration zum Zeitpunkt des Telefonates mit mir nicht hatte kennen können, hatte sich massiv geändert.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich bitte im Vorhinein schon um Verzeihung, wenn ich Sie noch einmal ganz konkret zu zwei genauen Daten frage und auch für das Protokoll. Ich glaube nicht, dass Sie bisher zeitlich genau präzisiert haben, wann diese Besprechung im Weißen Haus war. Können Sie das noch einmal - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, wie gesagt, ich versuchte, die Zeiten in der Annahme, dass diese Frage erfolgen würde, selber zu konstruieren. Und mein Gefühl war vorher, dass alles etwas früher stattfand, als ich es sozusagen, soweit es möglich war, rekonstruieren konnte.

Ich glaube - - Also, die Sitzung im Weißen Haus muss insgesamt vier Stunden gedauert haben. Nach meiner Erinnerung bin ich so gegen 13.30 Uhr, vielleicht 14 Uhr angerufen worden. Die Nachricht habe ich dann sofort nach Berlin übermittelt. Am späteren Nachmittag, vielleicht so gegen 17 Uhr, erfolgte das Statement des Präsidenten, das ja kompatibel war mit der Auskunft, die mir mein Gesprächspartner oder meine Gesprächspartnerin gegeben hatte. - Das waren in etwa die Abläufe.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, dass Sie das noch mal präzisiert haben. - Und jetzt noch zu dem zweiten Gespräch bzw. zu dieser kurzen Nachricht, die Sie erhalten haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Nachtnachricht?

Jörg Nürnberger (SPD): Bitte?

Zeugin Dr. Emily Haber: In der Nacht, meinen Sie.

Jörg Nürnberger (SPD): Genau, die Nachricht in der Nacht. Die haben Sie ja offensichtlich um 22- - Entschuldigung - - Am 15. August morgens Berliner Zeit muss es gewesen sein. Aber vielleicht können Sie das auch noch präzisieren über die drei Zeitzonen hinweg, die es auch für uns nicht ganz einfach machen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Genau. - Ich glaube, ich bin so gegen 7 Uhr gelandet. Ich habe sofort das Handy angemacht, und da habe ich die Nachricht gesehen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke sehr. - Wenn ich noch zwei Minuten habe, würde ich gern, nachdem wir jetzt diese Situation sehr augenfällig dargestellt haben, mich dem zuwenden, wie man denn danach mit dieser Situation umgegangen ist in einer Art Aufarbeitung im Hinblick auf den Fall Kabuls.

Am 18. August - zu einer Zeit, wo Sie bereits unterwegs waren - schreibt Ihr Mitarbeiter Herr N. zu der Äußerung des nationalen Sicherheitsadvisors Sullivan und der Sprecherin des Weißen Hauses Psaki in einer Pressekonferenz - MAT A AA-9.11 VS-NfD, Blatt 16 -:

„• **Verantwortung der US-Regierung/Kontingenzplanung:** USA seien auf das eingetretene Szenario vorbereitet gewesen. Die Möglichkeit einer TLB-Machtübernahme sei einkalkuliert gewesen. Tempo habe die US-Regierung zwar überrascht, aber auch für diese Kontingenz sei geplant worden. Biden habe am 11.08. principals einberufen, um über Lageverschlechterung zu beraten. Am 12.08. Entscheidung zu **Schritt 1** (3000 zusätzliche Truppen)“

- das haben Sie vorhin auch schon erwähnt -

„der Kontingenzplanungen, um sich auf etwaige Bo-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Reduzierung/Evakuierung vorzubereiten. In den Folgetagen dann **Schritt 2** (6000 Truppen).“

Zu welchem Zeitpunkt haben Sie Kenntnis über die Entscheidung hinsichtlich Schritt eins erlangt, also die zusätzliche Truppenverlegung, um den Abzug zu sichern?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die 6 000 zusätzlichen Truppen, das war am 14.08., und das war, glaube, mir im Telefonat mitgeteilt worden. Die 3 000 zusätzlichen habe ich, glaube ich, aus der Pressekonferenz, die Sie gerade zitiert haben, erfahren. Ich bin nicht hundertprozentig sicher; aber ich bin mir fast sicher, dass ich es aus der Pressekonferenz erfahren hatte.

Jörg Nürnberger (SPD): Und dann hätte ich noch eine abschließende Frage. Sie berichten am 19. September 2021 Herrn Staatssekretär Berger über den Anruf einer bestimmten Person aus der US-Administration - MAT A AA-9.81 VS-NfD, Blatt 267 -:

„In der letzten Woche fand eine Sitzung zu der Möglichkeit statt, Informationen mit uns zu teilen. Ein mehrere Staaten betreffender Mechanismus ist verworfen worden. Stattdessen wollen sie den Kontakt bilateral mit ...“

- Staatssekretär -

„aufsetzen, - auf amerikanischer Seite ...“

- die entsprechende Behörde -

„Ich nehme an, sie werden auf

- den Staatssekretär -

„Engelke zugehen wg. eines modus operandi.“

Können Sie das noch etwas näher erläutern?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja. Das ist eine komplizierte Geschichte, das ist also ein bisschen länger. - Ich war am 9. September angesprochen worden von einem Mitarbeiter, der ein Verbindungsbeamter zu einer der Sicherheitsbehörden war, auf den Sachverhalt von afghanischen Staatsangehörigen, die in den Kosovo ausgeflogen worden waren ohne Sicherheitsüberprüfung, und Erkenntnisse, dass einige von ihnen - ich glaube, die Zahl, die damals genannt war sozusagen ohne Festlegung, war bis zu 100 - Problemfälle - - Und das Gelände in Kosovo war nicht gesichert. Das war nicht auf offiziellem Wege zu uns geraten. Ich wusste nicht, ob es wahr war, ob es falsch war oder ob es irgendeine Nuance zwischen wahr und falsch war. Aber eins weiß ich: In solchen Situationen, wenn man sich nicht sicher ist, dann dreht man jeden Stein um. Und das ist das, was ich dann getan habe.

Ich habe erstens dafür gesorgt, dass in Berlin - ohne zu wissen, welche Schattierung von wahr oder unwahr es hatte - alle Bescheid wussten, dass in Berlin die existierenden Strukturen, zum Beispiel die ND-Lage oder das GTAZ oder die Sicherheitsrunde der Staatssekretäre, das auf dem Schirm hatten. Denn mein Interesse war, dass wir einen Prozess schaffen, in dem diese Möglichkeit und die Risiken, die damit einhergehen könnten, besprochen werden konnten.

Und dann habe ich dafür gesorgt, dass auf amerikanischer Seite alle darüber unterrichtet waren, damit sozusagen sämtlichen Leuten klar war: Hier ist ein Problem, das Deutschland sieht, und es ist möglicherweise sicherheitsrelevant. Und darüber müssen sich nicht die Botschafterinnen mit ihren Kollegen im State Department oder sonst unterhalten, sondern die Leute, die für Sicherheit zuständig sind. Und daraufhin habe ich angesprochen die Dienste, das State Department, das Weiße Haus und den Innenminister.

Und danach, sozusagen das ist dann die Rückmeldung von ranghoher Stelle aus dem Weißen Haus: Das wird bilateral geschehen, damit wir sicherstellen, dass die Daten abgeklärt werden können und dass sämtliche Risiken eingedämmt werden können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht über zur Union.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Frau Dr. Haber, tut mir leid, dass wir immer so ein bisschen springen müssen. Wenn Sie eine Pause brauchen, geben Sie einfach ein Signal. Ganz herzlichen Dank.

Ich würde gerne einen stillen Vorhalt machen, und zwar aus Tagebuchnummer 1. UA-20-03/22 VS-V, Fach 2, Blatt 1 ff.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: In diesem Fall müsste ich Sie tatsächlich bitten, hinten das unter der Balustrade in Augenschein zu nehmen.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und VLR Andreas Gloßner (AA) nehmen Einblick)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - So viel darf ich, glaube ich, sagen: Das ist jetzt sozusagen der eingestufte Kabelbericht vom 6. August, und - Herr Gloßner guckt so kritisch - wir hatten ja zuletzt bei mir damit aufgehört zu der Frage, ob Sie sich erinnern können, ob es Handlungsempfehlungen gab. Jetzt haben Sie einmal reinschauen können. Und ich denke, vom Inhalt her ist es nichts, was jetzt Quellen offenlegen könnte. Könnten Sie jetzt vielleicht mit dem Vorhalt noch mal kurz sagen, was Ihre Handlungsempfehlung gewesen ist in dem Kabelbericht?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Handlungsempfehlung war, zu spiegeln, was die Amerikaner tun, nicht in der Grundannahme, dass eine Eskalation unvermeidlich ist, aber die Perspektive und die Möglichkeit in Betracht ziehend, dass alles sehr viel schneller gehen kann, als wir es möchten und als Berlin es erwartet hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und das betrifft insbesondere auch die Frage der Botschaft. Darum geht es mir jetzt noch mal, also Aufrechterhaltung des Botschaftsbetriebes.

Zeugin Dr. Emily Haber: Es betrifft die Kontingentsplanung, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. - Der Kollege Nürnberger hat Sie schon gefragt - oder Frau Nanni; das weiß ich nicht mehr genau - zu der Korrespondenz mit Staatssekretär Berger in seinem Urlaub - Sie erinnern sich -, 12. und 13. August. Da habe ich hier eine Verständnisfrage.

Sie schreiben in der Mail - das ist MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 35; ich zitiere; das muss ich Ihnen, glaube ich, jetzt nicht vorlegen - - Also, auf die Frage eben, ob die USA noch mal eingreifen können, antworten Sie:

„Ausgeschlossen.“

- Zitat -

„Sieh dir meinen VS-V-Bericht von Montag an.“

Erste Frage ist: „Ausgeschlossen“ und „eingreifen“, ging es Ihnen um die Frage, ob noch militärisch eingegriffen werden kann, oder wie muss ich das verstehen, das Eingreifen? Oder wie haben Sie das verstanden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe es so verstanden, als frage er nach der Möglichkeit, dass die Rückzugsentscheidungen revidiert werden könnten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also nicht die Frage, ob die USA noch mal militärisch in den Konflikt, dem Vorrücken der Taliban, eingreifen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe es verstanden als „Können Sie wieder militärisch hochfahren?“

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, okay. - Und dann habe ich aber die Frage - Sie schreiben: „Sieh dir meinen VS-V-Bericht von Montag an“ - : Den haben wir nicht.

Zeugin Dr. Emily Haber: Was?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben keinen VS-V-Bericht von Montag.

Zeugin Dr. Emily Haber: Der ist - - Gemeint war: Der war Montag in Be- - Der 6. Der 6. war Freitag.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Dr. Emily Haber: Und der VS-V-Bericht ist offenbar Montag erst - nicht ausgetragen - ausgezeichnet worden, also ich meine, in dem Sinne von Akten und - - Zeichen versehen, und verteilt worden. Und deswegen habe ich Montag gesagt. Das hatte ich vorher gehört.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, gut. Ich hatte irgendwie die Sorge, es gäbe noch ein uns unbekanntes Dokument.

Zeugin Dr. Emily Haber: Nee. Gott behüte!

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es wäre jetzt auch noch erst mal kein Schaden gewesen. Aber gemeint ist sozusagen der VS-V-Bericht, über den wir eben schon die ganze Zeit gesprochen haben, den Sie eben auch noch im stillen Vorhalt gesehen haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Mir hatte jemand gesagt, der sei erst am Montag in sozusagen den allgemeinen Umlauf da gegangen, und deswegen habe ich „Montag“ geschrieben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann will ich mal kurz fragen - also, Ihre Antwort war ja „Ausgeschlossen“; das ist eine Ein-Wort-Antwort, die auch keine Interpretation zulässt -:

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - Woher hatten Sie diese sichere Erkenntnis, dass es mit den Amerikanern auch in Anbetracht der Entwicklung nicht noch mal die Möglichkeit gibt - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich war mir vollkommen sicher.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aufgrund Ihrer persönlichen Einschätzung oder von Ihnen mitgeteilten Quellen, Gesprächspartnern in Washington?

Zeugin Dr. Emily Haber: Aufgrund des Umstandes, dass ich über viele Monate mit amerikanischen Stellen darüber im Gespräch war und nicht der leiseste Zweifel am Ende mehr bestand, dass die Amerikaner diesen Weg gehen würden.

Ich hatte auch gemerkt - ich habe es vorhin mal erzählt -, wie sich die Stimmung unter den Abgeordneten verändert hat, wie kritisch Abgeordnete aus beiden Parteien gegenüber der Entscheidung noch zum Beispiel im Dezember - im Dezember hatte ich so einen großen Anlauf genommen mit Abgeordneten, um unsere Positionen zu vermitteln und um dafür zu sorgen, dass unsere Positionen und sozusagen die Zwänge, die wir hatten, und was wir erreichen wollten, dass das wiederum eingefüttert wurde bei den Überlegungen, die im Transitionsteam angestellt wurden - - Und deswegen hatte ich sozusagen jeden angerufen, der nicht weglaufen konnte. Und da hörte ich noch viel Kritik heraus.

Im März habe ich das Gleiche gemacht sozusagen im Vorfeld der Entscheidung. Da merkte ich schon: Die Stimmung hatte sich gedreht. Die Stimmung hatte sich insoweit - - also nicht gedreht, sondern sie war resignierter geworden, auch bei vehementen Befürwortern eines Verbleibs. Das zeigte mir: Im politischen Raum begann man, sich abzufinden mit einer Entscheidung, die national populär sein würde, nämlich des Abzugs. Also, ich war mir vollkommen sicher.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist deswegen für mich in dieser Bewertung ganz spannend, weil wir ja zwei parallele Entwicklungen haben - ja? -: Auf der einen Seite die sich zuspitzende sozusagen militärische Lage in Afghanistan, die es auch nach Ihrer Berichterstattung als immer wahrscheinlicher, also zunehmend wahrscheinlich, erkennen lässt, dass es keine Verhandlungslösung geben wird, sage ich jetzt mal, und auf der anderen Seite die Amerikaner, die sozusagen immer festgelegt auf diesen Abzugstermin waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verstehe ich Sie richtig, dass Sie sagen: „Trotz dieser Zuspitzung der militärischen Lage gab es also keine Bereitschaft mehr, sich weiter in dem Land zu engagieren“?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Nur eine kurze Frage, weil wir jetzt ja eben über die zeitliche Differenz vom 6. bis zum 9. August schon miteinander - von Freitag auf Montag - gesprochen haben. Diese VS-V-Meldungen, wie kriegt man die eigentlich im Urlaub? Also, wenn Sie - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich hatte ja keinen Urlaub.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nein. Aber der Staatssekretär Berger war ja, glaube ich, nicht da. Also, wenn - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, wenn Sie im Urlaub wären - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Weil, es sieht ja - -

„Sieh dir meinen ...Bericht von Montag an.“

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen ist jetzt meine Frage: Kannte er den? Also, hatten Sie - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Wahrscheinlich war mir gar nicht bewusst zu dem Zeitpunkt, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so.

Zeugin Dr. Emily Haber: - dass er im Urlaub war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, genau. - Also, weil wir sehen ja, wie schwierig das ist, diese Berichte -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja. Ja, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - zum Gegenstand von Beratungen zu machen. Deswegen habe ich mich gefragt: Wenn da einer im Urlaub ist, wie kriegt er diesen Bericht eigentlich?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, in dem - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut.

Zeugin Dr. Emily Haber: Er hat das nicht geschrieben, dass er im Urlaub ist, oder ich habe darüber nicht nachgedacht. Ich habe ihm einfach gesagt, also - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, Sie hatten keinen Anhaltspunkt dafür, dass er den Bericht kannte oder nicht kannte? Das entzieht sich Ihrer Kenntnis. So habe ich das jetzt verstanden.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich ging davon aus, dass er den Bericht nicht kannte, als ich das las.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Gut, dann würde ich jetzt auch gern noch einmal springen in den Zeitraum 12. August. Das ist bei mir jetzt - würde ich gerne vorhalten - MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158/159. Ich würde vorschlagen, dass wir Ihnen das einmal eben kurz vorlegen, bitte.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie wissen, was drinsteht; genau.

Zeugin Dr. Emily Haber: Natürlich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Jetzt ist ja noch mal die Frage - - Das ist also am



Nur zur dienstlichen Verwendung

12. August. Da berichten Sie noch um 21.53 Uhr - ich vermute, das ist dann die Ortszeit Washington, würde ich jetzt mal sagen, -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - weil in der Mail ist von einem Abendessen die Rede -, -

Zeugin Dr. Emily Haber: Das war nach dem Abendessen, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - genau -, und zwar offensichtlich unmittelbar nach dem Abendessen, über ein Gespräch, in dem Sie nach meiner Interpretation wohl davon erfahren haben, dass die USA eine Machtübernahme an die Taliban im Verhandlungswege für möglich halten, mit dem Ziel, Gewalt in Kabul zu verhindern und Ausreisen zu ermöglichen. Können Sie uns über den Inhalt dieses Gesprächs, ohne dass es Rückschlüsse auf Gesprächspartner/-innen oder Institutionen zulässt, vielleicht noch einmal etwas näher berichten, was Ihnen in diesem Gespräch vermittelt wurde?

Zeugin Dr. Emily Haber: Der oder die Gesprächspartnerin sagte mir, dass es Hinweise gebe, die - - auf Verhandlungsmöglichkeiten gebe, die eine friedliche Transition in Kabul ermöglichen würden. Ich konnte nicht so richtig einschätzen, wie ernst es war. Ich fragte nach, sagte - -

Das war mir auch klar: Bei einer solchen Gelegenheit kriege ich da nicht sozusagen Vers und Buchstaben mitgeteilt, nicht? Ich musste aber von dem oder der Gesprächspartnerin wissen: „Muss ich das ernst nehmen?“, ja? Es hat Sicherheitsfolgen für uns. - Und die Antwort ist, die mir gegeben worden ist: „Not impossible“, was sozusagen - - was ich übersetzen würde mit: „Es ist eine plausible Option.“

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben von der Frage dieser Option und wann die entstanden ist, schon mit anderen Zeugen gesprochen, insbesondere mit Zeugen, die zu diesem Zeitpunkt anlässlich der innerafghanischen Friedensverhandlungen in Doha waren. Können Sie sagen, ob das Informationen waren, die aus dem Umfeld dieser

Verhandlungen an Sie herangetragen oder an Ihre Gesprächspartner/-in herangetragen worden ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube es nicht. Also, ich stellte die Frage, und die Antwort klang für mich negativ - ich muss noch mal gucken, was ich genau - - Und ich versuchte natürlich, zu fragen - -

(Die Zeugin liest in den ihr vorgelegten Unterlagen)

Ja, genau: „Ausweichend ...“ - Ich versuchte natürlich, zu fragen: Wo ist denn das Ganze? Und der Hinweis, den ich bekam, war - - Also, dies löste bei mir den Schluss aus: Woanders; Kabul - - Doha hat nichts damit zu tun.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der Wortlaut heißt:

„Deswegen unternehme die U.S.-Seite einen Versuch“

- so heißt es hier -

„to broker the transfer‘ ...“

Zeugin Dr. Emily Haber: Hm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, es ist nicht sehr vage, würde ich mal sagen. Also das, was Sie in der Mail schreiben, klingt zumindest nicht so, als ob das noch eine unter Vorbehalt stehende Einschätzung sei. Deswegen bin ich noch ein bisschen - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Bei dem, was Sie eben gesagt haben, will ich noch mal nachfragen: -

Zeugin Dr. Emily Haber: Es kann aber - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - Wie sicher war Ihre Gesprächspartnerin sich denn?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Der oder die Gesprächspartnerin war sich - so habe ich das damals verstanden und versucht, nach Berlin zu vermitteln - nicht ganz sicher, ob die Hinweise auf eine solche Möglichkeit belastbar waren. Verstehen Sie, Sie müssen unterscheiden zwischen der Intention, die Möglichkeit zu nutzen, und der Sicherheit oder dem Mangel an Sicherheit, dass das tatsächlich möglich sein werde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Weil ich würde das aus dem, was Sie wörtlich schreiben, jetzt nicht so rückschließen; deswegen frage ich noch mal nach, ne? Sie sagen also, die Taliban wollen

„... Kabul einnehmen ... dabei aber einen Kampf ... vermeiden ... sie wollen eher eine Erstickungsstrategie. Nach- - deute darauf hin, dass es ... Bereitschaft gebe, die Einnahme „zu verhandeln“. „Deswegen -“

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - jetzt kommt es -

„- unternehme U.S.-Seite einen Versuch, ‚to broker the transfer‘ ...“

Es ist also nicht die Frage sozusagen: Deswegen ist es wahrscheinlich, dass sie das machen, -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - sondern es klingt so: Es gibt sozusagen ein Fenster, wo die Taliban reden wollen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber sie wissen nicht, ob es ein - - ob das Fenster tatsächlich belastbar ist, ob -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so.

Zeugin Dr. Emily Haber: - die Hinweise, die sie bekommen haben, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Emily Haber: - dass es möglich ist, nicht tatsächlich - - Ich glaube, die Formulierung lautete sogar, ob es nicht auch ein „red herring“ ist, ja? Also, da gibt es eine gewisse Unsicherheit, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Emily Haber: - und das musste ich auch sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber die Unsicherheit bezog sich - nur damit ich das jetzt verstehe; nee, nicht suggestiv gefragt - - Bezieht sich diese Unsicherheit auch auf die Bereitschaft der US-Seite, zu verhandeln?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, die - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Sie bezieht sich auf den Anlass, die Bereitschaft - - auf amerikanischer Seite sich zunutze machen will.*

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Also die Bereitschaft der US-Administration, darüber zu verhandeln, war Ihnen gegenüber klar erklärt.

Zeugin Dr. Emily Haber: Dass das eine der Optionen war, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Das war für Sie ja jetzt Anlass, einen außerordentlichen Bericht zu schreiben. Können Sie noch mal kurz schildern, was Sie dazu veranlasst hat, unmittelbar im Anschluss an das Gespräch - - Und dann vielleicht auch noch mal, dass Sie uns schildern, warum diese Auswahl an Personen, an die Sie die Informationen geschickt haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Mhm.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich kann Ihnen dazu die Quelle noch mal vorlegen, damit Sie den Empfängerkreis kennen, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich nehme an, er ist ziemlich klein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Eben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja. - Aber ich will Ihnen auch sagen: Normalerweise, wenn ich solche Begegnungen habe, ist das ein eingestuftter Bericht. Aber ich wollte nicht noch mal das Risiko eingehen, dass ich etwas schreibe, und sozusagen die Verteilung des Berichtes dauert etliche Zeit. Deswegen beschloss ich, diesen Bericht an eine Person zu schicken, oder ich weiß nicht mehr, an wie viel; das geht hier nicht - - Aber ich bin mir ganz sicher, weil so - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, damit wir nicht spekulieren: Also, ich möchte Sie davor schützen. Ich würde Ihnen den Verteiler vorlesen oder vorlegen, je nachdem, was Ihnen lieber ist. Ich kann Ihnen sonst auch - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich kann Ihnen sagen, zu den Empfängern gehört auf jeden Fall die Staatssekretärin, -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, es wäre viel - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - und es gehört dazu auf jeden Fall Abteilungsleiter 2-B-1.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das wäre - - Nur - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich meine, dass der Verteiler ganz klein ist angesichts des Umstandes, dass ich die Einstufung umgangen habe, um rasch eine Information nach Berlin zu bekommen, liegt auf der Hand. Ich wollte nicht, dass ein Gespräch, das ich mit einem solchen Gesprächspartner oder - - Gesprächspartnerin führe, sozusagen Füße bekommt und sozusagen - - dass es sozusagen breit gestreut wird. Das geht einfach in solchen Fällen nicht. Ich musste also pragmatisch und flexibel sein und gleichzeitig so viel Si-

cherheit für den Schutz meines Gesprächspartners - - Quellenschutz sicherzustellen wie erforderlich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will auch gar nicht Ihr Verhalten -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nö, nö.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - irgendwie einer Bewertung zuführen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich finde es nach wie vor richtig. Also - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, ja; genau. - Ich frage mich - - Also, ich versuche nur, die Dringlichkeit dieser Information für mich einzuordnen.

Zeugin Dr. Emily Haber: Sie war dringend - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, Sie bekommen am 12. August abends bei einem Abendessen eine solche Information - USA verhandeln oder sind bereit, zu verhandeln, wenn es ernst gemeint ist -, und das ist für Sie so ernsthaft und glaubhaft, dass Sie es sofort an einen ausgewählten Kreis - ich sage jetzt mal: insbesondere der Behördenleitung des Auswärtigen Amtes - übermitteln.

Zeugin Dr. Emily Haber: Korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): So habe ich Ihr Vorgehen jetzt verstanden. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Komplett.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Haben Sie eine Reaktion darauf bekommen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube, ein, zwei Tage später von - ich kann mir die Kürzel nie mehr merken - Herrn Wieck.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung, das habe ich jetzt akustisch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube, ein oder zwei Tage später von dem zuständigen Unterabteilungsleiter im Auswärtigen Amt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber ansonsten, glaube ich, nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube, nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen - auch wenn ich nicht zu Ende komme -, weil es ja in dieser Zeit im Auswärtigen Amt Sitzungen des Krisenstabes gegeben hat, und nach unserer Kenntnis hat es eine solche Sitzung am nächsten Tag, nämlich am 13., gegeben, nach unserer Information unter der Leitung der Empfängerin Ihrer E-Mail. Und deswegen meine Frage: Als Sie das abgeschickt hatten, wussten Sie da, dass es deswegen dringlich ist, weil der Krisenstab sich mit dieser Frage gegebenenfalls am nächsten Tag auch auf der Leitungsebene beschäftigen würde?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube nicht, dass das der Fall war. Außerdem vermute ich, dass angesichts der krisenhaft zugespitzten Situation die Krisenstäbe da laufend getagt haben. Ich habe das berichtet, weil ich fand, es muss sofort nach Berlin kommen. Wir haben die Zeitverschiebung. Wenn ich bis morgen warte, kommt das Ding erst morgen Nachmittag in Berlin an, und ich wollte den Zeitverlust nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, ob die Staatssekretärin in der Sitzung des Krisenstabes -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - am nächsten Tag diese Informationen weitergegeben oder in anderer Weise verwertet hat?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich habe Vermutungen, dass so was nicht unter den Tisch fallen gelassen wird. Aber ich bin nicht beteiligt da, nein; muss

ich auch nicht im Übrigen, ja. Ich hatte einen anderen Job.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde, weil jetzt - - Ich habe nur noch 30 Sekunden; ich mache jetzt hier mal eine Pause. Ich bin aber noch nicht fertig. Ich werde gleich noch eine Runde brauchen. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. Dann geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen. Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Und ich muss noch mal ein bisschen rekapitulieren, was Sie gerade in der Befragung auch mit dem Kollegen Röwekamp besprochen haben, und zwar jetzt anschließend an die allerletzten Sätze.

Wenn Sie dann so einen Weg gehen, dass Sie quasi die Einstufung umgehen, damit es schnell rüberkommt - - Und Sie haben ja auch schon erzählt, dass Sie mit Frau Leendertse auf jeden Fall im SMS-Kontakt standen, grundsätzlich - - genau, also sie Ihnen einmal geschrieben hat. Haben Sie auch auf anderem Wege darauf hingewiesen: „Übrigens, ich habe euch eine wichtige E-Mail geschrieben, „Guckt bitte jetzt ins Postfach rein!“?“ Es gibt ja noch unterschiedliche Geschwindigkeiten zwischen den Medien.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, beim VS-V-Bericht sage ich Ihnen: Im Rückblick betrachtet hätte ich in der Minute der Absendung - ich weiß nicht, ob ich es getan habe; ich glaube, nicht - sagen müssen: Hier ist ein VS-V abgegangen; guckt den bitte an. - Das geht ja nicht, dass das sozusagen einfach so langsam den Weg geht. Das war ein Versäumnis von mir; hätte ich machen müssen.

Bei diesem Fall: Eine Mail, das gucken sich die Leute an, wenn sie morgens aufwachen. Also, da muss ich nicht zusätzlich eine Warnung schicken mit einer Mail: Bitte guckt in die Mail. - Und was SMS angeht: Es ist normalerweise kein Instrument von mir.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, ob die da morgens angeguckt wird, müssen wir dann mit jemand anders klären.

Zweite Rückfrage noch zu dem schon Gesagten, dass eine Einstufung zu einer Zeitverzögerung führt bei der Überbringung von Kommunikation. Können Sie einmal kurz erläutern, wie das in dem konkreten Fall, aber dann ja wahrscheinlich auch generell - - also was genau zu der Verzögerung führt?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, da kam das Wochenende dazu. Also, da muss ich vorsichtig sein. Das muss eigentlich wirklich das Auswärtige Amt sozusagen aus Berliner Sicht mit Ihnen erörtern.

Aber meine Erfahrung ist, dass bei eingestuftem Berichten die Verteilung eben sehr viel komplizierter ist: Es muss sozusagen von Hand zu Hand getragen werden. Es wird dann eingetragen in Bücher. Dann kriegt der Nächste - - usw. Also, das hat einfach objektiv Verzögerungen. Und in diesem Fall dachte ich - - Und deswegen müsste man, wenn es wirklich so zeitkritisch ist, wie es auch bei dem Bericht am 06.03.* war - - muss man eigentlich sagen: Hier kommt was, ja?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Dr. Emily Haber: Das ist nicht die Übung. Ich sage das nur sozusagen aus dieser Erfahrung heraus.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt zu einer ganz anderen Zeit. Wir müssen uns jetzt noch mal zurückversetzen zu dem Moment, wo das US-Taliban-Abkommen verabschiedet wurde und Sie ja in der Botschaft dann sicher wieder losgezogen sind, um einzuholen, welche Interpretation dieses Abkommens es in der damals noch Trump-Administration gab. Können Sie das einmal erläutern?

Zeugin Dr. Emily Haber: In der Trump-Administration? Die waren ja verantwortlich dafür. Es war unter Vorgabe vermutlich verhandelt worden. Also, da war es ganz positiv.

Die Reaktion im politischen Raum war ganz anders, ja? Im politischen Raum, insbesondere auf dem Hill, war die Kritik sehr stark, weil es eine wirkliche Umsteuerung war und zum ersten Mal die abschüssige Straße in eine Richtung begangen worden war, in der Zeitlinien eine Rolle spielten und in einem Zielkonflikt mit Bedingungen standen, und das war halt neu. Und das ist damals noch weithin ziemlich kritisch gesehen worden. Im Kongress die Stimmen - -

Natürlich war der Afghanistan-Einsatz nicht mehr populär und war innenpolitisch sozusagen - - hatte kein Momentum, ja? Aber innerhalb der politischen Klasse war die Überzeugung, dass man sozusagen Erreichtes in Afghanistan nicht aufs Spiel stellen - - war noch sozusagen Mainstream, und das ist über die folgenden Monate immer stärker abgeflacht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus einigen DKORs aus Ihrer Botschaft ist auch ersichtlich, dass sowohl das State Department als auch das Pentagon von einem Condition-based-Ansatz -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - trotzdem noch gesprochen haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja; ja, ja; die ganze Zeit. Das Mantra, ja? Das Mantra „Condition-based Approach“, das blieb vom Abschluss des Abkommens an bis weit in das Frühjahr 2021, obwohl sozusagen es leicht zu sehen war, dass sich Konditionen vor Ort sozusagen dann durchsetzen lassen, wenn man Hebel hat. Und in dem Moment, wo Sie dann den Hebel vom Tisch nehmen, eine Zusage machen, ohne dass Sie Gewissheit haben, dass die Bedingungen, die Sie verlangen, bereits umgesetzt haben, haben Sie das, was ich vorhin ein Stockflow Agreement*, nannte, nicht? Und da hat eine Seite die Hebelungsmacht, und die andere hat sie aufgegeben und will trotzdem an den Bedingungen festhalten.

Dass die Bedingungen, die wir wollten und die die Administration sehen wollte, die die Biden-Administration durchgesetzt sehen wollte, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

die die richtigen waren, das steht ja völlig außer Frage. Dass sie weiterhin diese Bedingungen umsetzen wollten, steht auch völlig außer Frage, obwohl die Administration dann wahrscheinlich argumentiert hätte: Wir machen es anders. Wir machen es durch Entwicklungshilfe. Wir machen es durch humanitäre Hilfe. Wir machen es durch das Versprechen der Legitimität, die eine künftige, sagen wir, Talibanregierung, auch international will.

Sozusagen nicht viele sprachen zu dem Zeitpunkt aus, dass das eine Wette auf das Interesse der Taliban an humanitärer Hilfe, an EZ, an Legitimität war, und ob das sozusagen begründet war, da hatten echte Kenner der Taliban - ich glaube, es ist mal zitiert worden, dass ich mit Steve Coll sprach - ziemliche Zweifel.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie auch.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich bin nicht der Kenner; aber Steve Coll, den halte ich für einen Kenner, weil er über zehn Jahre sich mit den Taliban befasst hatte.

Aber, wie gesagt, ich bin dafür keine Kronzeugin. Ich muss nur sozusagen weitergeben, was ich für vernünftig, nachvollziehbar und plausibel halte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben ja auch genau über dieses Mantra, wie Sie sagen, mit den einzelnen Akteuren in Washington gesprochen. Gab es denn da - - Haben die unter Trump jetzt - - Man muss es ja immer unterscheiden; -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sonst schwimmt das alles. Aber gab es unter Trump eine gemeinsame Sprache der Häuser in den USA zu dem Thema „Was heißt das eigentlich ‚condition-based‘“ usw.?

Zeugin Dr. Emily Haber: Sie haben alle das Mantra - bis zur Spitze, ja, also bis zum Außenminister - wiederholt. Und ich hatte manchmal das Ge-

fühl, da sprechen sozusagen Leute in zwei verschiedenen Universen miteinander. Denn wir wollten natürlich Condition-based Approach, und wenn die amerikanische Seite sagte: „Wir wollen es auch“, dann war die Schlussfolgerung oder die sozusagen Grundannahme, dass wir in die gleiche Richtung gehen wollten.

In Wirklichkeit hatte die Trump-Administration in dem Moment, in dem sie eine Zeitlinie vereinbart hatte, einen Weg beschritten, der die Durchsetzbarkeit des Condition-based Approach in Frage stellte. Aber das gab keiner damals zu, ja?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, diesen Widerspruch, den Sie auch gerade hier beschrieben haben, den ich auch nachvollziehbar finde, der jetzt auch nicht das erste Mal hier thematisiert wird, der wurde wie verarbeitet in der US-Administration?

Zeugin Dr. Emily Haber: Durch Verwendung sozusagen des rhetorischen Vokabulars aus einer sozusagen ganz anderen diplomatischen Konstellation. Also, sie haben beide den „Condition-based Approach“ - - Bis zum 14. April ist das immer wieder aufgetaucht. Aber es bedeutete eben etwas anderes, und es stand sozusagen auf tönernen Füßen, als die Amerikaner umgesteuert haben. Und erst nach dem 14. August ist die Ansage „It's a Time-based Approach“ - - Sie haben dann noch von Bedingungen gesprochen, die, wie gesagt, durch andere diplomatische Mittel umzusetzen seien.

Aber die sozusagen Klarheit über die Veränderung von Optionen ist erst sehr spät auch von amerikanischer Seite ausgesprochen worden, am deutlichsten im Übrigen am Ende der - - also nach der Evakuierungsoperation, als der Präsident sagte: Entweder Eskalation oder Abzug.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss noch mal zurück in die Trump-Zeit. Da liegt uns ein DKOR vor. Das ist MAT A AA-4.38 VS-NfD, Blatt 9 bis 12. Das ist der „Politische Halbjahresbericht“. Da heißt es dann:

„Gegen alle vermeintlichen Widerstände des Pentagons und



Nur zur dienstlichen Verwendung

ohne Abstimmung mit den Alliierten setzte Präsident Trump ... eine Truppenreduzierung auf 2.500 bis zum 15.01. ... durch. „

Der Vorgang ist ja grundsätzlich bekannt. - Meine Frage richtet sich jetzt auf das Wort „vermeintlich“. Welche Umstände haben denn dazu geführt, dass man davon ausgeht, dass es ein vermeintlicher Wider- - Also, gab es Widerstand vom Pentagon gegen diese Entscheidung von Trump damals? Gab es in der US-Administration unter Trump unterschiedliche Interessen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Na ja, also die Ansage des damaligen Verteidigungsministers Esper vom - ich müsste jetzt nachdenken, wann das war: April? Mai? - - als die 4 500 und dann bis zu null auf der Grundlage der Evaluierung - - Als diese Ansage erfolgte, war die Annahme von uns ganz klar: Bis zum Jahresende ist es 4 500, aber nicht weniger.

Und dann tauchen nach meiner Erinnerung im Oktober die ersten Gerüchte auf, dass es zu 2 500 kommen wird, und das wird wenig später, im November irgendwann, tatsächlich bestätigt. Das kam tatsächlich wieder wie Zieten aus dem Busch, völlig überraschend, gegen alle Erwartungen und durch eine Ansage von oben.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Und das Fragerecht wechselt zur AfD-Fraktion. Herr Wundrak.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, verehrte Frau Dr. Haber, ich komme noch mal zurück auf die beiden Papiere, die ich Ihnen in der vorigen Runde vorgelegt habe. Sie erinnern sich an das Papier, was „Agreed Peace Deal“ überschrieben ist, wo Sie sagen, Sie haben das nicht gesehen. Das ist allerdings an Ihren Mitarbeiter - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich hab's gesehen, -

Joachim Wundrak (AfD): Ja, okay.

Zeugin Dr. Emily Haber: - also dass einer meiner Mitarbeiter es gesehen hatte, ja.

Joachim Wundrak (AfD): Und das zweite Papier, was ich Ihnen vorgelegt habe, mit inhaltlich dem Bedauern über die Entscheidung zur Evakuierung der US-Botschaft. Wenn Sie diese beiden Papiere, die Inhalte sehen, würden Sie zustimmen, dass Ihre Aussage - - dass die Flucht Ghannis der wesentliche Auslöser der Chaostage von Kabul gewesen ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Meine Aufgabe in Washington war es nicht, zu entscheiden, welches die Auslöser vor Ort waren. Meine Aufgabe war es, zu schildern, welches die amerikanische Sicht und welches der amerikanische Blick auf die Gründe und die Dynamiken und die Triebkräfte dieser Entwicklung war. Darüber habe ich berichtet. Es enthält keine Aussage darüber, ob sie recht haben oder nicht recht haben. Aber ich sage Ihnen, dass ich überzeugt bin, dass die Amerikaner überzeugt waren - - meine Gesprächspartner überzeugt waren, dass das die Auslöser waren.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. Vielen Dank. - Ich beziehe mich auf MAT A AA-4.37 VS-NfD, Blatt 508. Das ist ein Protokoll - ich glaube, das ist hier schon erwähnt worden - einer Anhörung im US-Repräsentantenhaus von Donald Trumps Director of National Intelligence, John Ratcliffe, und seiner Nachfolgerin, Avril Haines, bei Amtsübergabe.

Inhalt ist, dass die afghanische Armee bei Abzug der US-Armee und der US-Kontraktoren innerhalb von Wochen zusammenbrechen würde. Auch Trump und Pompeo sollen sich entsprechend geäußert haben. Und diese dann ja eins zu eins eingetroffene Vorhersage ist also auch bei der Biden-Administration schon im Januar 2021 bekannt gewesen, und offenbar wusste man auch bereits im Januar 2021 auch in Berlin um den Stand der Dinge. So bestätigte General Meyer - das ist der letzte deutsche Kommandeur in Afghanistan - gegenüber diesem Ausschuss, Angela Merkel habe ihn im Winter 2020/2021 - damals hatte der Review-Prozess Bidens gerade erst begonnen - eindringlich gebeten, beim Abzug aus Afghanistan Saigon-Bilder zu verhindern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Von Merkels frühem Realismus wissen wir auch aus einer Mail aus dem Bundeskanzleramt vom 15. August 2021 - ich zitiere wörtlich aus MAT A BKAm-3.37 VS-NfD, Blatt 170 -:

„Insgesamt sind wir jetzt wohl leider an dem Punkt, den es aus Sicht BKin anfangs des Jahres unter allen Umständen zu verhindern galt.“

Zitat Ende. - Meine Fragen: Ist Ihnen bekannt, ob und, wenn ja, auf welchem Weg das bereits im Winter 2021 bei Ratcliffe und Haines vorhandene kritische Wissen, dass die afghanische Armee innerhalb von Wochen nach dem Abzug der US-Armee und der US-Kontraktoren kollabieren werde, von Amerikanern mit der deutschen Seite geteilt worden ist? Wenn nein, können Sie uns sagen, woher Bundeskanzlerin Merkel zu Beginn dieses Jahres 2021 der totale Zusammenbruch der während ihrer Amtszeit von Deutschland mit Milliardenbeträgen subventionierten afghanischen Republik schwante?

(VLR Andreas Gloßner
(AA): Entschuldigung, also
- -)

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Herr Gloßner hat das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja. - Also, ich würde das als so eine Mischung von Suggestivfrage und Bitte um Wertung einer Aussage im Nachhinein sehen. Vielleicht kann man das anders formulieren; aber so würde ich das nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt sehen, die Antwort darauf.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Können Sie die Frage noch mal so formulieren, dass das offen ist?

Joachim Wundrak (AfD): Haben Sie Kenntnis erlangt, wie diese Haltung, diese frühe Haltung von amerikanischen Stellen, Eingang gefunden hat in die deutsche Bewertung?

Zeugin Dr. Emily Haber: Herr Abgeordneter, ich glaube nicht, dass man von einer frühen Haltung der amerikanischen Seite so sprechen kann, als hätten Beobachtungen vom Januar 2021 extrapoliert werden können auf eine völlig andere Lage im Sommer 2021. Dass sozusagen mit der Ankündigung von Zeitlinien durch die Trump-Administration der Versuch auf abschüssige Bahn geriet, Bedingungen nachhaltig in Afghanistan zu erhalten, ist sozusagen ein strukturelles Faktum. Aber aus diesem strukturellen Faktum können Sie nicht konkludieren, dass es nicht zahlreiche Variablen gegeben hat, die eben im Januar oder im Februar oder auch im März einfach allen Beteiligten noch nicht bekannt waren.

Joachim Wundrak (AfD): Also, ich finde es schon bemerkenswert, wie die Bundeskanzlerin zu diesem Zeitpunkt eine sehr kritische Sichtweise der Dinge an den Tag gelegt hat, offensichtlich. Ich denke nicht, dass sie das aus einer Gefühlslage gemacht hat, sondern, wie man sie sicherlich einschätzen kann, auf fundierte Basis das gestellt hat. Das ist die Frage: Woher kommt diese Basis aus Ihrer Sicht, wenn Sie darüber auch sprechen können?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich kann dazu nichts sagen. Ich kann nur eben sagen, dass sozusagen die strukturelle Natur der Verbindung zwischen Zeitlinien und zwischen Bedingungen vor Ort sich verändert hat durch die Ankündigung des Rückzuges und durch das Doha-Abkommen von Anfang 2020. Das ist ein Faktum. Jenseits von diesem Faktum gab es noch sehr viele unbekannte Variablen. Und deswegen sage ich Ihnen: Das, was immer man als sicheres und prognostizierbares Faktum angekündigt haben mag im Januar oder Dezember, ist sozusagen über die strukturelle Analyse hinaus nicht extrapolierbar.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, Frau Dr. Haber, der US-Präsident Biden hat in seiner Rede vom 16. August 2021, die Ihnen sicherlich noch vor Augen ist, die Afghanen beschimpft, sie wollten nicht für ihr eigenes Land kämpfen, obwohl die USA so viel Geld und Mühe in den Aufbau dieser Armee investiert hätten. Das ist MAT A AA-4.36 VS-NfD, Blatt 31.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nun haben wir im März zwei Vertreter der amerikanischen SIGAR-Behörde im Untersuchungsausschuss zu Gast gehabt. Diese wiesen in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass das afghanische Militär jahrzehntelang in Organisationsstruktur, Bewaffnung und Logistik bewusst in fundamentaler Abhängigkeit von den Amerikanern belassen worden ist und im Grunde nie in die Lage versetzt worden ist, allein gegen die Taliban zu bestehen. Der US-Generalleutnant a. D. Barno von SIGAR sagte wörtlich - Zitat aus der Ausschussdrucksache 196, Seite 16 -:

„Wir haben diese Armee so aufgebaut, dass sie auf Unterstützung von Vertragsnehmern zurückgreifen kann. Anderenfalls kann sie nicht funktionieren. Das Spiel ist vorbei... Als die Vertragsnehmer abzogen, war es, als hätten wir alle Steine aus dem Holzstapelturn herausgezogen ...“

Was ist Ihnen in der Diskussion dieser Hintergründe über Reaktionen in der US-amerikanischen Politik zu diesen Aussagen Präsident Bidens bekannt? Hat es Stimmen gegeben, die auf den offenkundigen Zwiespalt hinwiesen, der zwischen der Beschimpfung Bidens und der jahrzehntelang bewusst in US-Abhängigkeit gehaltenen afghanischen Armeestruktur bestand?

Zeugin Dr. Emily Haber: Herr Abgeordneter, es gab viele Stimmen im amerikanischen politischen Raum mit unterschiedlichen Bewertungen über Art, Erfolg und Nachhaltigkeit der amerikanischen Unterstützung für die afghanischen Streitkräfte. Es gab sicher Stimmen, wie Sie sie gerade zitiert haben. Es gab auch andere.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank. - Und das Rederecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank. - Der Kollege Nürnberger hat einiges gefragt, was wir auch fragen wollten. Nur in dem Zusammenhang mal eine grundsätzliche Frage. Haben Sie in der Bundesregierung mal überlegt, die Zulu-Zeit einzuführen, weil Sie ja auch ausgeführt haben - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Was?

Peter Heidt (FDP): Die Zulu-Zeit.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ah, okay.

Peter Heidt (FDP): - - weil es ja schon auffällt, man weiß gar nicht, von wann ist jetzt diese E-Mail.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja. - Nein, ich habe das nicht gemacht.

Peter Heidt (FDP): Ja, okay. - Am Freitag, dem 6. August 2021, verfassten Sie eine DKOR, über die vielfach in den Medien ja berichtet worden ist. In der Sitzung des Verteidigungsausschusses am 25. August 2021 hat der Generalinspekteur Zorn die von Ihnen verfasste DKOR in seinem Haus - - verarbeitet worden - - darüber berichtet. Demnach wurde diese DKOR vom Freitag, 6. August, am 7. August in den verschiedensten Ressorts empfangen. Am 9. August - - ja das Ganze bewertet, und die zuständigen Fachreferate in den verschiedenen Häusern sind informiert worden. Am 10. August hätte es dazu eine Besprechung durch seinen Stellvertreter gegeben; er wäre selbst im Urlaub gewesen. Am 11. August ist ja alles in einem Vermerk zusammengeführt worden, dann am 12. August vorgelegt worden. - Finden Sie diesen Zeitablauf - - Oder würden Sie diesen Zeitablauf als üblich einstufen für so eine DKOR?

Zeugin Dr. Emily Haber: Sie sprechen vom BMVg?

Peter Heidt (FDP): Genau.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ah ja.

Peter Heidt (FDP): Das ist MAT A BT-Präs-2.21 VS-NfD, Blatt 24 bis 25. Das ist Ihre DKOR, die Sie am 6. August - -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja, das habe ich verstanden. - Also, ich kann über die Abläufe im BMVg nichts sagen. Das weiß ich einfach nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Ja, gut, vom Grundsatz her, wie das verarbeitet worden ist, auch in Ihrem Hause.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich kann noch nicht mal genau sagen, wann in meinem Hause der DKOR gelesen worden ist. Also, es wird ab Montag bis Mittwoch gewesen sein; aber genau weiß ich das auch nicht. Aber, wie gesagt, es war ein zeitkritischer Bericht, und ich sage selbstkritisch, dass ich das hätte beschleunigen müssen, indem ich eine Mail an einige der Empfänger hätte schreiben müssen und sagen: Expediert das!

Peter Heidt (FDP): Würden Sie dann auch sagen, dass der Empfängerkreis von der DKOR richtig ausgewählt gewesen ist oder eben dann doch zu klein?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, nein, der Empfängerkreis ist richtig. Und es steht ja jederzeit den Empfängern zu, weitere Beteiligungen zu erwirken. Also, was angesichts sozusagen der Inhalte des Berichts oder der Gesprächspartner, die ich hatte, erforderlich war, war, dafür zu sorgen, dass diejenigen den Bericht bekamen, die es wissen mussten für die weiteren Entscheidungen; aber breite Streuungen gibt es bei solchen eingestuften Berichten nicht. Und das halte ich aus langer Erfahrung auch für richtig.

Peter Heidt (FDP): Gab es denn vor dem Fall Kabuls bezüglich dieser DKOR Rückfragen an Sie?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich kann mich nicht erinnern; aber Sie müssen natürlich wissen, dass innerhalb der Botschaft mal die zuständigen Referenten für Afghanistan in einem laufenden Kontakt waren mit ihren Kollegen sowohl in Berlin als auch in Kabul. Es ist dann nicht so, dass sie sozusagen immer, wenn sie Rückfragen haben, über die Botschafterin gehen. Also, ehrlich gesagt: Weit gefehlt. Und es ist auch richtig so. Das muss sozusagen über die normalen Strukturen gehen. Insofern ist eine negative Antwort von mir überhaupt nicht belastbar, weil es nicht reflektiert, in welchem Umfang der laufende Austausch, die Fragen und die Diskussionen unter den Referenten erfolgten.

Peter Heidt (FDP): Aber an Sie selbst: Ist Ihnen da nichts erinnerlich?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Peter Heidt (FDP): Ja. - Hätte denn Ihre DKOR nach Ihrer Auffassung andere Reaktionen hervorrufen müssen als solche, die damals erfolgt sind?

Zeugin Dr. Emily Haber: Alle waren unter Druck. Es ging, es lief alles unglaublich schnell. Und ich finde, es muss nicht alles immer kommentiert werden, wenn die Aussagen klar genug sind. Ich war insoweit ganz zufrieden und habe nicht gewartet auf Rückmeldungen, wie in anderen Fällen auch nicht. Diese endlosen Mailschleifen können ja auch eine Belastung sein in der täglichen Arbeit. Also, deswegen ist ein etwas schmallippiger Umgang mit Informationen für mich nicht nur vertretbar, sondern manchmal auch einfach richtig.

Peter Heidt (FDP): Der andere Punkt jetzt. In einer Mail am Abend des 14. August 2021 - MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 177, die Sie an verschiedene Personen im AA schickten, schrieben Sie:

„Rückruf ...“

- geschwärzt -

„Botschaft werde, wie von [REDACTED] angekündigt,“ -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja, ja.

Peter Heidt (FDP): -

„auf ihren absoluten Kernbestand zurückgefahren. Auf weitere Sicht hin plane man natürlich mit dem Flughafen, dies habe Blinken ja auch gesagt.“

Weiter ging es um die Frage, ob die USA das Ausfliegen von Ortskräften eingestellt hätten oder ob dies weiterlaufe. Abschließend berichteten Sie aus dem Telefonat Folgendes:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Gleichzeitig bereite man aus Vorsicht eine Situation völliger Evakuierung“ - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung. Also, ich glaube, den hatten wir vorhin auch schon mal durch stillen Vorhalt - aus gutem Grund. Also, wenn man das vielleicht durch stillen Vorhalt machen könnte. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Ja.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Peter Heidt (FDP): Ja. Ich wollte das nur - - Folgende Fragen: Wir haben in den Akten häufiger Protokolle von Telefonaten auch von hochrangigen Vertretern, auch kurz vor der Evakuierung, in denen die Rede davon ist, dass es sich wie auch in dem Beispiel um Telefonate auf offener Leitung handele.

Zeugin Dr. Emily Haber: Mhm, richtig.

Peter Heidt (FDP): Was wäre denn Ihre Annahme: Wenn jetzt die USA Ihnen hätten mitteilen wollen, dass die Green Zone zeitnah geräumt werde, wie hätte das dann ausgesehen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wenn die USA mir mitgeteilt hätten - - Das hätte sie, also die Person, mit der ich gesprochen hatte nach der Sitzung im Weißen Haus - - hätte sie mir auf der offenen Leitung schon gesagt. Sie wollte auf der geschlossenen Leitung - und mittlerweile hat die Botschaft - - Ich war lange hinter dem State Department hinterher, weil ich der Auffassung war, ein Partner wie Deutschland braucht eine sichere Leitung zum State Department. Und die gute Nachricht ist: Seit September 2021 steht diese sichere Leitung.

Was meine Gesprächspartnerin in diesem offenen Telefonat mir nicht sagen wollte, weil sie zu vorsichtig war, war sozusagen, wie die Gespräche, die vorher hier schon in diesem Raum Gegenstand waren, mit den Taliban verliefen, die zu diesem Zeitpunkt offenbar noch andauerten.

Also, es ging nicht sozusagen um die Evakuierung, nicht das Verlassen der Grünen Zone usw., das die Offenheit verhindert hätte und einen Austausch auf einer sicheren Leitung erfordert hätte. Es ging nur über diese Talibangespräche.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Dann gibt es hier - MAT A AA-4.48 VS-NfD, Blatt 44 - - Frau Haber, die sogenannten Five-Eyes-Staaten gelten gemein als beispiellos eng kooperierende Staatengemeinschaft. Ich würde daher an dieser Stelle sehr gerne einmal mit Ihnen ein paar Aktenfundstücke durchgehen, um ein Gesamtbild des Handelns der Fünf-Eyes-Staaten zu zeichnen, und Ihnen im Anschluss Fragen stellen.

Am 22. Mai 2021 schrieb Herr Krüger unter anderem an Sie, Frau Haber:

„...“

- geschwärzt -

„hatte das Gespräch erbeten, um herauszufinden, inwieweit wir den US-Zusicherungen vertrauten, eine führende Rolle bei der Sicherung unserer diplomatischen Präsenz zu spielen. Offenbar ist da eine Menge Misstrauen seitens UK im Spiel.“

In einer DKOR vom 28. Mai 2021, die auch an die Botschaft Washington ging, informierte dann die deutsche Botschaft in Canberra über die erfolgte Schließung der australischen Botschaft in Kabul. Diese wurde wohl mit einer Woche Vorlauf bekannt gegeben und war ursprünglich als temporäre Maßnahme gedacht. Als Grund wurden unzureichende Security Arrangements genannt, die der ungewissen Sicherheitslage nicht gerecht würden. - MAT A AA-4.08 VS-NfD, Blatt 33.

(VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

Am 4. Juni 2021 wurde in einer Mail, die auch an Sie zur Kenntnis weitergeleitet wurde, Folgendes berichtet - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich weiß nicht, Frau Dr. Haber, ob ich Sie jetzt enttäusche oder nicht, aber ich habe noch einen Themenkomplex, den ich mit Ihnen gern kurz erörtern möchte.

Und zwar hat es sowohl in Amerika als auch in Deutschland ja dann unmittelbar sozusagen nach dem Zusammenbruch in Afghanistan eine öffentliche Debatte darüber gegeben, ob das vorhersehbar war oder nicht. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran aus den amerikanischen Medien erinnern. Zumindest sind Sie in diesem Zusammenhang auch durch einen Mitarbeiter der Botschaft über Pressekonferenzen unterrichtet worden, bei denen das auch ein Thema war.

Ich würde Ihnen vorhalten und notfalls auch vorlegen, wenn Sie mögen, eine Mail - das ist MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 477 f. - Ihres Mitarbeiters. Der berichtet zum einen aus einer Pressekonferenz von Verteidigungsminister Austin und JCS Chairman General Milley. Und da heißt es unter dem Spiegelstrich „Intelligence failure“:

„[Abweichend von NSA Sullivan gestern] ND Berichte hätten drei Szenarien vorausgesagt: (i) TLB Machtübernahme nach schnellem Zusammenbruch der ANDSF/Regierung; (ii) Bürgerkrieg oder (iii) polit. Abkommen. Die Zeitlinien zu (i) hätten von einigen Wochen bis Jahren nach (!) einem US-Abzug variiert. „There was nothing that I or anyone else saw that indicated a collapse of this army and this government in 11 days“. Die von CENTCOM erarbeiteten Kontingenzpläne seien auf diese Szenarien abgestimmt gewesen.“

Und es heißt dann noch mal an anderer Stelle aus einem ABC-Interview mit Präsident Biden:

„Einen so schnellen Zusammenbruch der ANDSF habe niemand vorausgesagt.“

Und dann heißt es ergänzend aus einem Briefing durch Deputy NSA:

„Zusammenbruch der ANDSF nach 11 Tagen habe man nicht erwartet: ...“

Und Sie reagieren auf diese Berichte, die Ihnen zur Verfügung gestellt werden aus den Pressekonferenzen, mit dem Zitat:

„Aber Sie sehen schon, oder - sowohl ■[...] als auch ■[...]“ - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Stopp! Tut mir leid - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das darf ich nicht sagen. Ja, das sind die beiden - - Also, zwei Personen, zwei Gesprächspartner

„waren mir ggü von einem viel schnelleren Zusammenbruch ausgegangen. Nur ...“

- die eine -

„hatte ... die ‚not impossible‘ Möglichkeit gesehen, dass es eine verhandelte Übergabe gebe...“

Diesen Satz verstehe ich nicht so ganz. Wen meinen Sie mit „Aber Sie sehen schon“, weil das „Sie“ ist großgeschrieben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Denjenigen, der mir das zugeschickt hatte. Meine Reaktion war: Ich fand den Vorwurf einer „Intelligence failure“ etwas überzogen; denn nach meinem Eindruck und meinen Kenntnissen hatten die Sicherheitsbehörden, Sie sagten jetzt, die unterschiedlichen Szenarien, ich würde sagen, die möglichen Szenarien nicht vorhergesagt. Das konnten sie auch nicht, wie gesagt, wegen einer ganzen Reihe von Variablen, die sich sehr kurzfristig entwickelt hatten. Aber sie haben sie entwickelt, ja? Sie haben sie gesehen, darunter auch die Möglichkeit, dass es rascher geschehen konnte. Und ich fand sozusagen in der Reaktion, in der ersten öffentlichen Reaktion, dass man den Schuldigen identifizierte, und zwar gerade dort, wo die Warnungen an sich am schärfsten ausgefallen waren, das fand ich nicht richtig. Da mein Mitarbeiter bei einigen der Gespräche dabei war, war ihm das



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch bekannt, also nicht bei den Gesprächen von X und Y, wie wir sie vorhin nannten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber er kannte den Hergang. Und darauf reagierte ich, weil ich sagte: Also, so eindeutig den Schuldigen im Stück zu identifizieren, übersieht, dass die Dienste gewarnt hatten, sich auch nicht sicher sein konnten, wie schnell die Warnungen sich materialisieren würden - das nicht; aber gewarnt haben sie.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also Sie sagen, wenn ich es richtig verstehe: Es war nicht so, dass es niemand für möglich erachtet hat, dass es zu einem so schnellen Zusammenbruch kommt. - Kann man das so zusammenfassen, oder wollen Sie es vielleicht noch mal selber formulieren? Was war aus Ihrer Sicht sozusagen in Ihren Gesprächen als mögliches Szenario in diesem Zusammenhang entwickelt worden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Okay. Also, vor dem Zusammenbruch hätte ich gesagt, ein Zusammenbruch ist möglich, ist schneller möglich, als viele sagen, auch sehr abrupt. Keiner hat in der Tat von Tagen gesprochen; aber diese ganze Diskussion über Decent Interval hieß ja, dass es auch sehr viel schneller gehen könnte, und das war schon Gegenstand der Auseinandersetzungen auch intern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In einer wiederum erfolgten Reaktion auf Ihre eben gemeinsam hier erörterte Einschätzung gibt Ihr Mitarbeiter in der Botschaft ein Feedback noch mal als PS. Da sagt er:

„Es scheint jetzt ein internes blame game zwischen CIA und DNI/DoD zu geben.“

Haben Sie diese Einschätzung geteilt aus Ihrer Wahrnehmung damals in Ihren Gesprächen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wie Sie wissen, war ich zu dem Zeit- - Erstens. Nein, vorher nicht, später auch nicht mehr. Das würden Sie übrigens gegen-

über der deutschen Botschafterin auch nicht sagen - und schon gar nicht die Betroffenen. Und da war ich bereits in Deutschland, also ich war nicht mehr unmittelbar drin. Aber ich halte es für einen Charakterzug der *Conditio humana*, bei der Schuldigensuche immer den Blick ins weitere Umfeld zu richten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU) Genau. Jetzt haben Sie zwei Stichworte geliefert, nämlich „Suche nach Schuldigen“ und „Deutschland“. Es hat ja in Deutschland eine ähnliche Debatte gegeben, ausgehend von auch hier sozusagen der Zuverlässigkeit nachrichtendienstlicher Informationen. Deswegen vorab meine Frage: Sind Sie im Hinblick auf Lageeinschätzungen Afghanistan durch den BND in irgendeiner Weise direkt oder durch das Auswärtige Amt informiert worden?

Zeugin Dr. Emily Haber: Die Botschaft bekommt die Berichte auch. Ich weiß nicht, ob alle; aber wir bekommen die Berichte - oder bekamen sie.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so. Also Sie bekamen die Berichte des deutschen - - also des BND, zur Lage in Afghanistan auch zur Verfügung gestellt.

Zeugin Dr. Emily Haber: Wir bekamen Berichte auch zur Lage in Afghanistan.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann will ich die Frage etwas anders konkretisieren. War Ihnen im Sommer 2021 bekannt, dass der BND in seinem Szenario zur zukünftigen Entwicklung in Afghanistan sogenannte Kippunkte identifiziert hatte, die eine Machtübernahme durch die Taliban stark beschleunigen konnten? Also, kannten Sie die vom BND entwickelten Szenarien und die von dort selbst identifizierten Kippunkte?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich kann, da ich später das in der Presse gelesen habe, jetzt nicht mehr rekonstruieren, was ich damals wusste und jetzt weiß.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, dann teilen Sie uns doch bitte beides mit. Alles, was Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

wissen, können Sie uns gerne mitteilen, also sofern es im Untersuchungszeitraum ist.

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich wusste nicht - - Also, ich weiß nicht, ob ich damals von diesem Bericht gehört habe oder später, nicht? Und ich kann es auch nicht mehr rekonstruieren. Nein, ich kann das nicht seriös beantworten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich Ihnen jetzt doch gerne einen Vorhalt machen, und zwar hat MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt 168; das ist unsere Nummer 5-33, bitte.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so. Also, diesen Bericht hätte ich nicht gesehen - insofern kann ich das jetzt mit ziemlicher Sicherheit sagen -, weil er abgegangen ist am 26.08. Zu dem Zeitpunkt war ich nicht mehr da, und ich bezweifle, dass ich nach meiner Rückkehr aus Washington mir Prognoseberichte des BND, wenn die Botschaft sie denn erhalten hätte, für Ende August und Anfang September angeguckt hätte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, dieses Dokument, das ich Ihnen habe vorlegen lassen, trägt das Datum 26.08. - das stimmt -, aber das ist ein Beitrag des BND bei der Krisenstabsitzung am 13.08., -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ach so, vom 13.08.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - also genau in dieser heißen Phase. Nur noch mal zur Erinnerung: -

Zeugin Dr. Emily Haber: Ah ja, ich weiß.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - Am 12.08. war dieses Abendessen, Sie kabela nach Deutschland: Eilig! Es könnte sozusagen das Thema „einvernehmliche, friedliche Übernahme der Stadt Kabul an die Taliban“ geben. Und am nächsten Tag ist Krisenstabsitzung, dort trägt der BND vor - also, ich will es noch mal zitieren -: Der BND hat

wohl offensichtlich dort die militärische Bewertung - - hat die Bewertung dort abgegeben, dass eine militärische Einnahme der Hauptstadt Kabul durch die Taliban vor dem 11.09.21 „eher unwahrscheinlich“ sei.

Und dann werden Kippunkte, also Isolierung der Stadt Kabul, aber insbesondere eben auch, wenn Sie auf der zweiten Seite schauen, „Deal der Eliten mit den Taleban in Kabul oder Doha“ - - Und das ist jetzt sicherlich etwas, was Sie nicht kennen; -

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - aber die Frage ist, ob Sie den Inhalt der Einschätzung des BND, also vor dem 11.09. „eher unwahrscheinlich“, aber Kippunkte - - ob Sie diese Kenntnis hatten, dass das die Lageeinschätzung des BND war.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich würde es nicht beschwören, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass ich das nicht gesehen habe. Ich weiß halt jetzt davon, weil ich es sozusagen schon vor längerer Zeit in der Presse gelesen hatte. Deswegen sozusagen vermengt sich das. Ich bin mir auch ziemlich sicher, dass, wenn das der Beitrag bei der Krisenstabsitzung war, am 13., das heißt also an einem Freitag, und ich ab Sonntag im Urlaub war - - Das habe ich nicht gesehen. Also, wie gesagt, ich weiß jetzt von diesen Kippunkten, aber ich glaube, damals habe ich es nicht gewusst. Und mir wäre wahrscheinlich eher aufgefallen, dass eine militärische Einnahme usw. am 11. - - vor dem 11.09. eher unwahrscheinlich ist. Und ich meine, das ist eine Prognose vom 13.08. Da hätte ich mir vielleicht auch Fragen gestellt, also angesichts der Gespräche, die ich geführt hatte, ohne dass da Daten genannt worden sind, aber eben die Möglichkeit einer raschen und sehr dynamischen Welle.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, die Fragen stelle ich mir eben auch, die Sie sich jetzt gerade andeutungsweise gestellt haben. Ich will noch mal den zeitlichen Zusammenhang herstellen. Also, am 12.08. haben Sie dies Abendessen, was Sie zu dieser Sofortmeldung an die Leitung des Auswärtigen Amtes, an die Staatssekretärin,



Nur zur dienstlichen Verwendung

veranlasst, so nach dem Motto: USA lassen sich, wenn ernst gemeint, auf eine friedliche Übergabe der Macht ein, sage ich jetzt mal so verkürzt. Entschuldigen Sie, dass das nicht so präzise ist, wie Sie es vorhin beschrieben haben.

Und dann am nächsten Tag tagt der Krisenstab, und der BND sagt: Also, ist eigentlich „eher unwahrscheinlich“ vor dem 11.09., es sei denn, es gibt irgendeinen Deal. - So. Also, am Abend wird über einen möglichen Deal gesprochen; am nächsten Tag sagt der BND: „Wir haben noch Zeit“, sinngemäß, es sei denn, es gibt einen Deal. - Sie hatten beide Informationen. Dann stellt sich natürlich die Frage - und deswegen ist meine Frage an Sie -, ob Sie in der Nachfolge mit der Staatssekretärin Leendertse noch mal drüber gesprochen haben, warum eigentlich in der Krisenstabsitzung am 13.08. ausgehend von Ihrem Bericht vom 12.08. abends nicht gesehen worden ist, dass vielleicht doch dieser Kipppunkt vor dem 11.09. erreicht wird. Ist das noch mal Gegenstand von Gesprächen gewesen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, nie. Aber bedenken Sie: Am Wochenende danach implodierte alles. Ab Sonntag war ich in Deutschland, und wir waren dann, also alle Beteiligten, in einer völlig anderen Umdrehung. Insofern ist da eine Analyse nicht mehr erfolgt, also jedenfalls nicht im Verhältnis zu mir.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen herzlichen Dank. - Jetzt würde ich noch ein paar abschließende Fragen zum Review-Prozess haben; das war ganz am Anfang Ihrer Vernehmung heute schon mal ein kurzes Thema. Können Sie vielleicht noch mal für mich zusammenfassend sagen, worauf sich aus Ihrer Sicht dieser Review-Prozess bezog? Also, ging es um eine Relativierung der Festlegung im US-Taliban-Abkommen - also Abzugszeitpunkt oder die Abzugsfrage überhaupt -, oder ging es nach Ihrer Erinnerung eher um Details aus dem Abkommen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein, nein. Es ging um das ganze große Bild. Es ging um sämtliche Facetten, Folgen, Möglichkeiten, Optionen, Risiken, die mit einem Abzug oder mit einer Entschei-

dung gegen einen Abzug und den Sicherheitsfolgen zu tun hatten. Und da sind alle möglichen Leute gehört worden: frühere Botschafter, frühere Militärs, die in Afghanistan gedient haben, Thinktanks, Kenner Afghanistans, Leute, die im Transitionsteam waren. Also, es ist wirklich das große Bild zusammengetragen worden, damit eine Entscheidung, die am Ende des Tages getroffen werden sollte, in Kenntnis sämtlicher Risiken, Folgen und möglicherweise unbeabsichtigter Folgen getroffen werden konnte, gewissermaßen verantwortlich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, aus Ihrer Sicht war, wenn ich das so sagen darf, alles möglich. Es gab keine Festlegungen der Biden-Administration auf der Grundlage der von Ihnen geführten Gespräche, die darauf hindeuteten, dass es auf jeden Fall bei den Verabredungen bleiben würde.

Zeugin Dr. Emily Haber: Was mir und zweifellos auch allen anderen ausländischen Gesprächspartnern in Hauptstädten und in Washington immer wieder gesagt worden ist: „Der Review-Prozess ist offen; eine Entscheidung ist noch nicht getroffen“, was natürlich sozusagen in der Sache schon wahr war, aber keine Aussage darüber enthält, welche Neigungen oder Vorfestlegungen es trotzdem gegeben haben mag.

Wir wussten, dass in dem Review-Prozess auch scharfe Kritiker des Rückzugs zu Worte kamen. Wir wussten, dass in dieser Zeit viele sehr kritische Studies veröffentlicht worden sind über die Entscheidung; zum Beispiel der Bericht der Congressional Study Group lässt da ja wirklich nichts mehr offen. Wir wussten, dass zum Beispiel im Institute of Peace, wo viele dieser Diskussionen stattfinden, die Frage gestellt worden ist: „Können die Verbündeten eintreten in die Rolle, die wir Amerikaner spielen?“ oder: „Können Sicherheitskräfte die Gewährleistung der Sicherheit übernehmen?“ oder: „Was passiert eigentlich, wenn wir das Abkommen fallen lassen? Was bedeutet das für die Gewaltbereitschaft der Taliban und das Wiederaufflammen der Angriffe gegen amerikanische Ziele?“



Nur zur dienstlichen Verwendung

All das ist diskutiert worden, und das wussten wir. Und das führte wahrscheinlich - sozusagen in der Gesamtschau - zu der Annahme, dass der Review-Prozess auch wirklich offen war. Kommt hinzu, dass jemand wie Austin öffentlich gesagt hatte: Wir brauchen weiterhin einen Footprint, und wir brauchen den Condition-based Approach. - Es gab das ständige Mantra: Die Bedingungen müssen umgesetzt werden, und natürlich ist alles condition-based. - Das trug sozusagen zu der Wahrnehmung bei: Dieser Prozess ist wirklich offen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber das heißt nicht, wie gesagt, dass es nicht doch gewisse Weichenstellungen gab, die sich aus der früheren Erfahrung mit Afghanistan ergaben - nicht wegen Trump, sondern wegen Biden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Zu diesen Gesprächen wollte ich noch eine abschließende Frage stellen. In einem E-Mail-Verkehr - das ist MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 406 ff. - gibt es eine Korrespondenz zwischen der Botschaft und AP 05 zu den Gesprächen; ich weiß nicht, ob Sie sich so daran erinnern, ob wir es kurz vorlegen sollen. Da geht es, ausgehend von den vielen Gesprächen, die geführt wurden, um die Frage: Wie kommt eigentlich die Ankündigung Bidens an? Wie wird das gesehen, und wie wird das eingeschätzt? Und da schreibt Ihr Mitar-

Zeugin Dr. Emily Haber: Können Sie mir das Datum sagen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das ist zwischen dem 23. April 2021 und 26. April 2021. Sollen wir es eben vorlegen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nee, jetzt - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Da wird geschrieben:

„Viele Republikaner und Demokraten haben sich ja positiv zur Ankündigung Bidens geäußert. Negative Stimmen gab es zwar,

diese haben sich jedoch bislang nicht in Gesetzgebungsvorhaben ausgedrückt. Auch Sen.“

- Senator X -

„der sich zwar sehr scharf geäußert hat, hat bisher keinen Gesetzentwurf zum weiteren Verbleib der US-Truppen in AFG eingebracht.“

Also, insgesamt, würde ich mal sagen, liest sich das eher so, als ob es keine Verlängerung des Mandates und kein Rollback für das US-Taliban-Abkommen geben würde. Zumindest ist das der Stand April 21.

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber das ist ja - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Würden Sie diese Einschätzung teilen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Aber das war doch eine Mail, die geschrieben worden ist - ich weiß nicht - eine Woche nach der Ankündigung über die Timelines.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, ja.

Zeugin Dr. Emily Haber: Das war zu einem Zeitpunkt, als zwar das Pentagon davon sprach: „Wir sprechen nicht mehr von einem Condition-based Approach, sondern einem Timeline Approach“, gleichzeitig aber, muss man im Nachhinein sagen, die Illusion zu einem gewissen Grad fortbestand, dass sich die gewünschten Bedingungen auch mithilfe anderer Mittel - diplomatischer, EZ-Mittel usw. - aufrechterhalten ließen.

Also, da gab es noch keine kritische Debatte. Es gab durchaus, ich würde nicht mehr sagen: kritische, aber doch resignative Debatten, dass diese Entscheidung unaufhaltbar gewesen sei und unvermeidlich gewesen sei, dass in der amerikanischen Öffentlichkeit der Krieg extrem unpopulär und als Ausweis eines viel zu langen militärisch-politischen Overreach der Vereinigten Staaten galt usw. Aber zum gleichen Zeitpunkt, Ende April, beginnen auch schon die ersten Diskussionen, zum Beispiel auf dem Hill in Anhörungen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

über Contingents* und darüber: „Wie soll eine Struktur aussehen, die die Organisation von Evakuierungen in die Hand nimmt?“ usw.

Also, was Sie sagen oder was Sie wiedergeben, war so, aber es gehört in einen größeren Kontext.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wenn ich eine abschließende Frage stellen darf, würde ich auch versprechen, mich nicht mehr zu melden - bei dieser Zeugin.

(Heiterkeit)

Wenn Sie das jetzt alles insgesamt - - also diesen Zeitraum April 21, nach der Rede oder der Festlegung Bidens, und auf der Grundlage und vor dem Hintergrund der von Ihnen bis dahin geführten Gespräche: Würden Sie sagen, dass spätestens im April 2021 der Abzug der Amerikaner unumkehrbar war?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Ganz herzlichen Dank, Frau Dr. Haber.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Es geht weiter mit Bündnis 90/Die Grünen und Sara Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. - Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass in dem Kontakt zwischen Berlin und Washington deutscherseits nicht nur Sie als Botschafterin das immer direkt mit der Staatssekretärin besprechen, sondern das meiste auf der Arbeitsebene passiert. Wir haben auch gehört, dass Sie dann sehr schnell reagiert haben, als Sie eine Einschätzung bekommen haben zu der Frage: Können sich die Taliban vorstellen, eine Übergabe der Stadt mit den Amerikanern zu verhandeln? - Haben Sie diese Info nicht nur per E-Mail nach Berlin geschickt in einen kleinen Kreis, sondern auch in Ihrem Haus nach unten gegeben und, wenn ja, an wen, also an welche Abteilung oder welche Stellen?

Zeugin Dr. Emily Haber: In der Politischen Abteilung wussten über solche Sachverhalte immer

der für das Land zuständige Referent und der Abteilungsleiter „Politik“ Bescheid. Ich habe Informationen nur in den Fällen - hoffe ich jedenfalls - nicht weitergegeben, in denen ich ausdrücklich um Diskretion gebeten worden bin; denn das halte ich mit religiöser Disziplin ein, sonst kriegt man nämlich keine Informationen mehr. Aber ansonsten wussten die mit Afghanistan Beteiligten Bescheid.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir einmal darstellen, auf welchem Weg dann so eine Information auf der Arbeitsebene wiederum nach Berlin kommen würde? Oder ist das dann die Sackgasse?

Zeugin Dr. Emily Haber: Wenn ich Informationen weitergebe nach Berlin, dann bin ich diejenige - - also war ich diejenige, die Informationen weitergab, und es kann nicht konkurrierende Kanäle geben. Dann muss Berlin entscheiden, wer in Berlin die Informationen braucht. Ansonsten habe ich keine Steuerungshoheit und kann nicht gewährleisten, dass bei kritischen oder sensiblen Informationen der Kreis der Betroffenen so überschaubar bleibt, wie ich ihn haben will.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur mal zum Verständnis: Das heißt, wenn jetzt eine Person, die von Ihnen in Washington informiert wurde, mit einer Person in Berlin spricht, die das aber noch nicht von der eigenen Hausleitung, dann in dem Fall Frau Leendertse, runtergegeben bekommen hat, dann wäre Ihr Mitarbeiter in Washington nicht autorisiert gewesen, diese Information am Telefon, per E-Mail, bei einem zufälligen Gespräch weiterzugeben an die Berliner Seite?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ich will nicht ausschließen, dass es geschehen ist, und es ist bestimmt auch öfter geschehen. Aber eine Mail wie diejenige, von der Sie jetzt sprechen, vom Abend des 12.04.*, darüber werden meine Kollegen Bescheid wissen. Aber wenn ich entscheide, dass der Verteiler klein sein muss angesichts der Sensibilität des Zusammenhangs und des Gesprächspartners, dann gehe ich fest davon aus, dass sich meine Mitarbeiter an die Entscheidung gehalten hätten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke dafür. - Ich würde noch mal zurückkommen auf das, was Sie ausgeführt haben - das ist ja im Prinzip eine strategische Analyse, die Sie gemacht haben - zu den nicht erfüllten Gelingensbedingungen des US-Taliban-Abkommens. Sie haben gleichzeitig - und das finden wir auch in einigen DKORs wieder - immer wieder schon Einschätzungen abgegeben - heute auch - zu der Frage: Ist Biden wirklich so offen, wie die Administration das zwischendurch suggerieren wollte? Ehrlicherweise sind Sie die Erste, die das so klar auch in der Kombination hier vorgetragen hat, und es ist meiner Meinung nach auch eine wesentliche Beurteilung, die im Widerspruch stand zu dem, wie in Berlin sowohl auf das Abkommen als auch auf die Haltung von Biden geschaut wurde. Das ist Ihnen sicher schon währenddessen aufgefallen. Deswegen die Frage: Wie sind Sie damit umgegangen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, mein Blick auf die Plausibilitäten war letztlich ein kontrafaktischer. Denn die Amerikaner sagten uns - noch einmal - auf allen Ebenen: „Es ist ein offener Review-Prozess“, „Die Entscheidung ist noch nicht getroffen“, „Wir hören alles an“, „Es zieht sich noch, weil die Entscheidungen nicht getroffen wurden“ usw. Das war immer die Auskunft.

Insofern war eine Einschätzung von mir, die sich darauf zurückzog, zu sagen: Schaut euch die Geschichte dieses Mannes an! Schaut euch an, wie er in der Diskussion über COIN und den Surge behandelt worden ist! Schaut euch an, wie er in der Presse verrissen worden ist! Schaut euch an, wie konsistent er bei seinem Votum für eine Reduzierung und CT war!

Ich fand, das waren sozusagen relevante Kontextinformationen. Aber - noch einmal - daraus zu schließen, dass wir Indizien hätten, dass er ganz klar vorher festgelegt war, war kontrafaktisch. Es war sozusagen eine Einschätzung, die ich aus der Kenntnis der längeren Diskussion gewonnen hatte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben auch ein Dokument dazu. Und zwar gibt es ein Brainstorm-Ergebnis von Ihrem Referenten

Herrn N.; das ist MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 74 bis 75. Da geht es um die Frage, ob man noch mal andere oder ein bisschen deutlichere Botschaften Richtung Berlin gemeinsam senden kann von Washington aus. Und da steht dann unter dem Stichwort „Erwartungsmanagement ggü Berlin“:

„Wir müssen Berlin aber vlt. auch klar machen, dass es eben auch unter Demokraten viele Befürworter des „ending the endless wars“ Ansatzes gibt. Fast 20 Jahre lang COIN“

- Counterinsurgency -

„hinterlasse hier Spuren, die Veteranen werden zu kostspieligen Problembären. Der unten aufgedröselte Punkt ist vlt. auch mal etwas für die ML“

- Morgenlage -

„mit Leitung. Erst recht nach dem 6.1.“

Das ist, wie gesagt, vom 14.01.21. - Hatten Sie das Gefühl, dass Ihnen das Erwartungsmanagement gegenüber Berlin gelungen ist im Frühjahr 21?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ihre Frage unterstellt, dass wir uns völlig sicher sein konnten mit unserer Einschätzung. Das war aber auch nicht der Fall. Es war sozusagen eine Tendenzeinschätzung, und die haben wir weitergegeben. Sie stand, wie gesagt, im Widerspruch zu den schieferen Fakten dessen, was uns gesagt worden ist, was auch richtig war. Aber wenn jemand Ihnen sagt: „Die Entscheidung ist noch nicht getroffen“, heißt das nicht: Es ist alles offen. - Es heißt eben nur: Die Entscheidung ist noch nicht getroffen, und wir sind noch nicht durch alle Motions der Erörterung der kritischen Folge-, Nebenwirkungen oder Risiken durch. - Das sozusagen war der eigentliche Subtext der Auskunft „Die Entscheidung ist noch nicht getroffen“. Aber so, wie es formuliert wurde, und in Verbindung mit dem Mantra des Condition-based Approach und mancher anderer Nuancen, die aus Washington



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlich kamen, hat er in der Tat einen Eindruck hier verfestigt, dass Offenheit Offenheit meint.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es ja auch als Deutschland sozusagen mit der diplomatischen Sprache: „Die Entscheidung ist noch nicht getroffen.“ Ich kenne es jetzt aus dem Bereich der Rüstungsexporte; da gibt es die echte und die unechte Zurückstellung. Da heißt auch „Die Entscheidung ist nicht getroffen“ - obwohl die Entscheidung getroffen ist - Nein, also im Fall der unechten Zurückstellung.

Haben Sie das mal mit Berlin ventiliert, die Frage: „Würden die Amerikaner uns eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt, wo die das auch mit der NATO noch nicht besprochen haben oder wo sie es auch intern noch nicht abräumen konnten, bilateral etwas sagen?“? Sie hatten ja gesagt, es gab auch innenpolitischen Druck, wirklich drüber nachzudenken, also es wirklich zu prüfen. Haben Sie das mal in der Botschaft besprochen oder auch mit Berlin, ob die USA Ihnen als Botschafterin eigentlich das sagen würden, wenn sie es schon entschieden hätten und es eben eine unechte Zurückstellung ist?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich glaube, sie haben tatsächlich nicht entschieden. Aber, wie gesagt, „nicht entscheiden“ heißt nur, dass es noch nicht entschieden ist und dass der Prozess der Erörterung noch andauert, der aus meiner Sicht auch damals schon erforderlich war, weil es eben um eine Frage von höchster Brisanz ging, nämlich eine gigantische amerikanische politische, finanzielle, militärische Investition - und westliche natürlich - in Afghanistan. Deswegen musste das sozusagen vollkommen in einem Prozess abgesichert sein.

Wir haben immer wieder gesagt oder zitiert, dass eine Rücknahme der Entscheidung für unwahrscheinlich gehalten wird von Leuten aus der Demokratischen Partei. Aber so, wie Sie es gerade auf den Punkt gebracht haben, haben wir gesagt: Eine nicht getroffene Entscheidung und ein laufender Prozess sind nicht eins zu eins gleich-

zusetzen mit einer tatsächlichen Ergebnisoffenheit. Also so, in dieser Präzision, habe ich das, glaube ich, nicht formuliert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragungszeit, und das Wort hat die AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Haber, am 17.08.2021 berichtete laut MAT A BND-3.183 VS-NfD, Blatt 93 ein offenbar in den USA arbeitender BND-Beamter an die Zentrale in Berlin von seinem Gespräch mit einem politischen Referenten der deutschen Botschaft in Washington, D. C. In dem Gesprächsvermerk hieß es unter der Überschrift „Mangelnde Kommunikation der Amerikaner mit dt. Botschaft vor Ort“ folgendermaßen - ich zitiere -:



Zitat Ende.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Frau Dr. Haber, können Sie uns bestätigen, dass Ihnen von US-Seite am Wochenende 13. bis 15.08. signalisiert worden ist, die Füße stillzuhalten? Und ist es zutreffend, dass sich das Lagebild Ihrer Botschaft bereits am 17.08. so darstellte, dass die USA den Deutschen aus demjenigen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grund nicht über den Rückzug aus der Stadt Kabul informierten, weil man einen Dominoeffekt verhindern wollte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der zweite Teil der Frage ist reichlich suggestiv. Deswegen - es ist ja eigentlich immer die gleiche Übung -: Der erste Teil der Frage kann bitte beantwortet werden, der zweite Teil so nicht.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, ehrlich gesagt, mir klingt das - ohne jemandem zu nahe treten zu wollen - irgendwie wie eine ziemlich konfuse Feststellung. Ich hatte an dem ganzen Wochenende Kontakte zu den Amerikanern. Mir hat niemand gesagt: „Füße stillhalten!“; ich wüsste noch nicht mal, wie ich das ins Englische übersetzen sollte. Ich habe von den Amerikanern, wie ich hier mehrfach erläutert habe, also von meinem amerikanischen Gesprächspartner oder meiner Gesprächspartnerin, gehört, welches die Entscheidungen in Bezug auf die amerikanische Botschaft in Kabul sind. Das hatte Folgen für uns. Er oder sie haben das weitere Vorgehen beschrieben, ein Statement des Präsidenten angekündigt. Und alles andere halte ich hier für gequirkten Unsinn.

Joachim Wundrak (AfD): Das ist Ihre Bewertung. - Darf ich die zweite Frage noch mal neu formulieren?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das kommt darauf an, wie Sie es machen.

Joachim Wundrak (AfD): Sie hatten ja eben auch schon mal erwähnt, dass durchaus die eine oder andere Kommunikationshürde oder ein Kommunikationsproblem bestand. Ist Ihnen mitgeteilt worden von den Amerikanern - im Nachhinein -, dass das aus dem Grund so geschehen ist, um ebendiesen Dominoeffekt der Räumung der Botschaft zu verhindern?

Zeugin Dr. Emily Haber: Nein. Mir gegenüber ist nur thematisiert worden die nicht erwartete Flucht von Ghani, während man auf amerikanischer Seite noch von fortdauernden Gesprächen ausging, und der Gefängnisausbruch, der die

Sicherheitslage in der Hauptstadt über Nacht paradigmatisch verändert habe.

Joachim Wundrak (AfD): Bei der Durchsicht der Beweismaterialien fällt immer wieder auf, wie unterschiedlich man in Berlin und Washington über den Einsatz in Afghanistan dachte. Während die Bundesregierung dem Bundestag und auch der deutschen Öffentlichkeit immer wieder versicherte, es gehe im Afghanistan-Einsatz um Menschenrechte, Mädchenbildung und Demokratieförderung, stellte Joe Biden am 14.04.2021, an dem Tag, als er öffentlich entschied, den Einsatz zu beenden, öffentlich klar, dass es in Afghanistan in erster Linie um die Vergeltung für 9/11 gegangen sei und dass es für die USA nun darum gehe, sich drängenderen Aufgaben zu widmen.

Sie, Frau Dr. Haber, teilten am selben 14. April laut MAT AA-4.39 VS-NfD, Blatt 399, in einer Nachricht an Ihre Botschaftsangehörigen mit, dass Sie auch im Gespräch mit republikanischen Abgeordneten die Unvermeidlichkeit des Abzuges herauspürten, und notierten, dass man in den USA keinen Wahlkreis gewinnen könne, wenn man sich für einen Verbleib in Afghanistan einsetze.

Am 31. August 2021, also am Ende dieser Chaostage, stellte Joe Biden dann öffentlich klar, dass mit dem vollzogenen Abzug aus Afghanistan das Zeitalter der Militäreinsätze zum Zwecke des Nation Building erloschen sei; das ist MAT A AA-4.36 VS-NfD, Blatt 5.

Frau Dr. Haber, haben Sie im Untersuchungszeitraum mit Vertretern der Bundesregierung - Staatssekretären, Bundesministern - über diese bezüglich des Afghanistan-Einsatzes eklatant unterschiedlichen Zielsetzungen Berlins und Washingtons gesprochen, und, wenn ja, wie wurde diese Problematik reflektiert?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich würde nicht sagen: „gesprochen“, aber es war Gegenstand der Berichterstattung. Die Amerikaner hatten mit dem 14.04. den sozusagen endgültigen und klaren Schwenk vom vorher immer noch hochgehaltenen Condition-based Approach hin zu einer Zeitlinie vollzogen. Sie haben selbst danach immer



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch von den wünschbaren und angestrebten Bedingungen vor Ort gesprochen - allerdings, wie gesagt, durch andere Mittel, von EZ, Diplomatie und Legitimitätsversprechen ausgehend.

Das war sozusagen - - Sie haben das nicht völlig fallen gelassen. Und erst Ende des Monats August - das sagen Sie mit Recht - haben die Amerikaner öffentlich gesagt: Das ist das Ende des Zeitalters des Nation Building. - Aber es ist nicht so klar, wie Sie eingangs insinuiert haben. Auch die amerikanische Haltung und die Distanzierung und dann sozusagen der harte Schnitt haben sich erst über die Wochen entwickelt. Wie gesagt, der Schlussakkord war dann die Rede Bidens Ende August.

Joachim Wundrak (AfD): Haben Sie denn im Zuge dieser Entwicklung - das sind ja jetzt dann doch Jahre; Untersuchungszeitraum sind andert-halb Jahre - jemals aus deutscher Sicht Überlegungen zur Kenntnis genommen, den Einsatz frühzeitig zu beenden, wie es zum Beispiel die Franzosen getan haben?

Zeugin Dr. Emily Haber: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was ich beantworten kann, ist, dass die Zeit zu Ende ist. - Wir wechseln zur FDP. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Wir haben noch einige wenige abschließende Fragen. Das Thema Kommunikation ist ja heute schon verschiedentlich aufgekommen. Sie hatten auch schon darauf hingewiesen, dass zwischen US-Vertretern und deutschen Stellen unterschiedliche Wahrnehmungen dazu herrschten, ob Deutschland ausreichend frühzeitig in den Prozess eingebunden wurde. Ist Ihnen bekannt, ob dieser Eindruck auf deutscher Seite stark genug war, um dies bei den USA aktiv anzusprechen?

Zeugin Dr. Emily Haber: Oh ja, bei jeder Gelegenheit; doch, doch. Es setzt schon in den Trump-Jahren ein mit den laufenden unipolaren Momenten, in denen die Amerikaner Ankündigungen machen, die entweder den eigenen Interagency-

Prozessen widersprechen oder vorherigen und älteren Zusagen oder Ansagen uns gegenüber widersprechen. Das ist immer wieder thematisiert worden.

Als die Biden-Administration übernahm, war die Erwartung sehr stark, dass man zu einem sozusagen regulären Konsultationsmodus zurückkehren würde. Und das war auch das, was die amerikanische Regierung wollte, nämlich im Verein mit den Verbündeten Interessen und Lösungen zu definieren und zu verfolgen. Wie ich eingangs beschrieben habe, ging das anfangs ziemlich holprig vonstatten, was auch mit Gründen zu tun hatte, die sozusagen afghanistanfern waren: Covid zum Beispiel oder die Regeln für Kontakte mit Angehörigen des Transitionsteams usw. Für die Administration bot das eine Art Deckung dafür, dass sie diesen Prozess völlig konzentriert auf sich selber verfolgen konnte.

Es gab trotzdem Kontakte, und wir hatten viele Möglichkeiten, unsere Positionen einzufüttern. Und wir haben das auch getan, sowohl direkt von Berlin aus als auch von der Botschaft aus. Und das ist immer in engster Abstimmung mit Berlin geschehen. Also, das überragende Interesse Deutschlands in einer solchen Situation ist, dass wir einen einheitlichen Auftritt haben. Wenn wir keinen einheitlichen Auftritt haben, unterminieren wir unsere Möglichkeit der Interessensdurchsetzung von vornherein. Also haben wir da mit Berlin immer an einem Strang gezogen.

Aber es blieb auf beiden Seiten eine leicht auseinanderlaufende Wahrnehmung. Das war, wie gesagt, sehr stark dem sehr speziellen Verhalten des Afghanistan-Beauftragten zuzuschreiben, der oft intransparent gewirkt hat und die Karten an der Brust gehalten hat und sozusagen seine direkten Kanäle nicht kompromittieren wollte, indem er andere beteiligte. Also, das ist einfach eine Wahrheit. Auf deutscher Seite festigte sich der Eindruck, dass es zwar Konsultationen gab, aber ohne dass wir wirklich gehört wurden. Und da dieser lange Review-Prozess - nach all den Ansagen, dass alles ergebnisoffen sei - tatsächlich zu der Fortsetzung des Status quo - nur eben endgültig - führte, verstärkte sich das noch. Aber auf amerikanischer Seite ist die Wahrnehmung ganz



Nur zur dienstlichen Verwendung

anders gewesen. Das haben die Amerikaner mir oft gesagt: „Wir haben euch doch laufend konsultiert; wir haben euch gefragt; ihr habt mit uns gesprochen; wir haben Papiere von euch gesehen; wir haben mehr mit euch gesprochen als mit anderen“, was nicht falsch ist, aber nach der Vorgeschichte und nach dieser Erfahrung hier geht sozusagen - - nimmt eine große Entwicklung ihren Gang, ohne dass wir tatsächlich die Möglichkeit haben, das anzuhalten oder komplett umzusteuern. Das war halt geprägt durch die Erfahrung: Am 14.04. ist eine Entscheidung getroffen worden, die sozusagen unseren Interessen und dem, was wir eingefüttert haben, widerspricht. Und das setzte eine Erfahrung fort, die noch anderthalb Jahre älter oder eigentlich ja noch älter war.

Also, sozusagen das war die Gemengelage. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt wirklich den Eindruck, dass die Amerikaner eine Konsultation nicht wirklich wollten, sondern einfach nach vorne marschieren. Die amerikanische Seite hatte genuin den Eindruck, sie konsultieren jetzt wieder, sie kehren zu einem früheren multilateralen Verhalten zurück. Und das ist die Wahrnehmung in Berlin ganz sicher nicht gewesen, auch aus guten Gründen.

Peter Heidt (FDP): Ja, sehr interessant. Vielen Dank. - Wissen Sie eigentlich, ob es im AA eine interne Aufarbeitung des Prozesses um die Botschaftsevakuiierung gegeben hat?

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, das ist eine Frage, die Sie meinen Kollegen im AA stellen müssen.

Peter Heidt (FDP): Ja, das werden wir noch tun. - Und vielleicht einfach so abschließend: Wie sind Ihre persönlichen Lehren oder Meinungen zu der Situation in Befassung mit dem Untersuchungsgegenstand? Was würden Sie da so abschließend sagen? Lessons learned, wie man so schön sagt.

Zeugin Dr. Emily Haber: Also, es ist ja immer so eine Sache, wenn man vom Ausblicksüberl des Ruhestandes -

Peter Heidt (FDP): Gerade deshalb ist es, glaube ich, interessant, weil Sie ein bisschen Abstand haben.

Zeugin Dr. Emily Haber: - sozusagen mit Wertungen freigiebig ist. Aber ich will vielleicht sagen, was ich damals dachte und was ich heute auch denke. Und das ist: Ich habe ja von vielen gehört - ich weiß nicht, ob Sie das hier im Untersuchungsausschuss auch gehört haben -, dass es an Strukturen lag, dass wir, wenn wir Strukturen hätten wie die Amerikaner mit dem NSC, mit einem Nationalen Sicherheitsrat, in einer anderen Lage gewesen wären. Und das bezweifle ich. Ich glaube nicht, dass es ein Problem von Strukturen war. Ich glaube nicht, dass das Problem darin lag, dass Informationen nicht ausgetauscht worden sind. Manches ist nicht rechtzeitig vielleicht angekommen. Aber es ist nicht ein Problem der aus Ressortehrgeiz zurückgehaltenen Informationen gewesen; war nie mein Eindruck.

Ich hatte eher den Eindruck, dass das Problem eher kulturell war, also kulturell in dem Sinne - also, ich glaube, wir haben das eben in unserem Gespräch kurz mal angerissen - als die deutsche Politik sehr statisch auf die Grundinteressen schaute. Und die Grundinteressen waren: zu erhalten, was über Jahre und Jahrzehnte in Afghanistan an Rechtsveränderungen durch großen, großen Einsatz - militärisch, finanziell und alles Mögliche - erwirkt worden war, das zu retten. Und das sozusagen war das Grundziel. Und die Amerikaner waren da gar nicht anderer Auffassung. Sie hatten nur - - Sie waren zu einer anderen Schlussfolgerung gekommen, was die Zeitlinien und die Aufgabe einer Zeitlinie für Sicherheitsrisiken bedeuten würde.

Und dann haben sie - ich habe das vorhin konstruktive Ambiguitätstoleranz genannt - deswegen gleichzeitig sich vorbereitet auf eine Situation, die sie nicht wollten, aber die sie in der Hinterhand haben mussten. Und diese Vorbereitung widersprach natürlich, sozusagen nach außen geblickt, dem anderen Interesse. Aber das musste möglich sein, weil zu verzichten auf die frühzeitige offene Vorbereitung auf ein Szenario B, das sicherlich in gewisser Weise sozusagen die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zuwendung zu dem eigentlichen Ziel kompromittiert hätte, das haben sie ausgehalten. Und, ich glaube, das konnte die deutsche Politik weniger gut aushalten. Ich glaube, in einer solchen Situation, kulturell, wie gesagt, ist eine gewisse Ambiguitätstoleranz nötig, auch wenn man aus guten Gründen es kritisieren könnte, weil es eben einen Zielkonflikt sozusagen offenlegt und nicht kaschiert.

Peter Heidt (FDP): Eine sehr, sehr interessante Aussage. - Vielen Dank, Frau Dr. Haber.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde angekommen. Ich habe verstanden, dass das auch den Fragebedarf erschöpft.

(Abg. Joachim Wundrak
(AfD) meldet sich zu Wort)

- Bitte?

Joachim Wundrak (AfD): ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie kriegen noch eine Abschlussfrage. Ich bin mal gespannt. - Bitte.

Joachim Wundrak (AfD): ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, bin ich immer.

Joachim Wundrak (AfD): Frau Dr. Haber, am 03.05.21 stellte das Referat AP 05 ein Informationsersuchen an den BND zu einer Reuters-Meldung. In der Meldung wurden US-Beamte dahingehend zitiert, dass Washington im Februar 2020 ein Angebot der Taliban angenommen hätte, die Basen der westlichen Militärs beim Abzug aus Afghanistan vor dem „Islamischen Staat“ zu beschützen. Die Taliban hätten guten Willen dazu gezeigt, dass afghanischer Boden nicht mehr für Attacken gegen US-Interessen missbraucht werden sollte. Weiter zitierte Reuters einen westlichen Diplomaten, der die seit 2020 erbrachte Leistung der Taliban, IS-Attacken auf westliche Truppen zu verhindern, lobend erwähnt hat; das

ist MAT A BND-3.436 VS-NfD, Blatt 37. AP 05 kommentierte sein BND-Ersuchen folgendermaßen - Zitat; MAT A BND-3.436 VS-NfD, Blatt 36 -:

„Aussage, TLB schützen RS“

- das ist Resolute Support -

„Abzug wird Nachfragen provozieren, auf die wir vorbereitet sein müssen..“

Zitat Ende. - Können Sie uns Genaueres über die Inanspruchnahme der Taliban für die Deckung westlicher Truppen gegen Attacken des IS sagen und wie die US-Öffentlichkeit auf diese Reuters-Nachricht oder -Meldung reagierte?

Zeugin Dr. Emily Haber: Ich kann die Frage nicht beantworten, und ich habe keinerlei Reaktionen auf diese von Reuters kolportierte Meldung in Erinnerung.

Joachim Wundrak (AfD): Bekanntlich haben die USA am 29.02.20 -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eins ist eigentlich eins. Sie hatten gesagt, Sie haben noch eine Frage. Das war sie.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, das gehört zusammen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, das war Ihre Aussage eben. Ich nehme Sie einfach mal beim Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Dann nehmen Sie mich beim Wort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Das ist eine gute Sache. - Dann will ich vielleicht nicht als Frage, sondern eher als Bemerkung, als jemand, der ein paar Jahre in Amerika gelebt hat - - Es scheint mir tatsächlich kulturell in Amerika so zu sein, dass viele Menschen fest an Dinge glauben, die sich wechselseitig ausschließen. Und das ist, glaube ich, verbreiteter in den USA als in unseren kulturellen Zusammenhängen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann darf ich mich bei Ihnen bedanken, Frau Zeugin, auch für die lange Kondition.

Ich will Sie gerne noch darauf hinweisen, dass die Vernehmung formell nicht abgeschlossen ist, sondern Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, Irrtümer zu korrigieren oder auch Antworten zu korrigieren, wenn da was falsch wiedergegeben ist. Und danach würde der Ausschuss erst formell feststellen, dass die Befragung beendet ist.

Ich bedanke mich bei Ihnen, wünsche Ihnen alles Gute und unterbreche die Sitzung bis 18 Uhr. Dann fahren wir mit dem zweiten, dem nächsten Zeugen fort.

Zeugin Dr. Emily Haber: Danke, Herr Vorsitzender.

(Unterbrechung von
17.39 bis 18.03 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen M. H.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße nunmehr unseren zweiten Zeugen, Herrn M. H., der bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr H., Sie haben den Erhalt der Ladung am 1. und den Erhalt der Umladung am 23. November bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie auf den heutigen Tag umladen mussten.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank, den wir bereits kennen, Platz genommen. Ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie bereits wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Das bedeutet, dass Sie zwar zu prozessualen Fragen Stellung nehmen können, Sie dürfen jedoch Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen.

Haben Sie dazu Fragen?

(RA Dr. Rainer Frank
schüttelt den Kopf)

Herr H., dann bin ich zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine

uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- und berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge M. H.: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann weise ich Sie darauf hin, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb bitte ich Sie darum, das Mikrophon einzuschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und auch laut und deutlich zu sprechen.

Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Aus gegebenem Anlass weise ich aber ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass es sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge M. H.: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Was den Ablauf der Vernehmung angeht, werde ich Sie zunächst kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem gegenwärtigen Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge M. H.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss erneut zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen - oder dem, was Sie uns davon preisgeben mögen -, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge M. H.: Ich bin M. H. Ich bin 56 Jahre alt, und ich bin Soldat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und die ladungsfähige Anschrift?

Zeuge M. H.: Über den BND.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da ist uns die Anschrift bekannt. - Gut. Dann können wir loslegen. Wünschen Sie, im Zusammenhang vorzutragen?

Zeuge M. H.: Ja, ich würde gerne ein kurzes Eingangsstatement machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Zeuge M. H.: Im Untersuchungszeitraum war ich als Referent beim BND tätig. Es war meine Aufgabe, aus öffentlich zugänglichen Informationen,

sogenannten OSINT-Informationen, Berichterstattungen für das Kanzleramt für bestimmte Länder zu erstellen. In meiner Referententätigkeit hatte ich mit dem in diesem Ausschuss untersuchten Gegenstand keine Verbindung. Ich hatte diese Verbindung jedoch in meiner Tätigkeit als stellvertretender Sachgebietsleiter, wo es meine Aufgabe war, Berichterstattungen von Kollegen zu dem hier untersuchten Thema freizugeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das mit den öffentlich zugänglichen Quellen wird uns ja das Geschäft deutlich erleichtern heute.

Wenn Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht werden, stellt Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage zur Verfügung.

Gut. Dann beginnen wir mit den Fraktionen und starten wie immer bei der SPD-Fraktion und bei dem Kollegen Nürnberger. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Zeuge! Wir möchten Ihnen gern zu Beginn ein paar Fragen zu der Organisation Ihres Referates stellen, wo Sie als stellvertretender Sachgebietsleiter beschäftigt waren.

Sie waren nach unseren Unterlagen während des gesamten Untersuchungszeitraumes im Referat LAS. Können Sie uns bitte über den Aufbau und die Arbeitsweise dieses Referates informieren? Was gab es für spezielle Aufgaben im Referat? Und wir können dann die Fragen auch nacheinander einzeln gerne abarbeiten.

Zeuge M. H.: Das Referat LAS war aufgebaut in insgesamt fünf Sachgebiete. Vier Sachgebiete waren damit betraut, die Verbindung zu den jeweiligen Partnern der zugeordneten Länder zu halten. Das bedeutet, dass Materialien dort ausgetauscht wurden, dass Besuche organisiert wurden. Das fünfte Sachgebiet, in welchem ich beheimatet war, hat sich mit diesen Ländern ebenfalls beschäftigt, in der Art, dass wir für das Kanzleramt Berichte erstellt haben aus OSINT-Quellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben es jetzt bereits zweimal angeführt, dass Sie sich auf Open Source Intelligence bezogen haben. Können Sie uns darstellen, wie diese Informationen ausgewertet werden, wie man auf diese Informationen Zugriff hat und wie dieser Prozess funktioniert, ohne dass wir hier nachrichtendienstliche Methoden streifen möchten?

Zeuge M. H.: Die Beschaffung - - nein, nicht Beschaffung, sondern: Wir haben dieses Material im Internet recherchiert. Dabei war es uns immer wichtig, dass wir die Originalquelle, soweit das möglich war, herangezogen haben, also nicht eine Berichterstattung in Medien mit einer Aussage einer Person herangezogen haben, sondern nach Möglichkeit offizielle Protokolle. Dies ist möglich, indem man auf den Webseiten der entsprechenden Regierungsstellen die Protokolle abrufen. Und das war die Basis unserer Berichterstattung. Die haben wir selbst gesucht, getriggert durch Medien in vielen Fällen, aber eben dann, soweit möglich, auf Originalquelle gesucht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben das jetzt auch angesprochen, dass Sie sich vorwiegend auf im Internet veröffentlichte Informationsquellen bezogen haben. Spielten Medienveröffentlichungen und auch Social-Media-Berichterstattungen gar keine Rolle oder nur die untergeordnete Rolle, die Sie in Ihrer vorherigen Antwort dargestellt haben?

Zeuge M. H.: Wie ich das schon dargestellt habe: Insbesondere Medienberichterstattung hat getriggert, dass wir gezielt gesucht haben. Es war aber nicht die Basis für die Bewertung.

Jörg Nürnberger (SPD): Werden diese Open-Source-Informationen dann auch mit anderen auf dem üblichen nachrichtendienstlichen Weg - nicht für dieses Land, aber allgemein - gewonnenen Informationen korreliert? Wird das zusammengeführt in der Erstellung Ihrer Produkte?

(Der Zeuge wendet sich an seinen Rechtsbeistand)

Zeuge M. H.: Wir haben nur einen Partner gehabt, mit dem wir über die Länder - - nein, über eines

der Länder gesprochen haben. Ansonsten haben wir uns mit keinen Außenstehenden diesbezüglich abgestimmt.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. Die Frage ging etwas in eine andere Richtung, nämlich ob intern im Hause andere Informationsquellen da zusammengeführt wurden.

Zeuge M. H.: Intern im Hause haben wir mit anderen Bereichen uns abgestimmt, haben in vielen Fällen diesen Bereichen zugearbeitet, und auch von dort wurden wir natürlich getriggert für spezielle Aspekte.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt „bestimmte Bereiche“ - - einen etwas unbestimmten Begriff benutzt. Können Sie uns etwas Näheres über die Zusammenarbeit mit dem Referat LBA erklären?

Zeuge M. H.: Die Zusammenarbeit mit dem Bereich LBA war von einem Teil meines Sachgebietes recht intensiv. Die Berichterstattung von LBA wurde nahezu täglich von uns mit entsprechenden Informationen aus unserem Bereich ergänzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Und die anschließende Frage, nachdem wir uns jetzt auf den Dienst selber vor Ort hier konzentriert haben: Haben Sie auch regelmäßigen Kontakt mit Ihren Kollegen in der BND-Residentur in Kabul gehabt und auch von dort Informationen erhalten?

Zeuge M. H.: Mein Sachbereich hat keine Kontakte zu Kabul gepflegt.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Frage, die sich noch anschließt und die sich bezieht auf Ihre Kontakte in Richtung Auswärtiges Amt und der Botschaft in Washington und auch entsprechend vielleicht noch mit dem Referat AP 05: Gab es damals im Untersuchungszeitraum eine entsprechende Zusammenarbeit mit diesen Institutionen?

(Der Zeuge wendet sich an seinen Rechtsbeistand)

Zeuge M. H.: Wir haben nur mit unseren Dependancen, also BND-Elementen, Kontakt gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung dieser einleitenden Fragen. - Ich möchte jetzt gleich hineinspringen in die Entwicklung der Lage in Afghanistan, und zwar auf den Zeitraum im August 2021. Am 11. August 2021 geht am späteren Vormittag, 10.24 Uhr, beim BND eine Mail aus dem Bundeskanzleramt ein, die um 12.25 Uhr [sic!] an LASE weitergeleitet wird, und zwar handelt es sich hier um MAT A BND-3.204 VS-NfD, die Blätter 20 bis 25. Ich darf daraus zitieren:

„zu u.a. Agenturmeldung erbitte ich eine kurze Stellungnahme des BND, insbesondere zur Einordnung der Aussage, Kabul könne innerhalb von 30 bis 90 Tagen fallen - auch vor dem Hintergrund einer in der gestrigen ND-Lage leicht abweichenden Bewertung. Idealerweise fließt eine Einschätzung der betreffenden AND ein.

Über eine zeitnahe Rückmeldung würde ich mich freuen.“

Das Bundeskanzleramt nimmt dort offensichtlich Bezug auf eine Meldung der dpa, in welcher berichtet wird, dass die „Washington Post“ aus US-Geheimdienstkreisen berichten würde, dass Kabul innerhalb von 30 bis 90 Tagen in die Hände der Taliban fallen könnte, also viel früher als bisher von den USA angenommen. LASE wird dann von LBAE um Zusammenarbeit zum Sachverhalt gebeten. Wie haben Sie die Presseberichterstattung der „Washington Post“ eingeschätzt? Haben Sie diese Open-Source-Quelle tatsächlich bewertet, benutzt, in Ihre Lage mit eingearbeitet?

Zeuge M. H.: Können Sie mir das Dokument bitte vorlegen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Die Anfrage von LBAE an LASE wurde nicht durch mich persönlich beantwortet, sondern durch mein Team. Ich habe keine Erinnerung daran, ob mein Team die entsprechende Pressemel-

dung eingeordnet hat. Generell war unsere Arbeitsweise aber, dass wir uns auf Originalaussagen beziehen. Die gibt es in diesem Fall ja nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich stelle die Frage trotzdem, obwohl wahrscheinlich die Antwort vorhersehbar ist. Ihnen oder Ihren Mitarbeitern war also die Berichterstattung der „Washington Post“ nicht vorher bekannt?

Zeuge M. H.: Daran erinnere ich mich nicht, ob die vorher schon bekannt war.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich stelle auch die nächste Frage noch, obwohl ich vielleicht die Antwort bereits voraussehen kann. - LASE arbeitete für die Beantwortung der Fragen des Bundeskanzleramtes LBAE zu; hier beziehe ich mich auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, die Blätter 116 bis 122. Können Sie erläutern, inwieweit LASE in die Answererstellung als Sachgebiet bzw. als Referat eingebunden war? Auch diese Anlage können wir Ihnen natürlich auch vorlegen.

Zeuge M. H.: Ja, ich bitte darum.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Aus dem mir vorgelegten Dokument heraus kann ich nicht erkennen - und ich erinnere mich persönlich nicht daran -, welche Quellen in die Antwort eingeflossen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - In Ergänzung dazu: War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass im Sachbereich LBAE bereits zu möglichen Kippunkten für den Fall Kabuls gearbeitet wird und eine Vorlage in diesem Sinne erstellt werden sollte?

Zeuge M. H.: Ja, ich erinnere mich, dass LBAE eine entsprechende Vorlage zu Kippunkten erstellt hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie es zeitlich näher eingrenzen, wann Sie das erste Mal von diesen Kippunkten erfahren hatten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge M. H.: Nein, daran erinnere ich mich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Waren Sie in die Erarbeitung dieser Kippunkte zu irgendeinem Zeitpunkt mit eingebunden?

Zeuge M. H.: Wenn überhaupt, nur im Sinne der Freigabe der Berichterstattung.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es bereits vor dem Zeitpunkt dieser offiziellen Festlegung der Kippunkte, die ja erst im August tatsächlich erfolgt ist, innerhalb Ihres Sachgebietes, aber zumindest auch nach Ihren eigenen Kenntnissen, eine Diskussion innerhalb des BND darüber, dass solche Kippunkte notwendig werden oder dass solche Kippunkte erstellt werden sollten?

Zeuge M. H.: Da ich inhaltlich mit dem Thema nur im Sinne der Freigabe betraut war, erinnere ich mich nicht, ob und wann eine solche Diskussion begonnen hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Ihnen ist aber die Fassung dieser Kippunkte, die dann freigegeben wurde, tatsächlich bekannt?

Zeuge M. H.: Ich erinnere mich inhaltlich nicht daran, aber ich erinnere mich daran, dass uns - nur „uns“ im Sinne des Sachgebietes - diese Fassung zur Verfügung gestellt wurde, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Dann darf ich vielleicht an der Stelle auf drei Kippunkte hinweisen, die davon abhängen, wie sich die USA verhalten. Da geht es um den Schutz unter anderem - - Es geht nicht abschließend darum, das genau zu erläutern, aber es geht im Prinzip darum, dass sich die USA nicht mehr um die Green Zone kümmern, dass sie ihren Abzug einleiten und Ähnliches. Ich darf mich da beziehen auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, die Blätter 152 bis 156, insbesondere 156:

„Einstellung der Fremdfinanzierung des afghanischen Staates, ...“

- wie von mir erwähnt -

„Vollständiger Abzug der US-Streitkräfte, ...“

- insbesondere hinsichtlich Absicherung des Airports und der Green Zone und -

„Teil- oder Komplettabzug westlicher Botschaften, ...“

Waren Sie im Rahmen Ihres Referates, Ihrer Sachgebiete damit beauftragt, die Entwicklung hinsichtlich dieser Kippunkte auch aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen zu beobachten und zu bewerten?

Zeuge M. H.: Das ergibt sich aus dem Grundauftrag des Sachgebiets, dass wir das mitverfolgt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich an dieser Stelle ganz konkret fragen: Zu welcher Bewertung sind Sie in dieser Zeit, 11./12./13. August 2021, gelangt?

Zeuge M. H.: Ich selbst war zu diesem Zeitpunkt nicht im Dienst; insofern kann ich dazu keine Aussage treffen.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie im Nachhinein in Ihrer Rolle als stellvertretender Sachgebietsleiter von den damaligen Bewertungen erfahren, und können Sie sich daran erinnern?

Zeuge M. H.: Ja, ich habe nach meiner Rückkehr dazu Informationen von meinem Team bekommen. Und ich erinnere mich an die Kernaussage, dass bis zum Tag vor dem Abzug der Amerikaner die Einschätzung getroffen wurde, dass dies nicht erfolgen würde, weil es eine Gefährdung der Partner der Amerikaner darstellen würde.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf in dem Zusammenhang aus der gleichen MAT-Nummer zitieren. Aus dem Entwurf einer Antwort an das Bundeskanzleramt heißt es zu diesen drei Kippunkten:

„Der BND wird unverändert die Bedrohungs- und Sicherheitslage überwachen/evaluieren und anlassbezogen berichten. Dennoch



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann zu bestimmten Ereignissen lediglich nachträglich berichtet werden, da eine präventive Perzeption, wie eine Entscheidung zu den Punkten“

- die ich vorhin genannt habe -

„a), b) und c)“

- also Einstellung Fremdfinanzierung, Abzug und Teilabzug der Botschaften -

„ausgeschlossen ist.“

Kennen Sie diese Passage aus dem Dokument?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge M. H.: Ich habe diese Passage erst nach meiner Rückkehr gesehen. Insofern: Ja, ich erinnere mich daran.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen in diesem Zusammenhang nach Ihrer Rückkehr bekannt geworden, wer diese Passage konzipiert hat? War das ein Teil der Zulieferung, die von LASE erwartet wurde? Oder kam diese Aussage Ihrer Kenntnis nach aus anderen Bereichen des BND?

Zeuge M. H.: Aus meiner Erinnerung heraus hat eine entsprechende Zuarbeit stattgefunden. Letztlich ist die Formulierung aber durch LBA freigegeben worden, und ich weiß nicht, inwiefern sie verändert wurde in Bezug auf die Zulieferung.

Jörg Nürnberger (SPD): Entspricht diese Formulierung Ihrem - Ihrem! - ganz persönlichen damaligen Kenntnisstand?

Zeuge M. H.: Ich erinnere mich nicht, was mein damaliger Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt war. Insofern kann ich diese Frage nicht klar beantworten.

Jörg Nürnberger (SPD): Welchen Kenntnisstand hatten Sie denn damals insgesamt zur Lage in Kabul aus den von Ihnen analysierten öffentlichen Quellen?

Zeuge M. H.: Mein persönlicher Kenntnisstand war, dass die Amerikaner das angekündigte Abzugsdatum einhalten und dass sie aufgrund der Gefährdung der Partner die Green Zone erst räumen, wenn das koordiniert der Fall ist, und nicht, wie es im Nachhinein bekannt wurde, von einem Tag auf den anderen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssten wechseln. - Das Fragerecht geht zur Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, vielen Dank, dass Sie uns heute Abend zur Verfügung stehen.

Ich möchte erst mal mit einer ganz grundsätzlichen Frage beginnen. Sie haben ja sozusagen auch eine Zusammenfassung der Informationen eben unseres Partners als Arbeitsbereich gehabt. Aber wer ist sozusagen in Deutschland für die Erstellung eines außenpolitischen Lagebildes zu den USA federführend tätig, welche Stelle in der Regierung?

Zeuge M. H.: Ich würde mich hier gern kurz beraten.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Das fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich, die federführende Stelle für eine außenpolitische Bewertung innerhalb der Bundesregierung und der Ministerien zu benennen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich auch gleich sozusagen in die Situation in Afghanistan einsteigen. Wir haben ja gerade eben - letzte Frage des Kollegen Nürnberger - auch die zeitliche Dynamik und den Fall der Green Zone angesprochen. Und Sie haben gerade eben auch dargestellt, dass sozusagen die Einschätzung auf amerikanischer Seite da eine ganz andere war, als es tatsächlich dann am Schluss passiert ist. War diese Einschätzung der Amerikaner auch immer Fundament für das Lagebild des BND, und war das möglicherweise ein Faktor, warum dieses Lagebild auch sehr statisch über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge M. H.: Aus den uns zugänglichen Quellen war nicht ersichtlich, dass die Amerikaner sich anders verhalten als das Lagebild - - von uns transportiert wurde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. - Wann und wie haben Sie von der Räumung der Green Zone erfahren?

Zeuge M. H.: Ich persönlich erst nach meiner Rückkehr. Mein Sachgebiet berichtete mir davon, dass sie am Montag danach entsprechende Berichterstattung in der Presse fanden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Die Information, dass dieses Geschehen dann auch für Teile des US-Militärs überraschend kam und auch für Teile der US-Dienste, ist Ihnen da etwas sozusagen bekannt gewesen?

Zeuge M. H.: Können Sie die Frage präzisieren?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, hatten Sie Informationen, dass dann sozusagen diese Abzugsplanung und diese Geschehnisse, auch Räumung der Green Zone, auch für Teile des US-Militärs und der US-Dienste überraschend waren?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge M. H.: Da ich zum Zeitpunkt der Räumung der Green Zone nicht im Dienst war, weiß ich nicht im Detail, welche Informationen dort vorlagen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, gut. - Herr Zeuge, aus den Aussagen des Herrn Gießmann, Berghof Foundation, aber auch aus den Akten, die wir auch aus Ihrem Bereich haben, geht hervor, dass eben auch der Kommandant CENTCOM, zentrale Position der Amerikaner, in dieser entscheidenden Phase in Doha war. Und ich kann das auch noch mal belegen, Entschuldigung; das ist MAT A BND-3.210 VS-NfD, Blatt 22/23. Wann haben Sie davon Kenntnis erhalten, und war das sozusagen aus Ihrer Sicht normal, dass militärische Führer dann direkt mit den Taliban verhandelt haben?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge M. H.: Ich kann mich nicht erinnern, wann wir von einem Besuch Kommandeur CENTCOM in Katar erfahren haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Also, die Information, die hier in diesem Bericht oder in dieser Zusammenfassung niedergelegt ist, da haben Sie sozusagen jetzt keine Quelle mehr im Kopf.

Zeuge M. H.: Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, gut. - Wir blicken auf einen anderen Themenbereich. Und zwar haben wir hier schon sehr intensiv den Drahtbericht der Frau Botschafterin Haber bearbeitet, und Sie haben da auch inhaltlich zugearbeitet. Uns ist klar, dass der Bericht entsprechend eingestuft ist; deswegen berücksichtigt man das auch in diesem Frage-Antwort-Spiel. Aber es gab - - Entschuldigung, ich muss noch mal anfangen. Also, es geht um die Einschätzung, die sozusagen dann in Ihrem Hause gemacht wurde zum Drahtbericht der Frau Botschafterin. Und zu dieser Einschätzung haben Sie auch inhaltlich zugearbeitet. Die findet sich unter anderem auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 103/104. Gab es hinsichtlich dieser Einschätzung eine Debatte, Diskussion, unterschiedliche Positionen zwischen Ihrem Bereich und LBA? Wir können es auch gerne vorlegen.

Zeuge M. H.: Zum einen bitte ich um Vorlage, zum anderen um den Zeitpunkt, von wann die Kommentierung stammt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, Zeitpunkt ist der 10.08. Eine Einordnung zum Drahtbericht vom 06.08.

Zeuge M. H.: Am 10.08. war ich nicht im Dienst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. Dann können wir das sozusagen auch parken. - Waren Sie dann sozusagen im weiteren Verlauf mit dem Drahtbericht und der Einschätzung und der Diskussion - - involviert?

Zeuge M. H.: Ich war im Zeitraum vom 07.08. bis 23.08. abwesend, und der Drahtbericht war nach meiner Rückkehr kein Thema mehr.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann haben wir hier noch Themen zum 13. August; die kann ich dann sozusagen auch schnell abhandeln. Ja, dann 19. August; wahrscheinlich auch schwierig.

Dann kommen wir zum Lessons-learned-Prozess. Im Nachgang zur Übernahme Kabuls hat Ihr Haus sehr, sehr schnell mit diesem Lessons-learned-Prozess begonnen. Wir wissen auch um die entsprechende Einstufung. Aber hier geht es erst einmal um sozusagen generische Punkte. Hat es Sie jetzt überrascht, dass dieser Prozess noch während der laufenden Evakuierung in Kabul eingeleitet wurde?

Zeuge M. H.: Nein, es überrascht mich nicht, dass wir kontinuierlich versuchen, uns zu verbessern.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das heißt, die Kritik, die damals der Außenminister ausgelöst hat, war jetzt sozusagen aus Ihrer Sicht kein auslösender Vorgang für diesen schnellen Beginn dieses Lessons-learned-Prozesses. - Waren Sie an der Erstellung auch des Prüfauftrags beteiligt? Also, ist die interne Revision bei der Formulierung des Prüfauftrages auf Sie zugekommen zur fachlichen Beratung?

Zeuge M. H.: Auf mich persönlich nicht, nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Auf Ihren Bereich?

Zeuge M. H.: Ich erinnere mich nicht, in welcher Form - - und welche Personen eingebunden waren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Im weiteren Verlauf dieses Lessons-learned-Prozesses, wie hat es Ihren Bereich betroffen? Sind Sie sozusagen auch

evaluiert worden, miteinbezogen worden? Muss-ten Sie Antworten liefern?

Zeuge M. H.: Soweit ich mich erinnere, musste wir melden oder zuliefern, wann wir über welche Informationen aus welchen Quellen verfügten. Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Wie viel Aufwand und Ressourcen sind dann in diese Zulieferung hineingesteckt worden im Vergleich zum Tagesgeschäft?

Zeuge M. H.: Daran erinnere ich mich nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Welche Lessons learned hätten Sie speziell zu Afghanistan gezogen, jetzt in Verbindung eben mit der USA-Auswertung?

Zeuge M. H.: Wir haben diskutiert, ob wir aus den uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Quellen zu einem früheren Zeitpunkt entsprechende Informationen hätten gewinnen können, die das dann Geschehene schon vorher hätten beleuchten können. Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir im OSINT-Bereich keine Möglichkeit haben, anders zu arbeiten, als wir es getan haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Im Verlaufe dieses Evaluierungsprozesses gab es sozusagen doch noch mal eine Schleife, weil die ersten Antworten, die geliefert wurden, in einigen Bereichen als zu unkritisch kritisiert wurden. War das auch in Ihrem Bereich der Fall?

Zeuge M. H.: Daran erinnere ich mich nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wurden Sie von der internen Revision interviewt?

Zeuge M. H.: Klares Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Es gab sehr, sehr schnell - Ende August bereits - einen Sprechzettel mit vorläufigen Erkenntnissen. Er findet sich auf MAT A BND-3.97 VS-NfD, Blatt 20 bis Blatt 28. Zur Erstellung dieses Sprechzettels wurden auch aus verschiedenen Bereichen sozusagen Punkte zusammengefasst. Waren Sie oder war Ihr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bereich an der Ausarbeitung für diesen Sprechzettel für den BND-Präsidenten für eine offene Anhörung bzw. auch für das PKGr beteiligt?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge M. H.: Soweit ich mich erinnere, waren wir nicht beteiligt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. - Der Bericht der Internen Revision identifizierte ja auch die Auswertung als Schwachstelle. Würden Sie mit den generellen Ergebnissen dieses Lessons-learned-Prozesses übereinstimmen?

Zeuge M. H.: Da ich heute zum ersten Mal den tatsächlichen Bericht vorgelegt bekomme, müsste ich den jetzt erst auswerten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann habe ich in dieser offenen Runde keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich das Wort weitergebe, würde ich gerne aus der Situation heraus, dass ich als Vorsitzender auch eine Fürsorgepflicht für die Zeugen habe, sagen, dass mir aufgefallen ist, dass Sie bei zwei Fragen zu Beginn nach Beratung mit Ihrem Rechtsbeistand geantwortet haben: „Daran erinnere ich mich nicht.“ Der Rechtsbeistand ist zuständig für prozessuale Beratungen. Im Übrigen unterliegen Sie bei Fragen dazu, woran Sie sich erinnern oder nicht, der Wahrheitspflicht; darauf habe ich Sie am Anfang hingewiesen. Ich will noch mal ausdrücklich wiederholen, dass die Wahrheitspflicht bedeutet, dass man die Wahrheit zu sagen hat, nichts hinzufügt, was nicht zur Sache gehört, und nichts weglässt, was zur Sache gehört. Insofern kann eigentlich die Frage, ob man sich erinnert oder nicht, nicht Gegenstand von Beratungen sein, sondern das ist eher eine Frage, die wahrheitsgemäß beantwortet werden muss. - Das wollte ich Ihnen nur als Beobachtung schildern, weil wir natürlich auch das umzusetzen haben, was uns das Gesetz vorschreibt. Das noch mal als Hinweis von mir.

Und jetzt gebe ich das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr H., ich fange noch mal an bei so einem Überblick über Ihre Tätigkeiten. Und zwar haben Sie uns ja hier zuletzt gesagt, am 10.08. waren Sie abwesend. Davor hatten Sie - - Oder aus den Akten geht auch hervor, dass Sie an einem Termin am 13. August 2021 abwesend waren. Können Sie vielleicht darstellen, welche Abwesenheiten im uns interessierenden Untersuchungszeitraum noch von Interesse sind? Das könnte helfen.

Zeuge M. H.: Wie ich bereits ausgesagt habe: Im Zeitraum 07.08. bis 23.08. war ich nicht im Dienst.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Haben Sie sich im Rahmen Ihrer Tätigkeit im Sachgebiet auch mit Frankreich und dessen Agieren mit Blick auf Afghanistan befasst?

Zeuge M. H.: Dazu möchte ich nur in einer eingestuften Sitzung antworten.

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Zeuge hat es gerade selbst noch mal gesagt, dass wir auf weitere spezifische Länder nur in eingestufte Sitzung etwas sagen wollen. - Danke schön.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus den Akten wird ersichtlich, dass Sie immer wieder auch als Vertretung des Sachgebietsleiters agiert haben. Waren Sie dauerhafte Vertretung des Sachgebietsleiters, oder wie haben wir uns das vorzustellen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge M. H.: Ich war ab 01.04.2021 dauerhafte Vertretung im Sinne von „Es gab keinen anderen“.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie hat sich dann der Austausch mit den Kolleg/-innen vom LBAA und LBAE gestaltet? Also, gab es gemeinsame Runden? Haben die Kolleg/-innen sich bei Ihnen gemeldet und beispielsweise kommuniziert: „Wir brauchen eure Einschätzung, wie sich Biden zum US-Taliban-Abkommen verhält“, oder wie habe ich mir das vorzustellen?

Zeuge M. H.: Mein Team, bestehend aus vier bis fünf Leuten, hat praktisch täglich mit LBA Kontakt gehalten, mehrfach sich ausgetauscht, telefonisch und per E-Mail.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn Ereignisse, bei denen die Zusammenarbeit besonders intensiv war? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge M. H.: Also, grundsätzlich war die Zusammenarbeit sehr gut und erfolgte täglich. Insofern, wenn entsprechende Ereignisse von besonderer Bedeutung da waren, war auf dieser Basis der Austausch gegeben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - An welchen Stellen war das Sachgebiet eigentlich in die unmittelbare Evakuierungsphase involviert?

Zeuge M. H.: Ich verstehe die Frage nicht. Was meinen Sie mit: „An welchen Stellen war das Sachgebiet involviert?“?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann vielleicht noch mal allgemeiner: War das Sachgebiet in die unmittelbare Evakuierungsphase, war es da involviert? Wenn ja, wie?

Zeuge M. H.: Wie bereits dargestellt: Das Sachgebiet hat täglich mit LBA Kontakt gehalten und hat die uns vorliegenden Erkenntnisse ausgetauscht und zugearbeitet. Das war die Art der Involvierung.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage zu der Botschaft Washington. Fließen Vermerke der Botschaft Washington oder auch des Auswärtigen Amtes in Ihre Analyse ein?

Zeuge M. H.: Diese Vermerke, meistens ja in Form von DIPLOs, sind einer der Trigger für unsere Suche nach gezielten Quellen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich ja nicht so BND-; ich hätte schon fast „-affin“ gesagt; -erfahren.

(Heiterkeit)

Deswegen helfen Sie mir bitte noch mal, das zu verstehen. Wo und wie unterscheidet sich eigentlich das, was Sie bei LASE zusammentragen, von dem, was die Kolleginnen und Kollegen beispielsweise im Auswärtigen Amt oder im Bundesverteidigungsministerium sammeln und auswerten?

Zeuge M. H.: Ich weiß nicht, was die Quellen des Auswärtigen Amtes oder des Bundesverteidigungsministeriums sind. Ich kann nur wiederholen: Unsere Quellen sind Veröffentlichungen der Regierungsstellen respektive Originalaussagen. Das kann auch mal ein Video sein. Das war unsere Quelle.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun wissen wir, dass der BND die USA als NATO-Partner nicht mit nachrichtendienstlichen Quellen aufklärt, so zumindest die Aussage Ihres Kollegen. War das Lagebild zum Handeln und - - den Planungen der USA mit Blick auf Afghanistan trotzdem umfassend?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge M. H.: Unser Lagebild basierte auf OSINT-Quellen. Und das, was man da rausziehen kann, das hat das Lagebild bestimmt - nicht mehr und nicht weniger.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn neben OSINT und SOCMINT weitere Quellen für LASE?

Zeuge M. H.: Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehören Gesprächskanäle wie zum Beispiel in den Kongress, ins Pentagon oder ins US CENTCOM auch zu Quellen der Informationsgewinnung, mit denen LASE arbeitet?

Zeuge M. H.: Alles, was aus offenen Gesprächen in Erfahrung gebracht werden konnte, ist eingeflossen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, aus den Akten wissen wir, dass LASE zu einer VTC des Bereichs LBA am 10. November eingeladen hat, um zu zwei Punkten vorzutragen, nämlich - - Da kann ich jetzt auch MAT A BND-3.314 VS-NfD, Blatt 15 zitieren. Waren Sie an der VTC beteiligt?

Zeuge M. H.: Nein.*

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gingen Sie davon aus, dass sich mit der Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten der Truppenabzug grundsätzlich aufhalten lassen bzw. ein konditionsbasierter Ansatz Realität werden könnte?

Zeuge M. H.: Als Biden Präsident wurde, war die Tatsache, dass er abziehen muss, aufgrund der Vertragslage klar. Dass der Abzug nicht in dem vorgegebenen Zeitplan erfolgen könnte, war ebenso klar. Die Frage zu dem Zeitpunkt war also: Wie wird Biden sich verhalten, um die logistischen Herausforderungen zu meistern? Und das Ergebnis war dann, dass er zu einem gewissen Zeitpunkt einen Abzug Ende August befohlen hat, was der Vereinbarung mit den Taliban widersprach.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bewerten Sie die Review in Ihrem Sachgebiet mit Blick auf das US-Taliban-Abkommen und die Militärpräsenz im Land?

(RA Dr. Rainer Frank: Ich bitte um eine ganz kurze Unterbrechung!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge M. H.: Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gerne. Wie bewerten Sie die Review in Ihrem Sachgebiet mit Blick auf das US-Taliban-Abkommen und die Militärpräsenz im Land?

Zeuge M. H.: Ich bewerte die Arbeit meines Teams als von sehr hoher Qualität. Insofern: Was die geschrieben haben, war zum damaligen Zeitpunkt das, was unser Sachgebiet leisten konnte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wusste doch, dass Sie meine Frage beantworten können. - Gab es der Einschätzung von LASE nach Spielraum im US-Taliban-Abkommen, der es der Biden-Administration erlauben würde, einen längeren Verbleib der US-Truppen in Afghanistan zu rechtfertigen?

Zeuge M. H.: Ja, aus US-Sicht gab es Konditionen, die eine Verlängerung des Zeitraums ermöglichen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das ein bisschen ausführlicher - - Oder ist es das zu viel verlangt?

Zeuge M. H.: Da ich das selbst nicht ausgewertet habe, kann ich nur die Quintessenz dessen, was mein Team mir vorgestellt hat, wiedergeben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ich Ihnen sage, dass das für mich so, wie Sie es gesagt haben, nicht zwingend verständlich ist, würde ich dann erreichen, dass Sie es mir ein bisschen erläutern? Ich wäre Ihnen dankbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge M. H.: Mein Team hat mir berichtet, dass es Konditionen gibt, die aus Sicht der Amerikaner es erlaubt haben, den Zeitpunkt, der ursprünglich vereinbart war, hinauszuzögern, weil aus US-Sicht diese Konditionen nicht erfüllt waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Zeit ist vergangen. - Das Wort hat der Abgeordnete Seitz.

Thomas Seitz (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr H., aus MAT A BND-3.76 VS-NfD, Blatt 378 geht hervor, dass die USA sich im Doha-Abkommen dazu verpflichtet haben, den Taliban die Standorte deutscher Truppen und deren weitere Bewegungen in Afghanistan anzuzeigen. In einer BND-Unterlage wird dieser Sachverhalt bezeichnet als - wörtliches Zitat - „nicht abzuschätzendes Gefährdungspotenzial“; das bezieht sich auf die Fundstelle MAT A BND-3.53 VS-NfD, Blatt 250.

Einer Ihrer Kollegen aus dem Referat LBA hat uns dann im Januar hier im Untersuchungsausschuss bestätigt, dass die USA dann auch tatsächlich diese sensiblen Informationen über die Bundeswehr an die Taliban weitergegeben haben.

Jetzt die Frage: Haben die USA nach Ihrem Kenntnisstand nur einmalig, also etwa kurz nach Abschluss des Doha-Abkommens, die Standorte und Bewegungen unserer in Afghanistan eingesetzten Bundeswehreinheiten angezeigt oder auch während des gesamten Untersuchungszeitraums, also auch unter Joe Biden? Und wie detailliert wurden die Informationen und Daten über die Bundeswehr seitens der USA an die Taliban weitergegeben?

Zeuge M. H.: Das ist aus unseren Quellen, OSINT-Quellen, nicht ersichtlich, ob mehrfach und wie detailliert solche Angaben weitergegeben wurden - nur die Tatsache, dass.

Thomas Seitz (AfD): Auf welchen Zeitraum bezieht sich nach Ihren Quellen dann die festgestellte Weitergabe von Informationen?

Zeuge M. H.: Daran erinnere ich mich nicht, an den Zeitraum. Ich weiß nur, dass bekannt war,

dass das geschah, aber nicht, in welchem Detaillierungsgrad und ob ein- oder mehrmalig.

Thomas Seitz (AfD): In welchen Unterlagen ließe sich das präziser feststellen, wenn Sie sagen, dass Sie sich nicht mehr daran erinnern?

Zeuge M. H.: In keinen Unterlagen meines Sachgebiets, weil das in OSINT nicht nachvollziehbar war.

Thomas Seitz (AfD): Okay. Danke schön. - Dann, auch in diesem Kontext: Haben Sie Kenntnisse, ob die deutsche Bundesregierung die US-Regierung darum bat, die Weitergabe dieser sensiblen Informationen über die Bundeswehr an die Taliban zu unterlassen, etwa in der sensiblen Phase vor dem 1. Mai 2021, als die Talibanführung bereits Angriffe auf das deutsche Feldlager in Masar-i-Scharif genehmigt hatte, wie aus MAT A AA-8.501 VS-NfD, Blatt 4 hervorgeht?

Zeuge M. H.: Nein, dazu habe ich keine Kenntnisse.

Thomas Seitz (AfD): Keine, okay. - Dann eine weitere Frage, Herr H. Unser Untersuchungsausschuss hat sich bereits hinlänglich mit der Kritik des Auswärtigen Amtes an der nicht punktgenauen Vorhersage des Falls von Kabul durch den BND beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist uns aufgefallen, dass laut dem auf MAT A AA-4.37 VS-NfD, Blatt 508 dokumentierten Protokoll einer im September 2021 erfolgten Anhörung im US-Repräsentantenhaus Donald Trumps Director of National Intelligence, John Ratcliffe, seiner Nachfolgerin, Avril Haines, bei Amtsübergabe mitgeteilt hat, dass die afghanische Armee bei Abzug der US-Armee und US-Kontraktoren innerhalb von Wochen zusammenbrechen werde. Auch Trump und Pompeo sollen sich entsprechend geäußert haben. Diese dann auch eins zu eins eingetroffene Vorhersage ist also auch der Biden-Administration schon im Januar 2021 bekannt gewesen. Die deutsche Botschafterin, Frau Dr. Haber, die wir heute vernommen haben, bestätigt dies gegenüber ihrem Mitarbeiter Herrn Nippert laut MAT A AA-4.39 VS-NfD, Blatt 477 nach dem Fall von Kabul durch folgende Worte - Zitat -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„... sowohl B[...] als auch H[...] waren mir ggü von einem viel schnelleren Zusammenbruch ausgegangen.“

Zitat Ende.

(KS Nils-Ole Nommensen
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Mal jemand anders. Herr Nommensen, bitte.

KS Nils-Ole Nommensen (AA): Ja, da sind wir in genau derselben Situation wie vorhin auch schon. Ich würde Sie darum bitten, die Namen nicht in öffentlicher Sitzung zu nennen. Das haben wir schon hinlänglich in anderen Sitzungen besprochen. Da waren Sie aber nicht anwesend.

Thomas Seitz (AfD): Gut, das werde ich mir merken. Danke schön. - Frage, Herr H.: Haben Sie weitere Kenntnisse darüber, dass hochrangigen US-Vertretern glasklar vor Augen stand, dass die afghanischen Streitkräfte innerhalb sehr kurzer Zeit nach dem Ende der US-Militärpräsenz in Afghanistan zusammenbrechen würden, und welche Erkenntnisse wären das?

Zeuge M. H.: Nein, dazu habe ich keine weitergehenden Erkenntnisse.

Thomas Seitz (AfD): Überhaupt keine?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

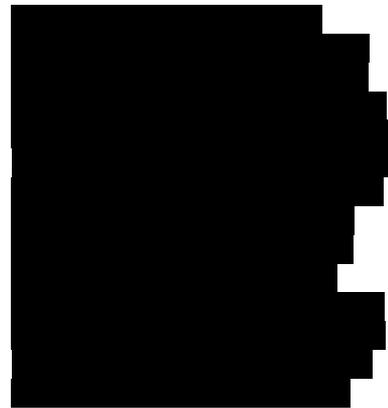
Sind Sie oder sind andere BND-Beamte von diesen Prognosen eines noch viel schnelleren Zusammenbruchs der ANDSF, die von den jetzt nicht zu nennenden Personen an Botschafterin Haber herangetragen worden waren, in Kenntnis gesetzt worden, und, wenn ja, wann genau war das?

Zeuge M. H.: Wenn diese Prognosen in diplomatischen Berichten gestanden haben, dann sind sie uns zur Kenntnis gelangt. Wann das war und ob das so war, weiß ich nicht.

Thomas Seitz (AfD): Wäre das jetzt nicht ein Umstand, der Ihnen in Erinnerung gehaftet - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können wir bitte auf Suggestivfragen verzichten? Ich wäre ausgesprochen dankbar - ich verstehe es, dass die Abgeordneten hier sehr intensiv wechseln -, wenn Sie sich untereinander auch mal austauschen würden, dass wir nicht jedes Mal die Dinge wiederholen müssen bei jedem neuen Kollegen, der hier sitzt. Ich bitte Sie, Fragen offen zu stellen und bestimmte Dinge hier nicht vorzulesen. Das erleichtert uns sehr das Prozedere, wenn sich alle Kollegen daran halten.

Thomas Seitz (AfD): Ich werde mich bemühen, Herr Vorsitzender. - Dann: In den Tagen vor dem 15.08.2021 hat es offenbar Gespräche zwischen den USA, den Taliban und Republikvertretern in Doha gegeben, die offenbar zu einer Einigung auf eine sukzessive Machtübertragung an die Taliban geführt haben sollen. Auf MAT A BND-3.203 VS-NfD, Blatt 98 heißt es dazu - Zitat -:



Zitat Ende. - Decken sich diese eben zitierten und im BND angefertigten Informationen mit Ihren eigenen Kenntnissen, und was können Sie uns über die weiteren Inhalte der in letzter Minute erfolgten Verhandlungslösung von Doha und insbesondere über die deutsche Beteiligung oder Positionierung zu dieser späten Verhandlungslösung von Doha sagen?

Zeuge M. H.: Das ist nicht Gegenstand des Themenbereichs meines Sachgebiets.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende der Fragezeit angekommen und wechseln zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr H! Sie haben vorher ausgeführt, dass Sie gerade während der Zeit des Abzugs oder der Evakuierung nicht im Dienst waren. Könnten Sie uns bitte das Kürzel Ihres Stellvertreters in der Zeit sagen? Wer hat Sie da vertreten?

Zeuge M. H.: Das Kürzel ist „S. R.“.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Dann: Habe ich Sie richtig vorher verstanden, dass Ihr Referat, was für das Handeln der USA zuständig ist, erst am Montag danach aus der Presse erfahren hat, dass die USA die Green Zone geräumt haben?

Zeuge M. H.: Ja, Sie haben mich da richtig verstanden. Ich möchte das aber präzisieren: Die Kollegen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, haben auch am Wochenende Presse gelesen, wussten es also bereits.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Sie haben auch bei den Lessons learned vor- oder rückblickend gesagt, dass es mit OSINT keine Möglichkeit gegeben hätte, früher zu antizipieren, dass es zu der Räumung der Green Zone und zu dem Fall Kabuls gekommen wäre. Was bedeutet das? Können Sie das vielleicht noch mal näher ausführen?

Zeuge M. H.: Mein Sachgebiet war beschränkt, ist immer noch beschränkt auf die OSINT-Quelle. Andere Informationsquellen können möglicherweise Hinweise geben, die andere Informationen liefern, aber aus OSINT war das nicht absehbar.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir haben MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 182. Dort wird in einem Zusammenhang das Referat LASA zitiert: „LASE (OSINT), ebenso wie LASA“. Könnten Sie vielleicht noch darauf eingehen, was das Referat LASA macht oder der Arbeitsbereich?

Zeuge M. H.: Nicht in öffentlicher Sitzung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann komme ich zu einer inhaltlichen Frage, und zwar: Der US-amerikanische Review-Prozess mit Blick auf Afghanistan, wie wichtig war der für Ihre Bedarfsträger hier in Deutschland?

Zeuge M. H.: Ich kann nicht einschätzen, wie wichtig dieser Review-Prozess für unsere Bedarfsträger war. Ich kann nur sagen, dass wir ihn verfolgt haben und darüber berichtet haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie dazu spezielle Aufträge bekommen, dass das speziell angeschaut werden soll oder dass da ein besonderes Interesse da ist, dass man das besonders verfolgt, oder war das einfach eins von vielen Themen, die Sie einfach automatisch mit behandelt haben?

Zeuge M. H.: Ich erinnere mich nicht an einen konkreten Auftrag; aber es ist Teil unserer täglichen Arbeit gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wenn Sie es rückblickend bewerten: Wie war da Ihr Informationsaufkommen aus OSINT, betreffend diesen Review-Prozess? Konnten Sie daraus ein Lagebild erstellen, das ausreichend aussagekräftig war, wenn Sie das jetzt rückblickend bewerten würden?

Zeuge M. H.: Ja, ich denke, dass man aus entsprechenden Protokollen eine ausreichende Basis für eine vernünftige Bewertung hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Dann wäre es das im Moment. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich die Sitzung kurz unterbrechen und die Obleute bitten, kurz mal zu mir zu kommen. - Ich eröffne die zweite Runde. - Gibt es Fragen aus der SPD-Fraktion?

Jörg Nürnberger (SPD): Noch abschließend zwei, drei ganz kurze Fragen. Die erste Frage lautet: Waren Sie im Zeitraum Mitte September 2021 im Dienst anwesend?

Zeuge M. H.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich aus in diesen Zeitraum verorteten E-Mails bzw. Berichten zitieren. Ich beziehe mich hier auf MAT A BND-3.295 VS-NfD, Blatt 32. Da geht es um eine E-Mail des Referatsleiters LBA vom 15.09., und ich darf daraus zitieren:

„Ausschlaggebend für den schlagartigen Fall Kabuls sowie den Zusammenbruch der Republik inkl. ANDSF“

- der Streitkräfte -

„am 15.08.2021 war - das immer noch der hiesige Stand“

- und jetzt kommt das, auf was ich mich beziehe -

„(abgestimmt mit LASE) - der unangekündigte Abzug der USA aus der Green Zone einschließlich Abbau der Sicherungstechnik in der Nacht vom 14. auf den 15.08.2021 und die wahrscheinlich spontane Flucht des Staatspräsidenten GHANI ins Ausland.“

Ich darf Sie an der Stelle bitten, uns darzustellen, wie LASE zu dem Ergebnis kam und das offensichtlich auch am 15.09.21 aufrechterhält, dass der Abzug der US-Streitkräfte aus der Green Zone entscheidend für den Fall Kabuls war.

Zeuge M. H.: Das ist eine Einschätzung von LBA, die zwar mit uns abgestimmt ist; wir haben die mitgetragen. Letztlich ist es aber nicht unser Thema, im Sinne von: Ja, die Antwort ist mit uns abgestimmt. - Aber: Nein, inhaltlich war es nicht unser Auftrag, das zu bewerten.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich an der Stelle nur die Frage noch dahin gehend präzisieren: Wurde von Ihnen ausgewertetes OSINT-Material für die Einschätzung dieser Bewertung herangezogen, oder haben Sie nur dem zugestimmt, was andere produziert haben?

Zeuge M. H.: Aus der Erinnerung heraus haben wir nur der Formulierung zugestimmt, die andere vorgegeben haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann hätte ich noch eine abschließende Frage, und zwar zu einer anderen E-Mail aus Ihrem eigenen Bereich vom gleichen Tag. Ich beziehe mich auf MAT A BND-3.313 VS-NfD, Blatt 78:

„LASE lagen auch keine Hinweise darauf vor, dass die USA zum 15.08.2021 die Green Zone komplett räumen werden. Entgegen GBR,“

- Großbritannien -

„die eine Verlegung ihrer Botschaft an den HKIA“

- Hamid Karzai International Airport -

„bereits am 12/13.08.2021 angekündigten, wollten die USA einen Teil des Personals an der US-Botschaft halten. Zudem ging es gemäß Ankündigung vom 12.08.2021 nur um eine Reduzierung ihres Botschaftspersonals in Kabul.“

Ende Zitat. - Können Sie einmal darstellen, welche Informationen LASE hatte, die diese Bewertung unterstützten und damit eindeutig gegen einen Abzug der US-Streitkräfte vor dem Datum sprachen, das Sie angenommen hatten?

Zeuge M. H.: Mein Team hat mir nach meiner Rückkehr berichtet, dass sie die Einschätzung getroffen haben auf Basis der Bewertungen der US-Interessen, die uns aus OSINT vorlagen, dass eine Räumung der Green Zone nicht im US-Interesse ist. Und diese Einschätzung haben wir aufrechterhalten, weil auch zu dem genannten Zeitpunkt uns nichts vorlag, was dieser Einschätzung widersprochen hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Die allerletzte Frage, und dann bin ich auch tatsächlich durch. Zurück zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Zeitpunkt, wo Sie damals nicht im Dienst waren, am 13.08.2021. Am Morgen erarbeitete LASA ein Non-Paper zur nachrichtendienstlichen Lage in Afghanistan. Das ist MAT A BND-3.204 VS-NfD, Blätter 134 bis 136. Hierin heißt es:

„Ein kompletter Abzug vor dem 11.09.2021 ist aufgrund des symbolischen Datums und der Gefahr einer propagandistischen Ausschächtung durch die Taleban eher unwahrscheinlich.“

Im Lichte Ihrer Aussage, die Sie gerade auf die vorherige Frage gemacht haben: Ist dies der Punkt, wo Sie die amerikanischen Interessen - - Beschreiben Sie mit diesem Punkt - oder Ihre Mitarbeiter; Sie waren ja damals nicht da - die amerikanischen Interessen nach Ihrer Bewertung?

Zeuge M. H.: Die amerikanischen Interessen wollten vermeiden, dass symbolische Daten wie der 11.09. genutzt werden konnten von den Taliban, um die propagandistisch auszuschächteten. Ergo sollte der Abzug, so wie kundgetan, bis Ende August erfolgen.

Jörg Nürnberger (SPD): Keine Fragen von uns.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hat die Union noch Fragen? - Nein. Bündnis 90/Die Grünen?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, das ging sehr schnell. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr H., in der deutschen Presse wurde immer wieder kolportiert, die US-Nachrichtendienste hätten mit Blick auf die Einnahme Kabuls ein anderes Lagebild gehabt bzw. weiter gehende Informationen. Dazu habe ich jetzt zwei Fragen: Haben Sie Erkenntnisse, ob die USA in diesem Zusammenhang Informationen hatten, die mit Deutschland nicht geteilt wurden?

(RA Dr. Rainer Frank: Es geht immer nur um die Genehmigung!)

Zeuge M. H.: Mein Sachgebiet hat keine entsprechenden Informationen gehabt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie bzw. LASE oder andere Stellen diesem Sachverhalt nachgegangen?

Zeuge M. H.: Dingen, die in der Presse transportiert wurden, ob das nun Vermutungen sind oder Tatsachen, denen sind wir nachgegangen, aber da wir kein AND-Material verwertet haben, ist mir nicht bekannt, ob entsprechende Dinge transportiert wurden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte zitieren aus MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 274 bis 279; das ist jetzt die Seite 275. Ich zitiere:

„Auf vorgenannten Zusammenhang angesprochen erklärte [REDACTED], die verfügbaren Informationen mit dem BND geteilt zu haben.“

Konkrete Erkenntnisse zum Ablauf der aktuellen Ereignisse lagen der [REDACTED] im Vorfeld nicht vor. [REDACTED] hätten im Kontext des TLB-Vormarsches für die politische Ebene verschiedene Szenarien zu möglichen Entwicklungen erstellt, so auch in einer im Juli gefertigten Analysen. Eintrittswahrscheinlichkeiten i.S.v. Zeitlinien oder konkreten Daten seien nicht Bestandteil dieser Analysen.

Ein Informationsdefizit zwischen [REDACTED] und DEU Informationslage konnte mithin nicht festgestellt werden.“

Können Sie das einordnen?

Zeuge M. H.: Nein, da ich und mein Sachgebiet keinerlei Informationen von Partnern bekommen haben. Wir haben nur OSINT.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ein anderer zeitlicher Rahmen, ein anderer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Komplex, den ich gerne mit Ihnen noch mal betrachten möchte. Und da will ich jetzt auch zitieren, aus MAT A [REDACTED] VS-NfD, Blatt 87 bis 89. Ich zitiere aus Blatt 88:

„Bewertung [REDACTED]“

In dem veröffentlichten Agreement sind bereits Konditionen für einen US-Abzug bis zum 30.04.2021 festgelegt. Diesen Verpflichtungen haben auch die Taliban zugestimmt. Die USA werden wahrscheinlich vor dem Abzug ihrer restlichen Truppen die Einhaltung dieser Verpflichtungen fordern.



Für die gemeinsame Bewertung der Lage und einer fortgesetzten guten Zusammenarbeit zwischen LB [REDACTED] und LA [REDACTED] sind wir der Meinung, dass wir auch ein gemeinsames Verständnis über das US-Taliban Abkommen haben sollten.

Sollten Sie zu einer anderen Auslegung kommen regen wir eine Besprechung zwischen unserer Sachgebieten an, um uns hier auf eine gemeinsame Linie zu bringen.“

Können Sie sagen, welcher Konflikt da bestand, und uns da so ein bisschen mitnehmen in diese Geschichte?

Zeuge M. H.: Der Konflikt war, dass LBA zu dem Zeitpunkt die Konditionen anders ausgelegt hat als wir. Für uns war das ein Ausweg für die USA, möglicherweise länger vor Ort zu bleiben, wie es dann auch geschehen ist.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie wurde diese unterschiedliche Bewertung dann aufgelöst? Also so wie im richtigen Leben: „Der eine hat recht, der andere hat unrecht“? Oder Zuständigkeit - Also, können Sie da vielleicht noch mal ein bisschen Licht ins Dickicht bringen?

Zeuge M. H.: Aufgelöst wurde die unterschiedliche Bewertung letztlich gar nicht. Aus Seiten LBA-Sicht, soweit ich mich erinnere, wurde darauf beharrt, dass der Termin 30.04. fest ist. Und wir haben gesagt: Nein, die USA werden, wenn die Konditionen nicht erfüllt sind - und unsere Einschätzung war, dass sie die Erfüllung der Konditionen sehr genau beobachten werden, also auch kleine Verstöße entsprechend hochwerten würden - - Das ist einfach Bestand geblieben, dass wir gesagt haben: Das werden die nutzen, um länger zu bleiben. Weil es war uns bekannt, dass es logistisch nach Einschätzung US-Seite - das wurde OSINT-mäßig transportiert - nicht möglich sein wird, den Zeitpunkt zu halten.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann würde ich gerne noch zitieren aus MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 103/104:

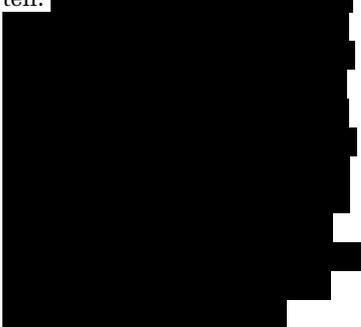




Nur zur dienstlichen Verwendung



- Die differenzierten Lagebewertungen gehen n. h. E. auf den Kreis der ausgewählten Gesprächspartner zurück, die aus den Perspektiven der jeweiligen Verantwortungsbereiche bzw. ihrer eigenen Agenda zur Lage in Afghanistan Aussagen treffen.
- Das US-Militär sowie die US-Intelligence Community erklärten bereits vor der Abzugsentscheidung der BIDEN-Administration im April 2021, dass ohne militärische Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft die afghanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sein würden, die Sicherheitslage unter Kontrolle zu halten.



- Der US-Sonderbeauftragte hingegen koordiniert als Vertreter des US-Außenministeriums die Unterstützung der USA für den inner-afghanischen Friedensprozess und war maßgeblich an der Ausarbeitung des US-Taleban-Abkommens beteiligt. Der Friedensprozess ist gemäß der BIDEN-Administration die einzige Möglichkeit für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan. Vor diesem Hintergrund wird Washington auch zukünftig an dieser Initiative festhalten und sie unterstützen.“

Können Sie das einordnen?

Zeuge M. H.: In den USA gibt es 28 Nachrichtendienste, die miteinander konkurrieren und die durchaus zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in ihrer Bewertung kommen. Auch das Militär mit den militärischen Nachrichtendiensten trifft eine eigene Einschätzung. Die unterschiedlichen Einschätzungen werden dann auch durchaus öffentlich transportiert, so wie in diesem Fall geschehen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das denn in diesen Strauß von Einschätzungen einordnen? Also, wenn Sie sagen: „28“, dann mache ich aus dem Bild „28“ einen Strauß von möglicherweise verschiedenen Perspektiven. - So habe ich Sie verstanden; korrigieren Sie mich. Ich verstehe auch manchmal was falsch; das kann vorkommen. - Können Sie das in diesen Strauß einordnen? War das eher das überwiegend, wie es gesehen wurde, oder war das eher eine - in der Juristerei sagen wir gerne - Mindermeinung? Also, dass man sich das nur noch mal so ein bisschen einordnet!

Zeuge M. H.: Das US-Militär ist immer bemüht, Contingency Planning zu betreiben. Daher dürfte im Allgemeinen die Einschätzung der US-Militärs eher etwas pessimistisch, um auf der sicheren Seite zu sein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Keine weiteren Fragen. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Abgeordneter.

Thomas Seitz (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Kommandeur des US-Zentralkommandos, General McKenzie, sagte laut MAT A AA-4.37 VS-NfD, Blatt 443, am 29. September 2021 vor dem US-Repräsentantenhaus aus, dass Mullah Baradar ihn bei einem in Doha geführten gemeinsamen Gespräch am 15. August 2021 gefragt habe, warum die US-Truppen denn nicht die Sicherheitskontrolle über ganz Kabul einnehmen. - Dieses Szenario wäre also zumindest für



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Taliban akzeptabel oder vielleicht sogar offensichtlich in ihrem Sinne gewesen. Können Sie uns sagen, aus welchen Gründen die Taliban die USA noch am 15.08.2021 dazu einluden, die Sicherheit für ganz Kabul zu übernehmen, obwohl die USA zu diesem Zeitpunkt die Green Zone bereits verlassen hatten?

Zeuge M. H.: Die Frage kann nur LBA beantworten.

Thomas Seitz (AfD): Danke. - Können Sie uns mitteilen, ob der Fachbereich LASE während der internen Revision, die Präsident Kahl nach dem Fall von Kabul angeordnet hatte, ebenfalls einer Revision unterzogen worden ist?

Zeuge M. H.: Mein Sachgebiet nicht.

Thomas Seitz (AfD): Nicht.

Zeuge M. H.: Für das Referat kann ich nicht sprechen.

Thomas Seitz (AfD): Hat es Sie dann überrascht, dass die Interne Revision nicht auch die Arbeit von dieser Abteilung, von Ihnen, überprüft hat und eine Revision durchgeführt hat?

Zeuge M. H.: Meine persönliche Meinung oder meine persönliche Überraschung ist irrelevant.

Thomas Seitz (AfD): Ja, hätte es nicht nahegelegen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist eigentlich keine Frage, die man dem Zeugen so stellen kann.

Thomas Seitz (AfD): Doch, es geht um das innere Erleben des Zeugen. Keine Bewertung!

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie können nach den Kenntnisständen fragen. - Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Zumindest die letzte Fragestellung, ob es „nicht nahegelegen“ hätte, ist eine Suggestivfrage nach meiner Meinung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So ist es. Deswegen habe ich sie auch unterbunden.

Thomas Seitz (AfD): Gut. - Dann fragen wir was anderes: In einem am 18.08.2021 in Vorbereitung des gleichzeitigen Verteidigungsausschusses von PLSA, BND, erstellten Sprechzettel für Präsident Kahl heißt es, dass die unvorhergesehene Räumung der Green Zone durch die US-Truppen *das* entscheidende Ereignis für den Fall von Kabul gewesen sei. Wörtlich heißt es im Sprechzettel weiter - ich zitiere hier aus MAT A BND-3.181 VS-NfD, Blatt 194 und 195 -:

„● Das war für den BND nicht vorhersehbar. Die Absichten unserer westlichen Partner sind nicht im APB“

- Auftragsprofil der Bundesregierung -

„enthalten.“

Zitat Ende. - Herr H., hat das LASE vorgegebene Auftragsprofil der Bundesregierung eventuell mit dazu beigetragen, dass der BND den Fall von Kabul nicht genauer vorhersagen konnte?

Zeuge M. H.: Das kann ich nicht einschätzen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, wollen wir mal miteinander besprechen, was eine Suggestivfrage ist? Wir können das gerne sozusagen gemeinschaftlich erörtern.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber eigentlich, dachte ich, ist das eine Sache, die man googeln kann. Ich würde einfach bitten, dass Sie offen fragen - dann kann der Zeuge antworten - und nicht Vermutungen mit Fragezeichen versehen.

(Abg. Thomas Seitz (AfD)
schüttelt den Kopf)

- Ja, da müssen Sie gar nicht den Kopf schütteln. Das ist so. Suggestivfragen sozusagen werden hier nicht zugelassen. Das machen wir auch nicht, wenn sie fünfmal hintereinander gestellt werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zuruf des Abg. Thomas Röwekamp (CDU/CSU))

Bitte offene Fragen, und dann können wir sie zu lassen.

Thomas Seitz (AfD): Dann habe ich jetzt im Moment keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber ich stehe gern zur Verfügung, das nachher noch mal zu erläutern. Fragen, die beginnen mit: „Finden Sie nicht auch ...“, sind jedenfalls nicht zulässig. - Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr H., Sie haben vorher gesagt, die Räumung der Green Zone habe nicht im US-Interesse gelegen, und deshalb hätten Sie sich an - - diese Einschätzung auch aufrechterhalten. Haben Sie sich damals auch Gedanken gemacht, unter welchen Bedingungen sich die US-Interessen diesbezüglich vielleicht ändern könnten? War das auch Teil Ihrer damaligen Überlegungen?

Zeuge M. H.: Ja, das war Teil unserer Überlegungen. Aus unserer damaligen Bewertung - und die haben wir bis Mitte September aufrechterhalten, bis zu dem zitierten Zeitpunkt - lag es vor dem Hintergrund der Interessen, mit den Partnern zusammenzuarbeiten, nicht im Interesse, die Green Zone zu räumen. Und es ist mir nicht - zum damaligen Zeitpunkt und auch bis heute nicht - klar, was letztlich dazu geführt hat, das dann doch zu tun.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also Sie konnten es nicht nachvollziehen, was sozusagen sich an den Bedingungen geändert hatte.

Zeuge M. H.: Nicht aus den uns zur Verfügung stehenden Quellen, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Bezogen auf den Untersuchungszeitraum im Sinne von Lessons learned: Haben Sie damals die Einschätzung gehabt, dass OSINT geeignet sei, belastbare Prognosen für die Zukunft zu erstellen

im Sinne eines Frühwarnsystems, bezogen jetzt auf Afghanistan, auf die Situation?

Zeuge M. H.: Ja, ich bin der Ansicht, dass man mit entsprechenden OSINT-Informationen, wenn man immer versucht, die Originalquelle heranzuziehen, sehr wohl Einschätzungen treffen kann, die die Zukunft betreffen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann habe ich noch eine weitere Frage, und zwar: Ihrer Kenntnis nach: Wurden über den Untersuchungsgegenstand und während des Untersuchungszeitraums auch systematisch Informationen zum Verhalten der Five-Eyes-Staaten in Afghanistan, die man mit OSINT erkennen konnte, gebündelt, um daraus dann auch ablesen zu können, wie sich die Entwicklungen in Kabul gestalten könnten?

Zeuge M. H.: Die Five-Eyes-Staaten beinhalten die von meinem Sachgebiet - - teilweise von meinem Sachgebiet bearbeiteten Länder, und folglich sind die beobachtet worden, die Entwicklungen dort, um diese Einschätzungen zu präzisieren.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also sind diese Beobachtungen bei Ihnen im Referat zusammengefloßen. - So habe ich das verstanden.

Zeuge M. H.: Wir haben nicht die Five-Eyes-Staaten in dieser Zusammensetzung bearbeitet, aber natürlich die Länder, die bearbeitet wurden, als Teil davon. Dort, in der Bewertung dieser Länder, floß das mit ein, was dort zu beobachten war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wurden die gesamten, also aus allen Five-Eyes-Staaten, irgendwo gebündelt? Also wenn Sie sagen, ein Teil wurde bei Ihnen gemacht: Gibt es dann irgendwo eine Stelle, wo das gebündelt wird?

Zeuge M. H.: Nein, die Five-Eyes-Staaten insgesamt werden nicht - - Also, nicht jeder Five-Eyes-Staat wird bearbeitet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Konnten Sie denn in dem Untersuchungszeitraum aus dem Verhalten der von Ihnen beobachteten Five-Eyes-Staaten irgendwas ablesen, was nahegelegt hätte,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Kabul fällt und dass vielleicht auch die Amerikaner bald gehen würden?

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung. Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, vielen Dank. - Ich würde hier langsam eine Grenze ziehen in diesem Format, weil es sich jetzt doch in Richtung der konkreten Bearbeitung der Five-Eyes-Staaten bewegt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich rede nur über OSINT.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, weniger aufgrund der Herkunft der Informationen, sondern es geht ja auch um die Ergebnisse der Informationen und auch um die Art der Bearbeitung im Dienst.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da muss ich aber ehrlicherweise sagen: Das ist ein bisschen schwer verständlich. Wenn wir über öffentliche Quellen reden und darüber, dass auch am Wochenende Zeitung gelesen wird, dann könnten die Ergebnisse davon hier schon geteilt werden, finde ich. Also, das würde mich jedenfalls befremden, wenn Schlussfolgerungen daraus geheim gehalten werden müssten. Es ist jedenfalls schwer intellektuell nachvollziehbar. Solange die Fragen sich auf das beziehen, was sich ausschließlich aus solchen Quellen ergibt, finde ich, sollten sie in der Sache schon beantwortet werden. Der Zeuge verfügt gewiss über die sprachliche Sensibilität, nicht Dinge zu verraten, die er nicht verraten sollte. Insofern ist die Frage, glaube ich, zulässig, und vielleicht versuchen Sie, sie zu beantworten.

Zeuge M. H.: Würden Sie sie bitte noch mal wiederholen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. - Sie haben in Ihrem Referat einzelne der Five-Eyes-Staaten mit OSINT beobachtet und haben da

auch Verhalten vielleicht feststellen können mit Bezug auf Afghanistan, aus dem man ablesen konnte - oder vielleicht ablesen konnte -, ob der Fall Kabuls oder auch die Räumung der Green Zone unmittelbar bevorsteht. Und da war meine Frage: Was konnten Sie da aus dem Verhalten der Five-Eyes-Staaten im Bereich der OSINT-Aufklärung feststellen?

Zeuge M. H.: Also, wir konnten nicht feststellen, dass die USA zu dem Zeitpunkt, zu dem sie es tat, abgezogen sind.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann hätte ich noch die Frage, an welcher Stelle die Informationen aus OSINT-Quellen mit den Informationen aus AND-Kontakten zusammengeführt werden.

Zeuge M. H.: Wir haben anderen Bereichen des Hauses zugearbeitet. Das heißt, in deren Berichterstattung ist die Zusammenführung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Dann danke ich dazu.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: ... (akustisch unverständlich) - Ich wollte sagen: Mir ist aufgefallen, dass bei zwei Fragen der Kollegin Bayram, wo sie Sie nach Ihrer Kenntnis gefragt hat, Sie geantwortet haben: Mein Sachbereich hat davon keine Kenntnis. - Das ist ja eine Antwort, die die Frage nicht direkt beantwortet. Deswegen würde ich schon gern noch mal fragen wollen, ob Sie bei den Fragen meinten, Sie haben davon keine Kenntnis - das war nämlich die Frage -, oder ob das einschränkend gemeint war, zu sagen: Mein Sachbereich hatte davon keine Kenntnis.

Zeuge M. H.: Ich hatte davon keine Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann würde ich Ihnen gerne mitteilen, dass wir die Befragung für heute damit beenden. Sie ist förmlich noch nicht abgeschlossen. Sie kriegen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, Irrtümer und Fehler zu korrigieren. Dann wird förmlich das Ende der Vernehmung festgestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann darf ich mich bei Ihnen bedanken,
dass Sie hier gewesen sind. Ich wünsche Ihnen
einen schönen Abend. - Vielen Dank.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.44 Uhr)

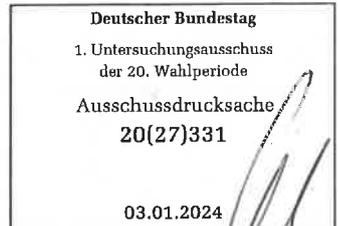
Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Dr. Emely Haber

1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27)

Von: AS-PUA-10 DUEWELL, Matthias <as-pua-10@auswaertiges-amt.de>
Gesendet: Mittwoch, 3. Januar 2024 11:49
An: 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27)
Cc: AS-PUA-intern
Betreff: Protokollauszug und Empfangsbestätigung Zeugin StSin a.D. Dr. Haber
Anlagen: Empfangsbekanntnis Protokoll.pdf

Liebe Ines,



verbunden mit den besten Wünschen zum Neuen Jahr schicke ich Dir anbei die Empfangsbestätigung zum Protokollauszug von Frau Dr. Haber sowie unten aufgeführt ihre Anmerkungen zum Protokoll.

Beste Grüße,

Matthias

Es folgen die Anmerkungen von Frau Dr Haber:

S. 15 und 59: stock/flow agreement (nicht: 'Stockflow agreement')

S. 45: „schien mir“ (nicht: „zeigt mir“)

S. 46: existierte (anstelle ex.....)

S. 56: „Sie bezieht sich auf den Anlass - die Bereitschaft - , die man sich auf amerikanischer Seite zunutze machen will“. (Das Fehlen der Gedankenstriche ergibt einen falschen Sinn).

S. 59, li. Spalte: Bericht vom 06.08. nicht 06.03.

S. 72: erste Zeile: „contingency“ (nicht: contingents).

S. 72, re. Spalte: Abendessen vom 12.08. nicht 12.04.

Matthias Düwell

Parlaments- und Kabinettsreferat
Arbeitsstab Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30-18 17-7075

E-Mail: as-pua-10@auswaertiges-amt.de <<mailto:as-pua-10@auswaertiges-amt.de>>

www.auswaertiges-amt.de <<http://www.auswaertiges-amt.de/>>

* SAVE PAPER - THINK BEFORE YOU PRINT

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen M. H.

Öffentlich

Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen M.H. vom 08.01.2024

Bezug: Ihre E-Mail vom 22.12.2023, Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/58

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss
der 20. Wahlperiode
Ausschussdrucksache
20(27)334
11.01.2023

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/58) der Vernehmung vom 14.12.2023. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, um eine Korrektur vorzunehmen. Diese ist im Folgenden aufgeführt.

- Seite 90, linke Spalte, sechster Absatz: „Nach meiner Erinnerung, nein.“

M.H.